



Norbert Kastner:

### Bunte Revue an Veranstaltungs-Starlights

Unter dem Motto „Coburg feiert!“ fiel der Startschuss für eine Reihe attraktiver Veranstaltungen zum 950-jährigen Jubiläum der Stadt. **Seite 20**



Theo Zellner:

### Chancengleichheit für den ländlichen Raum

In Zeiten der fortschreitenden Globalisierung plädierte der Präsident des Bayerischen Landkreistags für umfassende Handlungskonzepte. **Seite 4**



Petra Meier to Bernd-Seidl:

### Überzeugende Wiederwahl in Lindau

Für die kommenden sechs Jahre bleibt die Rathauschefin an der Spitze der Bodensee-Metropole. Sie erhielt 53,8 Prozent der Stimmen. **Seite 18**

# Bayerische Gemeindezeitung

Kommunalpolitik · Wirtschaft · Recht · Technik · Praxis

ISSN 0005-7045

Geretsried, den 9. März 2006

57. Jahrgang / Nummer 5

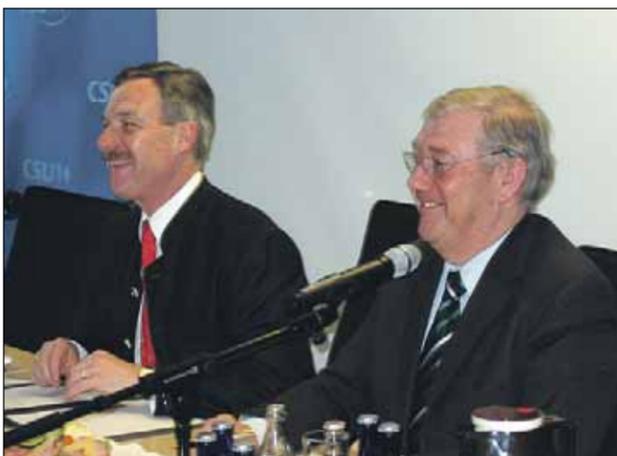
KPV-Hauptausschuss zur ländlichen Entwicklung:

## Vorsorge ist besser als heilen

Den ländlichen Regionen in Bayern kommt eine wichtige Bedeutung für die Entwicklung des gesamten Landes zu. Darauf verwies Landwirtschaftsminister Josef Miller bei der jüngsten Sitzung des KPV-Landesvorstandes und Hauptausschusses in München unter der Leitung von Landrat Luitpold Braun.

Mehr als 80 Prozent der bayerischen Landesfläche (rd. 70.000 km<sup>2</sup>) sind ländliche Räume. Dort leben mehr als die Hälfte der rund zwölf Millionen Bewohner des Freistaats. Für das Ziel der Landespolitik, in den ländlichen

Räumen Lebensbedingungen zu schaffen, die denen in Ballungsgebieten gleichwertig (nicht gleichartig) sind, bietet das Staatsministerium Miller zufolge wichtige Gestaltungsmaßnahmen und Förderkonzepte an.



KPV-Landesvorsitzender Luitpold Braun und Landwirtschaftsminister Josef Miller: Tiefgreifende Veränderungen im ländlichen Raum.

## 25 Jahre SGK Bayern

SPD-Kommunalpolitiker zogen Bilanz  
Kommunalwahl 2008 im Visier

„25 Jahre SGK Bayern“ waren der Anlass für die SPD-Kommunalpolitiker in Bayern sich unter dem Motto „Wir gestalten Zukunft in Bayerns Städten und Gemeinden“ in München zu treffen.

Mit dem Münchner Altoberbürgermeister Hans-Jochen Vogel, den aktiven Oberbürgermeistern Christian Ude, München und Uli Maly aus Nürnberg, dem Landtags-Fraktionsvorsitzenden Franz Maget und dem neuen Landesgruppenchef Florian Pro-

dan erinnert Hans-Jochen Vogel: Die Gemeinden als „vorgefundene“, dem Staat vorgegebene Gebietskörperschaften, die Volkswahl der Bürgermeister und Landräte, der Bürgerentscheid, waren die Grundprinzipien. (Fortsetzung auf Seite 4)



Florian Pronold, Brigitte Meier, Dr. Hans-Jochen Vogel, Dr. Ivo Holzinger, Franz Maget; am Rednerpult Christian Ude (v. l.).

nold auf dem Podium und fast 300 weiteren Oberbürgermeistern, Landräten, Bürgermeistern und Bürgermeistern sowie Ratsmitgliedern der verschiedenen Ebenen im Auditorium im Alten Rathaussaal in München, machten sich die bayerischen Sozialdemokraten auf den Weg zur Kommunalwahl 2008. Der im Amt als SKG-Vorsitzender bestätigte Memminger Oberbürgermeister, Dr. Ivo Hozinger, gratulierte Hans-Jochen Vogel nachträglich zum 80. Geburtstag und dankte für dessen lebenslanges und noch immer unermüdetes Engagement.

### Grundlagen für die Kommunalpolitik

Dass die bayerischen Sozialdemokraten mit Ministerpräsident Wilhelm Hoegner entscheidende Grundlagen für die Kommunalpolitik in Bayern nach der Nazidiktatur geschaffen haben,

Neues von **Sabrina**

**Stichwort Bürokratieabbau:** Es gilt, das rechte Maß zu finden und dort abzubauen, wo die Aufgaben schlanker erfüllt werden können und da aufzustocken, wo durch ein Mehr die Arbeit effektiver wird. Für den Anfang, so meint der Bürgermeister, wäre es gut, wenn die Normenflut aus München und Berlin zum Rinnsal werden würde. **Seite 19**

## Bayerischer Arbeitsmarkt trotzt kaltem Winter

Wirtschaftsminister Huber und Sozialministerin Stewens zu den Arbeitsmarktzahlen für Februar 2006

„Die Grundtendenz ist positiv. Ich erwarte in den kommenden Monaten konjunkturell und saisonal einen deutlichen Abbau der Arbeitslosigkeit im Freistaat“, kommentierte Bayerns Wirtschaftsminister Erwin Huber die Arbeitsmarktdaten vom Februar. Die Zahl der Arbeitslosen im Freistaat stieg trotz der niedrigen Temperaturen gegenüber Januar nur leicht um knapp 1.000 auf 549.300. Im Vorjahresvergleich sank die Erwerbslosenzahl mit über 40.000 noch stärker als in den vorangegangenen Monaten.

Auch die neuesten Daten zur Entwicklung der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung bestätigen nach den Worten von Sozialministerin Christa Stewens die Wende zum Besseren. Im Dezember 2005 waren in Bayern rund 16.600 mehr Frauen und Männer sozialversicherungspflichtig beschäftigt als Ende 2004.

Die Zunahme der offenen Stellen um 26,2 Prozent im Vergleich zum Februar 2005 zeige, dass es auf dem Arbeitsmarkt aufwärts gehen könne. Diese Entwicklung dürfe jetzt nicht behindert werden. „Ich warne deshalb davor, mit der Einführung von Mindestlöhnen neue Hürden auf dem Arbeitsmarkt aufzubauen.“

### Weltweiter Wettbewerb

Miller verhehlte freilich nicht, dass die Rahmenbedingungen für die ländlichen Räume tiefgreifenden Veränderungen unterliegen. Lange Zeit sei der Auslöser hierfür vor allem der landwirtschaftliche Strukturwandel gewesen. In letzter Zeit wirkten sich aber immer deutlicher Entscheidungen wie die EU-Erweiterungen und die Globalisierung der Märkte auf die Entwicklung der ländlichen Räume und der Dörfer aus. Die Zunahme des in- und zwischen weltweiten Wettbewerbs und dadurch bedingt die Verstärkung der Waren- und Handelsströme mit dem damit verbundenen hohen Verkehrsaufkommen sowie die Ausweitung von Siedlungs- und Gewer-

(Fortsetzung auf Seite 4)



Die „weiß-blaue Bilderbuchlandschaft“ trägt. Der Präsident des Bayerischen Gemeindetags, Dr. Uwe Brandl, klagte nunmehr in einer Pressemeldung: „Die Schmerzgrenze ist erreicht. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der gemeindlichen Bauhöfe, Feuerwehren und sonstigen Einrichtungen der Gemeinden kämpfen nahezu rund um die Uhr gegen die gewaltigen Schneemassen. Pausenlos fahren die gemeindlichen Schneeräumer, sägen die Feuerwehreinsetzungskräfte bruchgefährdete Bäume um und räumen Dächer vom Einsturz bedrohter Gebäude ab.“ Brandl dankte allen beteiligten Einsatzkräften für ihren Dienst. Hervorzuheben sei auch das beispielhafte ehrenamtliche Engagement der zahllosen freiwilligen Helfer. „Ohne sie würde das öffentliche Leben in weiten Teilen Bayerns zusammenbrechen.“ Der Präsident wies auf die finanziellen Folgen des schneereichen Winters hin: „Die Gemeinden brauchen Geld. Die Kosten dieses Winters liegen schon jetzt beim Zwei- bis Dreifachen des Üblichen und reißen riesige Löcher in die kommunalen Haushalte.“ Die bayerischen Gemeinden bekommen derzeit auf der Grundlage des kommunalen Finanzausgleichs eine Pauschale von 940 Euro pro Straßenkilometer an staatlichem Zuschuss für den Straßenunterhalt einschließlich Winterdienst. Dieser Zuschuss deckt bei weitem nicht die zusätzlichen Kosten des diesjährigen außergewöhnlichen Winters, zumal die gezielte Winterdienstförderung im Jahr 2004 ausgelaufen ist. Der Bayerische Gemeindetag appelliert daher an den Freistaat, zusätzliche Finanzmittel zur Verfügung zu stellen, um besonders betroffenen Gemeinden aus der finanziellen Notlage zu helfen. **Bild: Freilichtmuseum Glenleith**

### Bitte um Mithilfe:

## Bücher aus dem Feuer

Lesungen zum Jahrestag  
der Bücherverbrennung  
am 10. Mai 2006

Es waren ganz stark die bayerischen Kommunen, die die „Aktion Bücherlesung“ im vergangenen Jahr zum Erfolg führten. „Wir wollen, dass die jährlichen Gedenkveranstaltungen am Jahrestag der Bücherverbrennung durch die Nazis eine feste Einrichtung werden“, erläuterte deren Initiator, TV-Moderator Gerhard Schmitt-Thiel, und bittet erneut um zahlreiche Unterstützung.

„Vor oder in Rathäusern, in Bibliotheken, Museen, Buchhandlungen, an allen Schulen, Universitäten, von Lernenden und Lehrern, in allen Theatern, Opern, Kinos ... jeweils vor den Aufführungen, auf öffentlichen Plätzen, soll aus Texten von Autoren gelesen werden, deren Werke ein Opfer der Flammen geworden waren“ hoffen Schmitt-Thiel und seine Mitinitiatoren, die selbst nur Anstoß geben und über die Website koordinieren können. **Weitere Informationen** unter [www.buecherlesung.de](http://www.buecherlesung.de).

Wer mit bayerischer  
Kommunalpolitik  
und mit  
Wirtschafts- und  
Umweltfragen  
zu tun hat,  
der braucht die

## Bayerische Gemeindezeitung

als umfassende  
Informationsquelle  
für Kommunalpolitiker

# Hilfe ja - Winterdienstpauschale nein

Landtag begrüßt Katastrophenprogramm der Staatsregierung - Geld im Rahmen des Finanzausgleichs

Die Schneekatastrophe in Ostbayern hat die CSU-Landtagsfraktion in der Forderung bestärkt, besonders durch den Winterdienst belasteten Gemeinden und Landkreisen durch Zuwendungen aus dem kommunalen Finanzausgleich zu helfen, ohne die abgeschaffte Winterdienstpauschale wieder einzuführen. Das aktuelle Sieben-Punkte-Hilfsprogramm der Staatsregierung für Kommunen und Hauseigentümer wurde im Landtag zustimmend zur Kenntnis genommen. Höhe und praktische Umsetzung der Hilfen müssen im März in Verhandlungen der Staatsregierung mit den kommunalen Spitzenverbänden ausgehandelt werden. Ob sich aus der neuerlichen Schneekatastrophe des vergangenen Wochenendes neue Aspekte ergeben, war bei Redaktionsschluss noch nicht absehbar.

Mehrere SPD-Abgeordnete unter Federführung von Gudrun Peters hatten Ende Oktober beantragt, die Streichung der Winterdienstpauschale rückgängig zu machen. Die Erfahrungen im Winter 2005 hätten gezeigt, dass viele Kommunen angesichts ihrer prekären Haushaltslage nicht in der Lage seien, die Straßenschäden zu bezahlen. Die heurige Schneekatastrophe bestätige diesen Antrag.

## Gerechter Ausgleich

Die CSU hatte zur entscheidenden Beratung im Plenum - in den Ausschüssen war der SPD-Antrag von der Mehrheitsfraktion abgelehnt worden - einen Änderungsantrag eingereicht. Mit

tende CSU-Fraktionsvorsitzende Thomas Kreuzer fest. Sein Fraktionskollege Herbert Ettengruber verwies insbesondere auf die heuer im Finanzausgleich nochmals um 4% erhöhte Pauschale für die Gemeindestraßen.

## Staatszuschuss bei Katastrophenalarm

Bei der heurigen Schneekatastrophe gehe es indessen um ganz andere Schäden in Höhe vieler Millionen, die man nicht mit dem Straßenwinterdienst zusammenfassen könne. Finanzstaatssekretär Franz Meyer sprach gleichfalls von der ungerechten alten Pauschale. Er sicherte der CSU zu, ihren Antrag in die Verhandlungen mit den kommunalen

Spitzenverbänden aufzunehmen. Im aktuellen Sieben-Punkte-Hilfsprogramm stehe, dass Kommunen dort, wo in den letzten Wochen Katastrophenalarm ausgelöst wurde, für ihre Winterdienstmehrkosten einen Staatszuschuss erhalten können.

## Zustimmung zur Hilfe

Die Grünen-Abgeordnete Christine Kamm befürwortete den SPD-Antrag. Es sei bedauerlich, dass die CSU die Winterdiensthilfen aus dem Finanzausgleich herauschneiden wolle. Angesichts der ablehnenden Haltung der Mehrheitsfraktion schlug Gudrun Peters vor, den CSU-Änderungsantrag durch den Satz zu ergänzen, „die für

den Winterdienst erforderlichen Zusatzmittel im FAG verbindlich festzulegen“. Das lehnte Kreuzer für seine Fraktion ab.

## Dank an alle Helfer

Der SPD-Antrag wurde in schriftlicher, namentlicher Abstimmung mit 90 Nein- gegen 48 Ja-Stimmen und 5 Enthaltungen abgelehnt. Der CSU-Änderungsantrag fand in offener Abstimmung breite Zustimmung des Landtags. Bei aller Kritik an Staatsregierung und CSU brachten auch die Oppositionsabgeordneten ihre grundsätzliche Zustimmung zur Hilfe zum Ausdruck; ebenso den Dank an alle Helfer zur Bewältigung der Schneekatastrophe. **rm**

# Staatspreise für vorbildliche Ländliche Entwicklung

Miller zeichnet erstmals auch privates Engagement aus

Aus rund 2 000 Projekten der Ländlichen Entwicklung und mehreren tausend privaten Sanierungsprojekten in ganz Bayern hat Landwirtschaftsminister Josef Müller vier herausragende öffentliche Vorhaben der Dorferneuerung und Flurneuerung sowie sechs vorbildliche private Leistungen bei einem Festakt in der Münchner Residenz jeweils mit einem Staatspreis ausgezeichnet.

Erstmals wurde heuer auch privates Engagement mit dem alle zwei Jahre verliehenen Preishonorar. Bei den preisgekrönten Projekten handelt es sich nach Aussage des Ministers um mustergültige Gemeinschaftswerke.

## Vorbildliches Bürgerengagement

„Die Prämierung ist eine Anerkennung für vorbildliches Bürgerengagement.“ Es sei in allen Fällen gelungen, Dorf und Flur als wertvollen Lebens-, Kultur-, Wirtschafts- und Erholungsraum zu sichern und weiter zu ent-

wickeln. Der ländliche Raum erhalte dadurch wichtige Impulse zur Verbesserung seiner Standortfaktoren. Die zukunftsfähige und nachhaltige Entwicklung des ländlichen Raums ist nach Aussage des Ministers wesentlicher Eckpunkt einer zeitgemäßen Agrarpolitik.

Drei mit je 8.000 Euro dotierte Staatspreise in der Kategorie „Gemeinschaftliche und öffentliche Leistungen“ gingen an die Flurneuerungen in Mittelneufnach (Lkr. Augsburg) und Moggast (Lkr. Forchheim) sowie an die Dorferneuerung Roßhaupten (Lkr. Ostallgäu). Einen Sonderpreis von 4.000 Euro er-

hielt die Gemeindeentwicklung Weyarn (Lkr. Miesbach). Weitere vier Projekte der Dorferneuerung und Flurneuerung aus den Landkreisen Ansbach, Weilheim-Schongau, Bamberg und Straubing-Bogen bekamen Ehrenurkunden. **□**

## Sonderkommission und Spezialeinheit

Schnappauf räumte Fehler ein; sein Ministerium habe jedoch erstmals am 13. Januar 2006 von dem Wildfleischskandal erfahren und mit Einsetzung einer Sonderkommission „schnell und entschlossen gehandelt“. Es werde „ohne Ansehen von Person und Funktion“ ermittelt. „Wir haben das gleiche Interesse, dass die Vorgänge aufgeklärt werden“, versicherte er der Opposition und meinte, die unteren Behörden hätten früher und konsequenter durchgreifen müssen. Künftig soll eine Spezialeinheit Lebensmittelskandale vermeiden helfen. Innen-, Gesundheits- und Justizministerium wollen dabei eng zusammenwirken.

Für die Grünen forderte Adi Sprinkart, endlich die „miserablen Strukturen im bayerischen Verbraucherschutz auf den Prüfstand zu stellen“. Es bestehe der Verdacht „absoluter Ungleichbehandlung von Betrieben nach dem Motto, die Kleinen packen wir und die Großen lassen wir laufen“. Der Untersuchungsausschuss müsse in seinen Ergebnissen über den Fall Berger Wild hinaus wirken:

Auch in der CSU-Fraktion gab und gibt es kritische Stimmen. Man hätte das Problem vor Ort in den Griff bekommen, wenn nicht nur getan worden wäre, was unbedingt nötig ist, sondern man „mal richtig draufgehaut“ hätte, befand der Abgeordnete und Tierarzt Dr. Marcel Huber.

# Wildfleischskandal beschäftigt Landtag

Kontrollbehörden vom Ministerium bis zum Landratsamt unter der Lupe

Das Verhalten staatlicher und kommunaler Behörden im Skandal um die inzwischen insolvente Passauer Firma Berger Wild GmbH soll im Landtag einen Untersuchungsausschuss beschäftigen. Die SPD will bis Mitte März einen Fragenkatalog ausarbeiten.

Der zuständige Minister, Dr. Werner Schnappauf, hat zunächst auf schriftliche Fragen der Opposition und mündlich im Umweltausschuss Stellung genommen, Fehler auf mittlerer und unterer Verwaltungsebene eingeräumt und Konsequenzen für die

Lebensmittelüberwachung angekündigt. Während sich auch die Grünen für einen Untersuchungsausschuss aussprachen, erachtete ihn CSU-Fraktionsvorsitzender Joachim Herrmann als überflüssig.

## Beanstandungen seit 1998

Für die Opposition ist der Fall Berger der bisherige Höhepunkt einer Reihe von Lebensmittel-skandalen der letzten Jahre. Die entscheidende Frage sei, fasste SPD-Umweltsprecher Herbert Müller im Ausschuss und vor der Presse zusammen, ob die vom Staat eingerichteten Instanzen - von der Staatsregierung über die Bezirksregierungen und Landratsämter bis zu den amtlich zur Kontrolle bestellten niedergelassenen Tierärzten - rechtzeitig und korrekt eingegriffen haben. Schnappaufs Erklärungen ließen das bezweifeln.

Aus der von ihm vorgelegten Chronologie gehe hervor, dass gegen Berger Wild spätestens seit März 1998 Beanstandungen bekannt waren, denen die verschiedenen Behörden und die Staatsanwaltschaft schlep-pend, unkoordiniert oder gar nicht nachgegangen seien. Die umfangreichen Stellungnahmen des Ministers „werfen mehr Fragen auf als sie beantworten“, so Müller. Der SPD-Abgeordnete Ludwig Wörner kommentierte als Verbrauchersprecher das Abwälzen der Verantwortung auf untere Dienststellen ziehe sich

## Korrektur der Kontaktdaten:

# Vergabeverfahren mit der BSZ und dem SOL-System

Der Druckfehlerteufel war schuld daran, dass in unserem Bericht in GZ 4 vom 16. Februar 2006 über das Vergabeverfahren der Bayerischen Staatszeitung und des Bayerischen Staatsanzeigers die Kontaktdaten nicht ganz korrekt wiedergegeben waren. Wir bitten das Versehen zu entschuldigen!

Alle Informationen über das Vergabeverfahren mit der BSZ und dem SOL-System erhalten Sie bei: **Staatsanzeiger Online Logistik GmbH; Prager Str. 1; 82008 Unterhaching; Herr Peter Schöller; Herr Manfred Jahr; Tel.: 089-693907-0; Fax: 089-693907-55; eMail an Vertrieb@staatsanzeiger-online.de oder unter www.baysol.de.** **□**

der Wiedereinführung der Winterdienstpauschale könne nach allen Erfahrungen kein gerechter Ausgleich unter den betroffenen Gemeinden erzielt werden. Die Staatsregierung solle in den anstehenden Gesprächen mit den kommunalen Spitzenverbänden Regelungen finden, die im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs einen gerechten Ausgleich ermöglichen.

Die zudem bürokratisch befrachtete Winterdienstpauschale habe das nachweislich nicht ermöglicht, stellte der stellvertre-

## Wir gratulieren

### ZUM 70. GEBURTSTAG

Bürgermeister Josef Fleschutz  
87662 Osterzell  
am 24.3.

Bürgermeister  
Josef Heidingsfelder sen.  
84091 Attenhofen  
am 26.3.

### ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister Albert Reiter  
83417 Kirchanschöring  
am 16.3.

Bürgermeister Josef Förg  
86926 Greifenberg  
am 16.3.

Bürgermeister Manfred Raum  
96317 Kronach  
am 26.3.

### ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeisterin  
Auguste Schmid  
86669 Königsmoos  
am 14.3.

Bürgermeister  
Gerhard Bernkopf  
94575 Windorf  
am 14.3.

Bürgermeister Friedrich Werner  
91489 Wilhelmsdorf  
am 17.3.

Bürgermeister  
Ferdinand Pfaffinger  
82319 Starnberg  
am 22.3.

### ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Werner Platsch  
96279 Weidhausen  
am 19.3.

Bürgermeister Josef Schmid  
83673 Bichl  
am 21.3.

### ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister  
Werner Bäuerlein  
91183 Abenberg  
am 24.3.

Bürgermeister Wolfgang Mayer  
89355 Gundremmingen  
am 25.3.

### ZUM 45. GEBURTSTAG

Bürgermeister  
Konrad Sepp  
86987 Schwabsoien  
am 23.3.

### ZUM 35. GEBURTSTAG

Bürgermeister  
Roland Grillmeier  
95666 Mitterteich  
am 18.3.

## Sichere Alternative für Kommunen und kommunale Anleger:

# Traditions-Anleihe der BayernLB

Chance auf äußerst attraktive Rendite

Die S-Finanzgruppe Bayern bietet derzeit die Traditions-Anleihe der BayernLB, ein für Kommunen und kommunalnahe Anleger äußerst attraktives Wertpapier, an, das den Bedürfnissen dieser Kundengruppe in höchstem Maße entspricht. Trotz des gegenwärtig niedrigen Zinsniveaus besteht aufgrund der Anbindung der Traditions-Anleihe an die Performance des Aktienmarktes die Chance auf eine sehr attraktive Rendite.

Die Einhaltung der kommunalrechtlichen Anforderungen an Sicherheit, Liquidität und eine Mindestverzinsung sind Grundlage für die Anleihe, die auch für Privatkunden mit einer „vorsichtigen“ Anlagestrategie eine sichere Alternative ist. Folgende Merkmale zeichnen die Traditions-Anleihe der BayernLB aus:

- **Sicherheit**  
100% Kapitalgarantie auf den Nennbetrag zum Laufzeitende
- **Liquidität**  
Die Traditions-Anleihe kann börsentäglich zu marktgerechten Kursen verkauft werden und ist damit sehr flexibel.
- **Laufzeit**  
Mit der überschaubaren Laufzeit von nur 3 Jahren (05.04.2006 - 09.04.2009) ist die Anleihe eine gute Alternative zu dem derzeit niedrigen Zinsniveau.
- **Rendite**  
Der jährliche Kupon errechnet sich am Ende eines Laufzeitjahres aus dem Durchschnittswert der monatlichen Indexperformance des Dow Jones EURO STOXX 50®. Die Traditions-Anleihe bietet daher die Chance an der Partizipation von Kurssteigerungen am Aktienmarkt bei einer garantierten Mindestverzinsung.
- **Lock-in-Mechanismus**  
Eine einmal gezahlte Rendite wird für die nächsten Jahre als Untergrenze festgeschrieben und erhöht von diesem Zeitpunkt an den Mindestkupon.
- **Bonuskupon**  
Sollte die Summe der jährlich gezahlten Kupons am Ende der Gesamtlaufzeit mindestens 6,00% betragen, wird zusätzlich ein Bonuskupon von 3,00% ausgezahlt.
- **Mindestverzinsung**  
Der garantierte Mindestkupon beträgt 1,00%  
Die Anleihe kann seit dem 13.02.2006 mit einer Stückelung von 1.000 und einem Ausgabepreis von 100% in jeder Sparkasse gezeichnet werden. Vorbehaltlich einer vorzeitigen Schließung endet die Zeichnungsfrist am 31.03.2006 um 12 Uhr.  
**Nähere Informationen:**  
In allen Bayerischen Sparkassen und bei der BayernLB (Ansprechpartner: Götz Rinn, Tel.089/2171-22044); Internet: www.bayernlb.de/emissionsprospenkte. **□**

hielt die Gemeindeentwicklung Weyarn (Lkr. Miesbach). Weitere vier Projekte der Dorferneuerung und Flurneuerung aus den Landkreisen Ansbach, Weilheim-Schongau, Bamberg und Straubing-Bogen bekamen Ehrenurkunden. **□**

Für ihr außerordentliches Engagement, Ortsbild prägende Gebäude zu erhalten und zeitgemäß zu nutzen, zeichnete der Minister sechs private Bauherren mit einem Staatspreis aus: Je einen gab es für ein Wohnhaus mit Stall in Riedhof bei Stötten am Auerberg sowie ein Wohnhaus mit Dorfbäckerei und Pfründhaus in Irsee (beide Lkr. Ostallgäu), für ehemalige Wohnstallhäuser in Kleukheim (Markt Ebensfeld, Lkr. Lichtenfels) und in Heidelberg (Stadt Selb, Lkr. Wunsiedel), für ein Gasthaus in

Er sah „Versäumnisse bei Einzelpersonen und im System“. Der Passauer CSU-Abgeordnete Konrad Kobler verwies gegenüber der GZ darauf, dass er und andere die Organisation der Lebensmittelüberwachung schon längst als unzureichend betrachtet hätten. Landratsämter mit Amtstierärzten und amtlichen Tierärzten treffe möglicherweise im Einzelfall auch Schuld. Das sei jedoch nicht der entscheidende Fehler. Umweltausschussvorsitzender Henning Kaul (CSU) schloss gleichfalls keine Verwaltungsebene von der Verantwortung aus, logischerweise müsse man indessen mit der Überprüfung unten anfangen.

Sobald die SPD ihren Fragenkatalog für einen Untersuchungsausschuss fertig hat, wird er den anderen Fraktionen zur Stellungnahme zugeleitet. Dabei können noch formelle Einwendungen gegen die rechtliche Zulässigkeit bestimmter Fragen erhoben werden, der Untersuchungsausschuss ist jedoch einzusetzen, wenn ein Fünftel der 180 Landtagsabgeordneten dies fordert. Die SPD hat 41 Sitze im derzeitigen Parlament. **rm**

## BayKiBiG: Stewens informiert über Gesetzesänderungen

Eine neue Broschüre über das Bayerische Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz (BayKiBiG) präsentierte Bayerns Familienministerin Christa Stewens. „Das Gesetz setzt zwei wichtige Schwerpunkte: Es steht für einen weiteren Ausbau der Kinderbetreuung, gerade auch für unter Dreijährige und Schulkinder, sowie die weitere Steigerung der Qualität der frühkindlichen Bildung“, erläuterte die Ministerin. Die Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit müsse weiter erleichtert werden. Mehr Gestaltungsfreiheit und mehr Vielfalt in der Kinderbetreuung soll Familien maßgeschneiderte Lösungen ermöglichen. Daher würden alle bedarfsnotwendigen Formen der Kinderbetreuung einschließlich der Tagespflege gefördert.

In den Genuss der kindbezogenen Förderung können nunmehr auch betriebliche Einrichtungen, Elterninitiativen oder selbstständige Erzieherinnen kommen, wenn das Angebot bedarfsnotwendig ist und die in der Ausführungsverordnung verankerten Bildungs- und Erziehungsziele umgesetzt werden.

Wegen anderslautender Presseberichte wies Christa Stewens bei dieser Gelegenheit auch darauf hin, dass Gemeinden in manchen Fällen verpflichtet seien, den Besuch ortsfremder Kindergärten zu ermöglichen. **□**

Arbeitstagung der Hanns-Seidel Stiftung:

# Potenziale regionaler Wirtschaftskreisläufe

**Auf Anregung des Präsidenten des Bayerischen Landtags, Alois Glück, lud die Hanns-Seidel-Stiftung Vertreter der Bayerischen Staatsministerien, der Kommunen und der kommunalen Spitzenverbände, Wissenschaftler sowie Akteure von Regionalinitiativen in allen Regierungsbezirken ein. Die Arbeitstagung sollte den Diskussionsprozess um eine nachhaltige Regionalentwicklung in Bayern bereichern.**

Praktiker und Wissenschaftler konnten gemeinsam aufzeigen, welche erfolgreichen Ansätze es bereits gibt und welche Potentiale im Freistaat noch genutzt werden könnten. Gemeinsam sollte ein Gedankenmodell etabliert

Innovationen von unten durch aktive Bürgerbeteiligung unterstützen.

Der Erhaltung regionaler Wirtschaftsstrukturen wie z.B. landwirtschaftliche Betriebe, genossenschaftliche Molkereien oder

zu einem modernen Bürgerhaus umgebaut. Ein Biomasse-Heizwerk mit zwei 700 kW Kessel und ca. drei Kilometer Leitungen versorgen das Dorf mit Wärme. Bisher sind rund 70 Privatgebäude, das Gewerbegebiet, die Schule und die Kirche angeschlossen. Die 4500 m<sup>3</sup> Hackschnittel pro Jahr bedeuten eine Einsparung von ca. 450.000 Litern Öl, was etwa 1.200.000 Kilogramm CO<sub>2</sub> entspricht. Die dadurch in der Region verbleibende Wertschöpfung setzt der Bürgermeister auf etwa 100.000 Euro an, was etwa drei Arbeitsplätze entspricht. Sechs Landwirte und die Gemeinde hatten für die Anlage eine Gesellschaft gegründet und eine Investition von etwa zwei Millionen Euro getätigt.

## Geothermie-Heizkraftwerk

In einer deutlich anderen Liga bewegt sich das Engagement der Gemeinde Unterhaching in punkto erneuerbare Energien. Bürgermeister Erwin Knapke berichtete, wie dort derzeit unter der Federführung der Gemeinde ein großes Geothermie-Heizkraftwerk errichtet wird. Aus 3350 Metern werden pro Sekunde 65 bis 239 Liter Wasser mit einer Temperatur von 122,8 Grad Celsius nach oben ge-

pumpt. Das Thermalwasser wird für eine wirtschaftliche und umweltfreundliche Erzeugung von Strom mit der Option der Wärmeauskopplung verwendet. Geplant ist ein Nahwärmenetz. Es könnte die Haushalte mit einer Leistung von bis zu 38 Megawatt auch bei steigenden Ölpreisen mit kostengünstiger Wärme versorgen. Erwogen wird darüber hinaus die Belieferung des Hallenbads im Nachbarort mit günstiger Wärme.

## Natürliche Potenziale

Die Bürgerschaft trägt über den Gemeinderat das relativ hohe Investment der Gemeinde mit. Die Geothermie Unterhaching GmbH & Co KG mit dem Hauptgesellschafter Gemeinde brachte immerhin ein Stammkapital von 7,8 Mio. Euro bei einem Gesamtinvestment von 46 bis 50 Mio. Euro auf. Trotz jährlicher Betriebskosten von 750.000 Euro ist die Bürgerschaft offensichtlich überzeugt, dass sich die Investition durch die Erlöse aus Wärmelieferung (1,5 Mio. Euro jährlich) und Stromlieferung (3,8 Mio. Euro) amortisiert und gleichzeitig ein Beitrag zur langfristigen Sicherung der Energieversorgung geleistet wird. Seine mannigfaltigen und nicht immer guten Erfahrungen würde Rathauschef Knapke gern mit anderen Gemeinden teilen, stößt dabei aber an Kapazitätsgrenzen. Nach seiner Meinung könnten und sollten aber viele Gemeinden im Voralpenraum und der Schotterebene dieses natürliche Potenzial nutzen. **DK**

**Anzeigen in der GZ**  
**Ihre Ansprechpartnerin: Viktoria Bertele**  
**Telefon: 08171/9307-11**  
 Fax: 08171/80514  
 Internet: <http://www.gemeindezeitung.de>  
 eMail: [info@gemeindezeitung.de](mailto:info@gemeindezeitung.de)

werden, das eine gesamtwirtschaftlich und gesellschaftlich wünschenswerte Neuorientierung weg von „billig“ zu „wertvoll“ induziert.

## Wiederentdeckung von Solidarität und Identität

Die Kommunen respektive deren Spitzenverbände wurden vertreten durch den Neumarkter Landrat Alfred Löhner sowie die Bürgermeister Erwin Knapke (Unterhaching), Wolfgang Zirmgibl (Ascha) und Rudolf Eineder (Stadt Berching). Landkreischef Löhner wies auf die Schlüsselrolle der Kommunen für eine nachhaltige Entwicklung hin. Das Subsidiaritätsprinzip sei Grundlage bürgernaher Politik. Eine frühe Beteiligung der Bürger führe zu deutlich besseren Ergebnissen. Projekte könnten so zielgenau realisiert und dadurch Kosten gesenkt werden. Die Aktivierung des bürgerschaftlichen Engagements führe zu einer „Wiederentdeckung von Solidarität und Identität“. Man müsse dafür „die Politik vom Kopf auf die Beine stellen“ und

regionale Schlachthöfe misst Löhner die größte Bedeutung bei. Nur so seien Arbeits- und Ausbildungsplätze sowie eine hohe Wertschöpfung in den Regionen zu erhalten. Beides stelle die Grundlagen für eine Steigerung von Attraktivität und Lebensqualität im ländlichen Raum dar.

Im Landkreis Neumarkt geht man neue Wege und verbindet regionale Vermarktung und High-Tech. Das Regionaldo-System nutzt den Chip der EC-Karte, um Rabattpunkte beim Kauf regionaler Produkte zu speichern. Alle teilnehmenden Unternehmen haben ihren Sitz in der Region.

## Aktive Bürgerschaft

Von einer sehr aktiven Bürgerschaft berichtete Wolfgang Zirmgibl. Die Erfolge seines Zusammenwirkens mit der Bürgerschaft der Gemeinde Ascha (Verwaltungsgemeinschaft Mitterfels) fanden bereits viel Anerkennung und wurden mehrfach prämiert. So wurde in Ascha die alte Schule mit viel Eigenleistung - auch des Gemeinderats -

## Studie der Prognos AG zu Lokalen Bündnissen:

# Für Familien wirtschaftlich attraktiv

**Die Vernetzung von Kommunen, Unternehmen und freien Trägern zu einem Lokalen Bündnis für Familie bringt ihnen einen deutlichen Gewinn, der den zeitlichen und finanziellen Aufwand übersteigt. Die Initiative „Lokale Bündnisse für Familie“ bietet einen Rahmen für eine effektive und langfristige Vernetzung auf kommunaler und regionaler Ebene. Zu diesen Ergebnissen kommt die Studie „Die Initiative Lokale Bündnisse aus ökonomischer Sicht“ der Prognos AG, Berlin.**

Um die ökonomischen Effekte zu ermitteln, wurden in der Studie zwölf ausgewählte Lokale Bündnisse analysiert: Augsburg, Darmstadt, Felsberg, Gütersloh, Jena, Leipzig, Meschede, Nürnberg, Ostfriesland, Landkreis Ravensburg, Wettensberg und Wiesbaden. Interviews mit Verantwortlichen und Daten aus der Bündnisarbeit wurden durch eine Netzwerkanalyse ergänzt, die die Kontakthäufigkeit und -intensität zwischen den Partnern aus Kommunen, Wirtschaft und Trägerschaft vor und nach der Bündnisgründung nachzeichnet. Die Studie wurde aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds kofinanziert.

## Zusammenarbeit mit dem Familienservice

Praxisbeispiel Nürnberg: Hier profitiert die Firma DATEV von der Zusammenarbeit mit dem Familienservice des Bündnisses. Seit Oktober 2003 besteht ein Kooperationsvertrag über Beratungs- und Vermittlungsdienstleistungen bei der Kinderbetreuung. Der Familienservice Nürnberg ist in Trägerschaft des Kinderhauses e. V. Nürnberg im Rahmen der Bündnisarbeit entstanden. Mittlerweile haben 70 DATEV Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter das Dienstleistungsangebot aus Beratung und Vermittlung genutzt. In 22 Fällen konnte über den Familienservice die Vermittlung von Betreuungspersonen und -plätzen realisiert werden.

Die Betreuungssituation für die unter Dreijährigen kann in Nürnberg als durchaus angespannt angesehen werden, da nur für 6 Prozent der Kinder Betreuungsplätze zur Verfügung stehen. Der Großteil der Eltern mit

sehr kleinen Kindern benötigt daher die Vermittlung von Betreuungsplätzen, um in der Elternzeit weiter arbeiten zu können. Die Verteilung der Betreuungsanfragen nach dem Alter der Kinder im Jahr 2005 zeigt, dass 62 Prozent der Kinder unter drei Jahre sind. Parallel verändert sich nach Einschätzung von Personalreferentin Höß in ihrem Betreuungsbereich der Umfang der gewünschten Elternzeit: „Nachdem die Länge der Elternzeit noch vor wenigen Jahren bei meist drei Jahren lag, hat sich die Länge mittlerweile auf ein bis zwei Jahre verkürzt.“

## Ausstieg aus dem Berufsleben verhindern

Viele der befragten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gaben als Grund für die Kontaktaufnahme mit dem Familienservice an, dass sie die Zeit bis zum Wiedereinstieg verkürzen bzw. einen Ausstieg aus dem Berufsleben verhindern möchten. Darüber hinaus bestand bei einigen ein Interesse daran, durch die Inanspruchnahme des Services die wöchentliche Arbeitszeit bei der DATEV zu erhöhen. Der Großteil der Eltern mit sehr kleinen Kindern benötigt daher die Vermittlung von Betreuungsplätzen, um in der Elternzeit weiter arbeiten zu können.

Wie die Studie zeigt, rechtfertigt allein die beschleunigte Rückkehr der Beschäftigten aus der Elternzeit bereits die Investition. Es lassen sich Kosteneinsparungen von ca. 46.500 Euro im Jahr u. a. durch kürzere Elternzeiten und geringere Personalfuktuation nachweisen. Dieser Ersparnis stehen Kosten von 35.000 Euro für den Familienservice gegenüber.

## GZ Kolumne Luitpold Braun

*liebe Leser*



*Manchmal hat man ja merkwürdige Besuche. Oft sind es auch solche, gegen deren Visite man sich nicht wehren kann.*

*So geschehen kürzlich in Bayern. Die Vereinten Nationen, eine Organisation, die von den Beiträgen ihrer Mitglieder lebt, sandte einen Emissär, der die Bildungschancen der Schülerinnen und Schüler „geprüft“ hat. Insbesondere bei den bayerischen Schulen hatte er wohl zu kritisieren, dass*

*die Durchgängigkeit zwischen den einzelnen Schularten im Iran oder in Saudi Arabien etwa höher als in Bayern? Wie leistungsfähig sind die Schulen in Kuba oder in Simbabwe?*

*Diese Überprüfung mutet schon außerordentlich merkwürdig an. Insbesondere Bayern hat ausweislich der Pisa-Ergebnisse ein Schulwesen, das zu den Spitzen in Europa zählt. Die Situation außerhalb Europas vermag ich nicht zu beurteilen. Aber wenn schon die schulischen Verhältnisse bei Mitgliedstaaten der UNO überprüft werden, dann gibt*

*es wohl Kandidaten, die dies nötiger hätten. Wie steht es eigentlich mit den Schulen in den islamischen Staaten? Ist die Integrationsleistung und*

*die Durchgängigkeit zwischen den einzelnen Schularten im Iran oder in Saudi Ara-*

*bien etwa höher als in Bayern? Wie leistungsfähig sind die Schulen in Kuba oder in Simbabwe?*

*Mir scheint, dass die UNO außerhalb Bayerns genügend Anlass hätte, um zu prüfen und Verbesserungen einzufordern.*

*Luitpold Braun*

## Weites Betätigungsfeld für UNO-Prüfer

Praxisbeispiel Augsburg: Dort engagieren sich zur Zeit rund 35 Bürger als Sozialpaten. Sie beraten im Auftrag des Amtes für soziale Leistungen Familien und Alleinstehende, die in finanzielle Schwierigkeiten geraten sind. Früher kümmerte sich das Amt nur um das Thema Mietschulden: Diese Schulden wurden vom Amt übernommen - drei Monate später waren dann oft bereits wieder neue Schulden aufgelaufen. Heute wird durch die Sozialpaten Ursachenforschung betrieben und eine umfassende Schuldnerberatung angeboten.

## Sozialpaten und Botschafter

Bereits rund 300 Bürgerinnen und Bürger engagieren sich ehrenamtlich als „Botschafterin“ oder „Botschafter“. Die Breite der Qualifikationen, die die Freiwilligen abdecken, hätte das Amt alleine nicht bereitstellen können. Durch das Engagement ehemaliger Bankberater, Kaufleute oder Versicherungsexperten kann die Beratung des Amtes heute umfassender, präventiver und flexibler erfolgen.

Zudem erbringen sog. freiwillige Familienpatinnen und Familienpaten Leistungen, deren Wert die Kosten der Bündnisgeschäftsstelle bei weitem übersteigt. Die besonderen Kompe-

tenzen, die die Freiwilligen mit- und einbringen, können von der Opportunitätskostenrechnung noch nicht einmal erfasst werden. Die Familienpaten unterstützen sozial schwache Familien bei Erziehungsfragen, aber auch bei Behördengängen und der Bewältigung von Alltagsproblemen. Das Angebot des Allgemeinen Sozialen Dienstes (ASD) wird durch die Familienpaten erweitert: So unterstützen die Familienpaten beispielsweise bei Beendigung einer Hilfsmaßnahme die Familien weiter, bis sie wieder sicher auf eigenen Füßen stehen können - eine Aufgabe, die sonst vom Amt nicht geleistet werden könnte.

„Ein besonderer Gewinn“, so ASD-Regionalleiterin Schaffler, „liegt auch in der anderen Qualität der Betreuung“. Die niederschwellige Beratung der Familienpaten sorgt dafür, dass in den Familien lebensweltorientiertere und passgenauere Lösungen erarbeitet werden können. „Die Freiwilligen stellen oft auch höhere Anforderungen an die Betroffenen: Die stille Ermahnung 'Ich opfere meine Freizeit - also gebt euch bitte Mühe' setzt oft in den Familien eigene Kräfte frei.“

„Die Fallstudien zeigen, dass sowohl Akteure als auch Regionen ökonomische Vorteile erzielen. Lokale Bündnisse für Familie liefern damit einen wichtigen Beitrag zur Zukunftssicherung“, betont Christian Böllhoff, Prognos-Geschäftsführer. **DK**

## Stewens bei der Werkstättenmesse Nürnberg:

# Metropole des Sozialmarktes

## Wichtiger Pfeiler zur Eingliederung behinderter Menschen

**„Wir sehen es als zentrale Aufgabe unserer Politik für behinderte Menschen, möglichst vielen den Zugang zum Arbeitsleben zu ermöglichen. Die Werkstätten für behinderte Menschen sind dafür ein wichtiger Pfeiler. Sie leisten einen ganz entscheidenden Beitrag zur Eingliederung behinderter Menschen in Arbeit und Gesellschaft.“ Mit diesen Worten eröffnete Bayerns Sozialministerin Christa Stewens die Werkstättenmesse im Messezentrum Nürnberg.**

Stewens: „Auf der weltweit größten Messe, bei der Werkstätten für behinderte Menschen ihre Produkte und ihr Leistungsvermögen darstellen, kann sich jeder ein Bild vom hohen Leistungsstand und der Kreativität behinderter Menschen machen. Ich freue mich deshalb sehr, dass die Werkstättenmesse in diesem Jahr zum ersten Mal in Nürnberg stattfindet. Nürnberg entwickelt sich so zur Metropole des Sozialmarktes.“

Mit rund 180 Werkstätten und 28.500 Berufsbildungs- und Arbeitsplätzen für behinderte Menschen besteht in Bayern ein flächendeckendes Netz an Werkstätten für behinderte Menschen, die ein Leistungsspektrum bieten, das von der Produktion einfacher Gegenstände hin zur Fertigung hochwertiger Produkte und der Bereitstellung von Outsourcing-Dienstleistungen reicht. „Längst haben die Werkstätten unter Beweis gestellt, dass sie ein ernst zu nehmender Wirtschaftsfaktor und ein leistungsfähiger, verlässlicher Partner der Unternehmen geworden sind“, betonte die Ministerin. Das Angebot umfasst Haus- und Haushaltsartikel, Spielwaren und kunstgewerbliche Artikeln, Textil, Möbel, Papier- und Bürobedarf sowie Nützliches für Freizeit und Garten bis hin zu Dienstleistungen in Lohnfertigung.

Ein Überblick über die Angebotspalette der bayerischen Werkstätten für behinderte Menschen findet sich im Internet unter [www.wfb-portal.de](http://www.wfb-portal.de). □

**Die Kommunalpolitische Vereinigung der Christlich-Sozialen Union in Bayern**

**sucht Kandidatinnen und Kandidaten**  
für Bürgermeister, Oberbürgermeister- und Landratswahlen

**Sie** haben eine fundierte Ausbildung und Berufserfahrung, die Sie befähigt, Verantwortung zu übernehmen. Das Vertrauen, das die Menschen Ihnen entgegenbringen, ist berechtigt. Sie sind sympathisch und der Elan, mit dem Sie alles anpacken, ist einfach mitreisend. Ihre Lebenseinstellung ist in jeder Hinsicht positiv. Kurz gesagt: Sie haben das Herz auf dem rechten Fleck!

**jetzt!** Nehmen Sie bitte Kontakt mit uns auf:  
KPV-Landesgeschäftsstelle, Nymphenburger Str. 64, 80335 München  
Telefon 089 / 3243-263, [KPV@csu-bayern.de](mailto:KPV@csu-bayern.de)

## Vorsorge ist besser ...

(Fortsetzung von Seite 1)  
begeben veränderten die Struktur der Dörfer in immer größerem und zunehmend sichtbarem Ausmaß.

### Dorfkerne drohen zu veröden

Überlagert würden diese Veränderungen durch eine unausgewogene demographische Entwicklung, betonte der Minister. Derzeit verändere sich das Erscheinungsbild der Dörfer gravierend. In vielen Gehöften seien die Ställe ohne Vieh und die Futterberge- und Maschinenhallen stundenlang leer. In immer mehr Häusern wohnten nur alte Menschen, so dass sich die Frage stelle, „was aus unseren Dorfkernen wird, wenn diese Menschen nicht mehr leben“.

Die Dorfkerne drohen zu veröden, während an den Rändern neu gebaut und dadurch Land verbraucht werde. Gerade diese Vielschichtigkeit der Entwicklungen stelle für die ländlichen Räume eine große Herausforderung dar - und dies in Zeiten knapper öffentlicher Haushalte. Miller: „Wir müssen diese Herausforderungen annehmen und die Veränderungen aktiv begleiten und strukturell abfedern. Um das große Potential unserer ländlichen Räume auszuschöpfen, sind gestaltende und aktivierende Maßnahmen erforderlich. Wir bieten den ländlichen Gemeinden unsere Hilfe zur Selbsthilfe.“ Dafür trage die Bayerische Verwaltung für Ländliche Entwicklung, bestehend aus sieben Direktionen für Ländliche Entwicklung Sorge.

### Enge Zusammenarbeit der Kommunen

Künftig setze der Freistaat auf eine enge Zusammenarbeit der Kommunen im Rahmen der integrierten ländlichen Entwicklung (ILE) mit den erfolgreichen Umsetzungsinstrumenten Flurneuordnung und Dorferneuerung. Nach dem Motto „Gemeinsam sind wir stärker!“ arbeiteten immer mehr benachbarte Gemeinden im ländlichen Raum freiwillig in kommunalen Allianzen zusammen, um sich gegenseitig zu ergänzen und zu stärken. Sie sparten dadurch Kosten und verwirklichten gemeinsam Projekte, die sie alleine nicht realisieren könnten, indem sie diese gemeindeübergreifend planen und ausführen.

Mit der ILE werden Miller zufolge die Gemeinden unterstützt und diese Entwicklungsaktivitäten koordiniert. Dabei gehe es nicht nur um finanzielle Mittel, sondern auch um Know-how, um die planerischen und rechtlichen Möglichkeiten, z. B. durch

das Bodenmanagement, und um Ideen. Gefördert und unterstützt werde die Kreativität der Menschen in den Regionen. Mit der ILE führe Bayern die vielfältigen Interessen im ländlichen Raum im Rahmen von Gemeindeallianzen zusammen und setze auf den Grundsatz der Nachhaltigkeit.

Dies wiederum bringe eine Reihe von Vorteilen: So werde jede Einzelgemeinde bei ihren Entwicklungsbestrebungen, aber auch der Gemeindeverbund unterstützt. Zudem werde die Wettbewerbsfähigkeit der Landwirtschaft gestärkt und die Lösung von Landnutzungskonflikten durch Bodenordnung erleichtert. Die Infrastruktur werde gemeindeübergreifend verbessert, darüber hinaus sparten die Gemeinden Kosten, da sich gemeindliche Einrichtungen gegenseitig ergänzten. Neue Freizeiteinrichtungen, aber auch Maßnahmen des Naturschutzes und der Landschaftspflege erhöhten den Erlebniswert des Gebietes. Zusätzliche Wertschöpfung erfolge durch die Regionalvermarktung und die Belebung des Tourismus.

### Flurneuordnung

Ein Kernbestandteil der integrierten ländlichen Entwicklung ist nach Darstellung Millers die Flurneuordnung mit ihren Möglichkeiten der Bodenordnung und der Infrastrukturverbesserung. Seiner Ansicht nach stellt sie eines der besten Instrumente dar, die Produktions- und Arbeitsbedingungen für die Bauern und damit die Wettbewerbsfähigkeit der Landwirtschaft wirkungsvoll zu verbessern. Dies sei angesichts des verschärften Wettbewerbs, in dem die landwirtschaftlichen Betriebe stehen, von großer Bedeutung.

### Differenzierte Landnutzung

Mit der Flurneuordnung wirke die Ländliche Entwicklung aber zugleich weit über die reine Agrarstrukturverbesserung hinaus. Sie ermögliche eine flächendeckende und differenzierte Landnutzung und trage dadurch zur Sicherung der Kulturlandschaft bei. Die Flurneuordnung sei auch häufig das Instrument der Wahl, um die unterschiedlichen Interessen der Landwirte, Grundeigentümer und der Gemeinden oder anderer öffentlicher Planungsträger zu berücksichtigen und Nutzungskonflikte zu lösen. Das gelte für gemeindliche Infrastruktureinrichtungen ebenso wie für öffentliche Maßnahmen, z.B. für den Hochwasserschutz, überörtliche Großbaumaßnahmen oder die Anlage von Biotopverbundsystemen.

„Wenn das Land nicht mehr

atmet, ersticken die Städte.“ Dieser Satz des französischen Politikers Edgar Faure bringt es auf den Punkt. Vitale Dörfer sind lebenswichtig für die gesamte Gesellschaft, lebenswichtig auch für die Menschen in den Städten, weil sie Leistungen erbringen, die von den Städten nicht erbracht werden können.

### Positives Lebens- und Gemeinschaftsgefühl

Vitale Dörfer bieten laut Miller ein hohes Maß an Lebensqualität durch Freizeit-, Kultur-, Versorgungs-, Arbeits- und Wohnangebote. Sie vermitteln ein positives Lebens- und Gemeinschaftsgefühl für Familien, jüngere und ältere Menschen in Verbindung mit bürgerschaftlichem Engagement. Und schließlich stellen vitale Dörfer im Sinne einer Verantwortungsgemeinschaft den Menschen in den Mittelpunkt aller Entwicklungsüberlegungen.

### Verlust der dorftypischen Funktionsvielfalt

Doch sei nicht von der Hand zu weisen, dass die bereits beschriebenen Herausforderungen in den Dörfern zunehmend zu einem schleichenden Verlust der dorftypischen Funktionsvielfalt führten, fuhr Miller fort. Dort, wo ein Bevölkerungszuwachs zu verzeichnen ist, seien neue Wohngebiete und die Umnutzung von ehemaligen landwirtschaftlichen Anwesen zu reinen Wohnzwecken kennzeichnend. Wo hingegen die Bevölkerungszahlen rückläufig seien, kennzeichneten Abwanderung, Überalterung, ein zunehmender Gebäudeleerstand und die Aufgabe von Nahversorgungs- und Infrastruktureinrichtungen mehr und mehr die Dörfer.

### Drohender Vitalitätsverlust

Hier wie dort führe mangelnde Funktionsvielfalt zu einem Vitalitätsverlust. Diesen negativen Entwicklungen müsse aktiv entgegengewirkt werden. Deshalb biete der Freistaat den Gemeinden in den nächsten Jahren das Aktionsprogramm „Dorf vital“ an. Dieses Aktionsprogramm sei kein neues Förderprogramm; vielmehr sollen die Gemeinden und ihre Bürger angeregt werden, die Potenziale der Innenentwicklung zu erkennen und „Vitalitätsstrategien“ zu entwickeln. Im Mittelpunkt stünden dabei die bauliche und soziale Entwicklung in Dörfern und Dorfkernen, das Bodenmanagement in Dorf und Flur, die Ausrichtung der Bürgermitwirkung hin zu einer Verantwortungsgemeinschaft zwischen Bürgern, Politik und Verwaltung sowie gemeindeübergreifende Problemlösungen.

### Aktionsprogramm „Dorf vital“

Miller: „Unser Aktionsprogramm startet mit dem Wettbewerb ‚Dorf vital‘. Der Wettbewerb soll Dörfer stärken, die auf dem Weg sind, ihre Zukunftsperspektiven aktiv und beispielhaft zu gestalten, und Vitalitätsstrategien anregen, unterstützen und umsetzen. Die Auslobung des Wettbewerbs wird noch im März erfolgen.“

Aus all dem wird deutlich: Die Ländliche Entwicklung wird in Zukunft noch von größerer Wichtigkeit sein. Sie wird ein dringend erforderlicher Stützpfiler bayerischer Politik für den ländlichen Raum bleiben. Gerade der neue Fördergrundsatz der integrierten ländlichen Entwicklung und das Aktionsprogramm „Dorf vital“ bieten dazu neben den bewährten Programmen Flurneuordnung und Dorferneuerung innovative Ansätze. DK

### Kultusminister Siegfried Schneider beim BVV:

## Bedeutung der Erwachsenenbildung

### Gefordert: Individuelle Lernkompetenz und regionale Infrastruktur

„Wir brauchen eine breite Lernkultur mit einem erweiterten Lernverständnis“, forderte Kultusminister Siegfried Schneider als gesellschaftliches Ziel vor rund 100 Fachleuten aus Bildung, Wirtschaft und Kommune in Ingolstadt. Motto der Veranstaltung von Bayerischem Volkshochschulverband (BVV) und vhs Ingolstadt: „Die vhs liegt nahe und bringt weiter“.

„Lebenslanges Lernen setzt die Entwicklung einer individuellen Lernkompetenz voraus“, mahnte der Kultusminister. Den Grundstein dafür legen die Volkshochschulen z.B. durch die Frühförderung von Kleinkindern und deren Eltern wie das Beispiel „Elterntuning“ der VHS Erding zeigte. „Mit dem gesamten ABC des lebenslangen Lernens begleiten Volkshochschulen Menschen durch das ganze Leben mit seinen Brüchen und Herausforderungen“, unterstrich BVV-Vorsitzender K. Heinz Eisfeld. So erleichtern Sprachkurse, in denen mehr als Worte vermittelt werden wie bei „Mama lernt Deutsch“, ausländischen Frauen die Orientierung in unserer westlichen Kultur. Angebote zur beruflichen Weiterbildung ermöglichen, in jedem Alter Anschluss zu halten und dies durch international anerkannte Xpert-Abschlüsse nachzuweisen.

### Regional ausgewogenes, differenziertes Bildungsangebot

„Gerade in einem Flächenstaat wie Bayern hat ein regional ausgewogenes und differenziertes Bildungsangebot zu Recht einen hohen Stellenwert“, Schneider. Ein solches Angebot aufrechtzuerhalten, sieht Josef Deimer, Ehrenpräsident des Bayerischen Städtetages, allerdings auch die Landesregierung in der Pflicht: „Die Kommunen allein können die öffentliche Finanzierung der kommunalen Weiterbildung

nicht leisten, wollen und sollen dies auch nicht.“ Die rein haushalterischen Kürzungsüberlegungen um die Jahreswende wollte Kultusminister Schneider denn im Nachhinein lieber als Chance begreifen, jetzt Notwendigkeit und Qualität der Erwachsenenbildung erst recht öffentlich klar zu machen.

### Ganz vorn bei der Qualität

In puncto Qualität sah der Minister die bayerischen Volkshochschulen ganz vorne. Schließlich haben sie im großen Stil ein Qualitätsmanagement-System nach internationalem Standard eingeführt. Dies habe gerade im letzten Jahr zu bundesweiter Anerkennung und Auszeichnung geführt. Zwei der vier Preise, mit denen das Deutsche

Institut für Erwachsenenbildung innovative Projekte ausgezeichnet, gingen 2005 an die Volkshochschulen in Nürnberg und München. Zu Jahresbeginn ehrte Bundespräsident Horst Köhler die VHS Cham für ihre aktive Bürgerbeteiligung.

Die ausgezeichneten Projekte verdeutlichen noch einmal, dass lebenslanges Lernen nicht auf berufliche Weiterbildung beschränkt werden darf. Sie müsse vielmehr die Persönlichkeit bilden und den Einzelnen in seiner Entwicklung voranbringen, unterstrich Bayerns Kultusminister. Dem konnte BVV-Vorsitzender K. Heinz Eisfeld nur beipflichten. Er bedankte sich im Rahmen dieser „Leistungsschau“ des BVV und seiner Einrichtungen beim Minister, dessen Haus gerade die innovativen Projekte und Entwicklungsprogramme der bayerischen Volkshochschulen in den letzten Jahren durch Rat und „finanzielle Tat“ unterstützt, ja zum Teil erst ermöglicht habe. □



Im Gespräch: K. Heinz Eisfeld, 1. Vorsitzender des BVV, mit Kultusminister Siegfried Schneider und Josef Deimer, Ehrenvorsitzender des Bayerischen Städtetags (v. l.). □

## 25 Jahre SGK ...

(Fortsetzung von Seite 1)  
dauerhafter Strukturen in Familie und Wirtschaft und die Flexibilitätsforderungen der globalisierten Wirtschaft, bedeuten höhere Anforderungen an städtische Einrichtungen und Dienste. Nötig sei in der Zukunft „mehr Stadt“ und nicht weitere Verschlingung.

### Wir-Gefühl der solidarischen Stadtgesellschaft

Wenn auch in Berlin gegenwärtig durch die große Koalition der Eindruck von Gemeinsamkeit vorherrsche, so der Nürnberger OB Uli Maly, gebe es doch deutliche Unterscheidungspunkte in zentralen Grundsatzfragen der kommunalen Politik und Entwicklung. Die Solidarität in der Stadtgesellschaft zu bewahren und ein starkes und leistungsfähiges Gemeinwesen gegen Einsparungs- und Steuersenkungsforderungen zu verteidigen, sei ein klares Unterscheidungsmerkmal zwischen SPD und Konservativen.

### „Vergnüglicher Beitrag zur Heuschreckendebatte“

Den Kampf um die kommunale Daseinsvorsorge und die Erhaltung der entsprechenden Einrichtungen in kommunaler Hand gegen die Privatisierer stellte der Münchner OB Christian Ude in den Mittelpunkt. Als konkretes Beispiel erwähnte Ude den kommunalen Rückkauf privater Beteiligungsanteile an Wohnungen der Fondsgesellschaft Fortreif. Als „hochinteressant“ bezeichnete Ude hier die Kontroverse mit der CSU, die Gewinne immer dann für gut und gerechtfertigt halte, wenn sie von privaten Unternehmen gemacht würden, aber heftig kritisiere, wenn sie von öffentlichen Unternehmen erzielt würden und die Handlungsmöglichkeiten der Kommune stärkten und den Bürgern zu Gute kämen. Der demografische Wandel, die Auflösung

## Was wäre, wenn die Vogelgrippe zur Pandemie würde?

„Wenn es aufgrund des Vogelgrippe-Virus zu einer Pandemie unter Bürgern kommen sollte, dann brechen die gesundheitliche Versorgung und die öffentliche Ordnung zusammen“, prophezeit Prof. Dr. Hans-Martin Sass (Zentrum für Medizinische Ethik der Ruhr-Universität). Der Wissenschaftler hat sich mit der „Medizinischen Ethik bei Notstand, Krieg und Terror“ befasst und festgestellt, dass staatliche Institutionen, Mediziner und Bürger in Deutschland schlecht auf Notstandssituationen vorbereitet sind.

### Informationen der Bürger

In seinem Aufsatz eröffnet Sass unterschiedliche Szenarien, allesamt bedrohlich und höchst verzwickelt: Was, wenn das H5N1-Virus tatsächlich auf den Menschen übergreift, Millionen weltweit sich infizieren? Die Krankenhäuser hätten für solch einen Fall viel zu geringe Kapazitäten, das öffentliche Leben, die Versorgung mit Lebensmitteln und Energie würde zusammenbrechen. Wer könnte in dieser Notstandssituation noch Entscheidungen treffen und auf welcher Basis? Wem sollen die Ärzte zuerst helfen? Der Medizinethiker bescheinigt der Bundesrepublik eine mangelhafte Vorbereitung auf diesen Fall. Er fordert die vorsorgliche Bereitstellung von Medikamenten und Vorräten, vor allem aber die frühzeitige umfassende Information und Beratung der Bevölkerung. Quelle: [www.medizin.de](http://www.medizin.de). □

### Landräte-Präsident Theo Zellner:

## Chancengleichheit für den ländlichen Raum!

„Die Stärkung des ländlichen Raums darf nicht nur ein folgenloser Zielsatz im Landesentwicklungsprogramm sein. Jetzt ist es an der Zeit, auch mit der Landesplanung die Weichen für die Zukunft zu stellen und für den ländlichen Raum Chancengleichheit zu schaffen. Der ländliche Raum muss sich in Zeiten der fortschreitenden Globalisierung und des anhaltenden technologisch-ökonomischen Strukturwandels neu positionieren können“, so der Appell des Präsidenten des Bayerischen Landkreistags, Landrat Theo Zellner, Cham.

Chancengleichheit für den ländlichen Raum bedeute Handlungskonzepte und aktive Förderung, sonst werde der ländliche Raum und damit die Heimat für zwei Drittel der bayerischen Bevölkerung von den Metropolregionen abgehängt. Ohne Verminderung des Fördergefälles in der regionalen Wirtschaftsförderung zu den benachbarten neuen Ländern und den Ländern der EU-Osterweiterung könne der ländliche Raum im internationalen Wettbewerb nicht bestehen.

Die Rahmenbedingungen würden nun maßgeblich durch die Landesentwicklung bestimmt. Ein Minimalkonsens, wonach zumindest eine Lockerung der Verbotswirkung des Fachziels Einzelhandelsprojekte im Raum steht, sei ein Schritt in die richtige Richtung, aber nicht genug. Zellner forderte umfassende Handlungskonzepte zur Innovation des ländlichen Raums, damit auch nicht erschlossene Entwicklungspotentiale geweckt werden könnten. DK

Schnappauf und Huber zur energetischen Gebäudesanierung:

## Neues Förderprogramm nutzen

„Mit Wärmedämmung Klima schonen und Heizkosten senken“

**Jetzt mit Gebäudesanierungen Klima schützen und Energie sparen. Dazu rufen Umweltminister Werner Schnappauf und Wirtschaftsminister Erwin Huber Wohnungs- und Hauseigentümer auf. Denn seit 1. Februar gibt es für Wärmedämmung und Heizungserneuerung erweiterte Fördermöglichkeiten. Insgesamt sollen jährlich 1,4 Milliarden Euro vom Bund bereitgestellt werden, darunter auch direkte Zuschüsse für Haus- und Wohnungsbesitzer.**

Schnappauf: „Die Fördermöglichkeiten auszuweiten war ein besonders großes Anliegen Bayerns bei den Koalitionsverhandlungen.“ Vorerst stehen von Bundeseite 200 Millionen Euro für Kredite und Zuschüsse zur Verfügung. „Das neue Programm bringt wichtige Impulse für Bayerns Bauindustrie und Handwerk. Da kann ein neuer Motor anspringen, wenn viele mitmachen“, betonte Huber. Nach Vorstellung der beiden Minister soll es in Bayern zu einem neuen Boom von Pellets- und Hackschnitzelheizungen, von Solardächern und Erdwärme kommen. Mit besserer Wärmedämmung, neuen Fenstern und Türen sowie modernisierten Heizungen wird Geld gespart und Klima geschützt.

Freistaat und Kommunen wollen mit gutem Beispiel vorangehen. „Die energetische Sanierung des Umweltministeriums ist bereits abgeschlossen. In Vorbereitung sind weitere Umrüstungen in nachgeordneten Behörden“, machte Schnappauf deutlich. Im vorhandenen Gebäudebestand liege das größte und am schnellsten zu realisie-

rende CO<sub>2</sub>-Einsparpotenzial. Mit Wärmedämm-Maßnahmen an Außenwänden, Dächern, Kellerdecken und neuen Fenstern ließen sich allein bei den Altbauten über 8,5 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> einsparen.

Eine rechtzeitige Sanierung bringt auch Vorteile beim Energiepass, der nach Umsetzung von EU-Recht voraussichtlich ab Sommer 2006 bei Vermietung oder Verkauf von Gebäuden ver-

pflichtend eingeführt wird. „Energetisches Nachrüsten steigert die wirtschaftliche Attraktivität von Gebäuden; künftig kann der Eigentümer mit den konkreten Energieverbrauchsdaten werben“, machte Huber deutlich. Um die Wohnungseigentümer bei der Gebäudesanierung zu unterstützen, hat Schnappauf die neue Internetseite zur Klima-Allianz freigeschaltet [www.klimaallianz.bayern.de](http://www.klimaallianz.bayern.de).

Zu finden sind hier, erarbeitet vom „Institut Wohnen und Umwelt“, auch konkrete Sanierungsbeispiele zu den typischen Gebäudeformen in Bayern in Form von Hausdatenblättern mit detaillierten Sanierungskosten und Energie-Einsparkosten. □

„Ganz besonders rentieren sich die Energiespar-Sanierungsmaßnahmen, wenn ohnehin Renovierungen am Haus geplant sind“, ergänzte Schnappauf. Eine wichtige Hilfestellung bietet hierbei eine individuelle Energieberatung, die mit öffentlichen Mitteln gefördert wird. In ganz Bayern entsteht gerade ein Netzwerk, das ebenfalls Informationen rund um das Thema „Energieeffizientes Bauen“ zur Verfügung stellt. Informationen gibt es z.B. zum Bayerischen Modernisierungsprogramm, mit dem Besitzer von Mietwohnungen sogar noch günstigere Zinskonditionen als in den KfW-Programmen über Hausbanken erhalten. „Gemeinsam mit der Obersten Baubehörde im Innenministerium führen wir derzeit in allen Regierungsbezirken Informationsveranstaltungen zur energetischen Gebäudesanierung und kommunalem Energiemanagement durch“, so der Minister. □



**Neue Energie für das Cuvilliés-Theater: Münchens ältestes und schönstes Theater soll in neuem Glanz erstrahlen. Einen Scheck über 100.000 Euro überreichte Dr. Walter Hohlefeld, Mitglied des Vorstandes der E.ON Energie AG, an das Comité Cuvilliés. Finanzminister Prof. Dr. Kurt Faltlhauser dankte im Namen der Schlösserverwaltung für die großzügige Förderung. Dr. Walter Hohlefeld: „Die Restaurierung dieses Rokokotheaters als Teil der Münchner Residenz ist ein absolutes Muss! Dieses Theater ist ein Schmuckstück der Stadt München. Es soll wieder in neuem Glanz erstrahlen. Denn Kultur tut den Menschen gut“. Unser Bild zeigt den Vorsitzenden des Comités, Prof. Dr. h. c. Roland Berger, gemeinsam mit Hohlefeld und Faltlhauser.** □



Mit Sicherheit  
faire Preise

**E.ON Bayern-Umweltpreis:**

### Bewerbungen bis 31. März

**250.000 Euro für energie-  
und umweltschonende  
Projekte in Bayern**

Auch heuer verleiht die E.ON Bayern AG den „E.ON Bayern Umweltpreis“ unter der Schirmherrschaft des bayerischen Umweltministers Dr. Werner Schnappauf. Der Umweltpreis zählt zu den bundesweit höchst dotierten Preisen für ökologisches Handeln. Um das Preisgeld in Höhe von 250.000 Euro können sich 2006 neben Kommunen, Kirchen, kirchlichen Einrichtungen, eingetragenen Vereinen und Initiativen auch Unternehmen mit Sitz in Bayern bewerben.

E.ON Bayern verleiht den Umweltpreis, um über die eigenen Maßnahmen hinaus auch die ökologischen Leistungen anderer im Freistaat zu fördern. Der Preis soll der Einführung und Umsetzung innovativer energie- und umweltschonender Projekte dienen. Dabei geht es um Reduzierung des Primärenergieverbrauchs, Verminderung von Schadstoffen, den Schutz natürlicher Ressourcen und um ökologisch orientiertes Bauen. Im Fokus stehen Projekte der Gegenwart und der Zukunft, die ohne Förderung nicht oder nur sehr schwer realisierbar sind. Das Preisgeld ist zweckgebunden für die jeweiligen Konzepte und Maßnahmen. Der Umweltpreis zielt bewusst nicht auf das Thema Energiegewinnung, weil es dafür diverse Subventionsgesetze und Förderprogramme gibt.

Für den „E.ON Bayern Umweltpreis“ 2006 können Bewerbungen bis zum 31. März eingereicht werden. Die Bewerbungsmodalitäten sind dem Internet unter [www.eon-bayern.com](http://www.eon-bayern.com) zu entnehmen. □

# Ihre Kinder wachsen. Ihr Strompreis nicht.

## E.ON BasisPower mit 3 Jahren Preisgarantie\*

Informieren Sie sich unter: [www.eon-bayern.com](http://www.eon-bayern.com)

\*Durch die einmalige Zahlung von 20 Euro beziehen Sie für den Zeitraum vom 1. Januar 2006 bis 31. Dezember 2008 Ihren Strom immer zum gleichen Preis (ausgenommen sind Erhöhungen durch Steuern und gesetzliche Abgaben). Dieses Angebot gilt bis zum 31. März 2006.

[www.eon-bayern.com](http://www.eon-bayern.com)  
[www.eon.com](http://www.eon.com)

**e-on** | Bayern

Tag der Regionen:

## Jahresthema 2006: „Regionen voller Energie“

Der bundesweite Aktionstag Tag der Regionen steht dieses Jahr unter dem Motto „Regionen voller Energie“. Mit dem Begriff Energie werden dabei nicht nur die zukunftsträchtigen erneuerbaren Energieformen angesprochen, sondern auch die Energie als Grundkraft für das Leben in einer Region: Energie aus Leidenschaft für eine aktive Bürgergesellschaft, Energie aus frischen, genussvollen Lebensmitteln, Energie aus Wind, Wasser, Sonne und Biomasse.

Der Kerntag ist, wie jedes Jahr, der kirchliche Erntedank: in diesem Jahr der 1. Oktober. Der Aktionszeitraum beginnt am 23. September und schließt am 8. Oktober.

### Erneuerbare Energien

In Zeiten steigender Energiepreise und dem absehbaren zur Neige gehen fossiler Rohstoffe (spätestens 2025 wird „peak oil“, das Jahr der maximalen Ölproduktion, erwartet, danach geht es mit der produzierten Ölmenge

### Kraft-Wärme-Kopplung:

## Wesentlicher Baustein der Energiepolitik

Köln/Berlin. „Stadtwerke können und wollen auch in Zukunft in die Modernisierung und den Bau von Kraft-Wärme-Kopplungs-Anlagen investieren. Dazu ist es notwendig, das KWK-Gesetz (KWK-G) fortzuführen und das derzeitige Fördersystem weiter zu entwickeln“, erklärte Michael Wübbels, stellvertretender Hauptgeschäftsführer des Verbandes kommunaler Unternehmen (VKU) auf einer Pressekonferenz in Berlin.

„Die Stadtwerke haben ihre Zusage aus der Vereinbarung mit der Politik zum KWK-G eingelöst. Durch umfangreiche Modernisierungen ihrer Anlagen werden die CO<sub>2</sub>-Emissionen ab 2006 um 3,5 Mio. t pro Jahr reduziert“, so Wübbels weiter.

Allerdings zeichne sich auch ab, dass die mit dem Gesetz angestrebte Senkung der CO<sub>2</sub>-Emissionen von mindestens 20 Mio. t pro Jahr bis 2010 voraussichtlich nicht erreicht werden. Daher sei es notwendig, durch eine Novelle des KWK-G das vorhandene Potential zur Modernisierung bestehender kommunalwirtschaftlicher KWK-Anlagen in den nächsten Jahren zu mobilisieren. Die Stadtwerke unterstützen daher die von CDU/CSU und SPD im Koalitionsvertrag vereinbarte Forcierung des Ausbaus der KWK.

bergab), sind alternative Energiekonzepte gefragter denn je.

### Bewusstsein schaffen

„Die Verbrennung gewaltiger Mengen fossiler Energieträger ist die Hauptursache des Klimawandels. Dabei steht die Alternative bereit: In Deutschland können wir schon 2020 mindestens 20 Prozent unseres Energiebedarfs aus Erneuerbaren Energien decken. Günstiger, sicherer und sauberer als Kohle, Erdöl, Erdgas und Uran“, betont

Johannes Lackmann, Präsident des Bundesverbandes Erneuerbare Energie, der das Projekt Tag der Regionen in diesem Jahr begleitet.

„Es geht darum, ein Bewusstsein in der Bevölkerung für alternative Energien zu schaffen, die Potenziale aufzuzeigen und auszubauen. Die Sonne strahlt stündlich mehr Energie auf die Erde, als die gesamte Weltbevölkerung in einem Jahr verbraucht“, so Gisela Endt, Bundeskoordinatorin des Tag der Regionen. Erneuerbare Energien sind ein notwendiger Beitrag zum Schutz des Klimas und der Schlüssel für eine zukunftsfähige, regionale Energieversorgung. Zudem ist vor allem der Einsatz von Biomasse in vielen ländlichen Regionen Jobmotor: der Wertschöpfung vor Ort hält und lange Transportwege vermeidet.

### Energie aus genussvollen Lebensmitteln

Obst und Gemüse sollten möglichst frisch auf den Tisch kommen. Produkte die auf langen Wegen in unseren Regalen landen, verlieren an Qualität und Inhaltsstoffen. Lebensmittel, die dort, wo sie erzeugt und weiterverarbeitet, auch gekauft und verzehrt werden, versorgen die Menschen mit Energie. Regionale Nahrungsmittel erleichtern zudem die Nachvollziehbarkeit der Herkunft - kurze Entfernungen vom Erzeuger zum Verbraucher sind noch immer der sicherste Weg für kontrollierte Qualität. Die verschlungenen Pfade der Massenaus aus industrieller Nahrungsmittelproduktion hingegen

den Experten kein Selbstläufer. Vielmehr bedürfe es eindeutiger politischer Entscheidungen, um den umwelt- und ressourcenschonenden Beitrag der KWK auszuweiten.

Seit dem Inkrafttreten des KWK-Modernisierungsgesetzes 2002 haben 22 kommunale Unternehmen ihre Anlagen modernisiert bzw. ersetzt. Das Investitionsvolumen belief sich auf 1,5 Mrd. Euro. Die installierte Leistung der modernisierten Anla-

gen beträgt 2.260 MW elektrisch, die entsprechende Nettoerzeugung 13 TWh. Davon sind 9 TWh KWK-Strom. Mit diesen Modernisierungsmaßnahmen wird die Umweltbelastung spürbar reduziert. Die CO<sub>2</sub>-Emissionen sinken zukünftig um 3,5 Mio. t pro Jahr. Diese Zahlen belegen das überdurchschnittliche Engagement der Stadtwerke bei Investitionen in diese umweltfreundliche Erzeugungstechnologie. **KK**

### Energie aus aktivem Bürgerengagement

Die Lebensqualität einer Region wird nicht nur durch eine intakte Umwelt und ein reges Wirtschaftsleben bestimmt. Eine lebendige Region braucht ebenso ein gut funktionierendes gesellschaftliches Leben. Daher widmet sich ein Teilbereich des Jahresthemas dem bürgerschaftlichen Engagement, der Leidenschaft, mit der die Bürger für eine Region eintreten und mit einer Gegend verwurzelt sind und sich deshalb dort engagieren.

### Erlebnisreiche Aktionen

Diese drei Bereiche regionaler Energieerzeugung werden beim Tag der Regionen in vielen facettenreichen Veranstaltungen erlebbar gemacht. Bereits geplant sind zum Beispiel Ausflüge zu Biogasanlagen und Energiedörfern, „regenerative Stadtrundgänge“ oder regionale Energiebüffets. Der Aktionstag findet dezentral in vielen Regionen Deutschlands statt. Erwartet werden wie in den letzten Jahren Hunderte von Veranstaltungen.

Akteure können sich ab sofort in den beiden bundesweiten Koordinationsbüros oder online unter [www.tag-der-regionen.de](http://www.tag-der-regionen.de) anmelden. Auf der Homepage gibt es viele Anregungen und Tipps zur Planung der Aktionen sowie Adressen der landesweiten Koordinationsstellen. Ab sofort kann der neue Motivationsfolder in den Koordinationsbüros bestellt werden. Er vermittelt kurz und knapp die Hintergründe und Ideen und regt zur Teilnahme an. Informationen zum 3. Bundestreffen der Regionalbewegung, dem Forum regional engagierter Akteure, vom 28. bis 30. April 2006 in Feuchtwangen sind außerdem unter [www.tag-der-regionen.de](http://www.tag-der-regionen.de) erhältlich.

### Herausforderung Energiepolitik:

## Effizient und erneuerbar

Neue Rekordpreise für Erdöl und Gas, Erpressungsmanöver Russlands gegenüber der Ukraine - selten war Europas Abhängigkeit vom Energieweltmarkt so offensichtlich, wie zu Beginn des Jahres 2006. EU-Energiekommissar Andris Piebalgs forderte bei einer Rede am 10. Februar in Berlin die EU-Mitgliedstaaten auf, der Lösung der Energieprobleme größeres Gewicht zu geben. Anfang März erscheint das neue Grünbuch Energie.

„Hohe Preise, Ressourcenknappheit und die Frage der Versorgungssicherheit sind die drei wesentlichen Herausforderungen, denen wir uns in Europa stellen müssen“, erläuterte Piebalgs. Er sprach sich insbesondere für die verstärkte Nutzung von erneuerbaren Energien aus.

Noch immer sind fossile Brennstoffe die wichtigsten Energieträger: Die EU-Mitgliedstaaten verbrauchen derzeit etwa 1,725 Mrd. Tonnen Rohöleinheiten (t RÖE) Energie pro Jahr. Daern die aktuellen Entwicklungen an, so wird die EU bis 2030 bei ihrem Erdölbedarf zu 90 und bei der Erdgasnachfrage zu 80 Prozent von Importen abhängig sein.

### Grünbuch Energieeffizienz

Neben erneuerbaren Energien setzt die EU auf Sparsamkeit: In einem 2005 erschienenen Grünbuch zur Energieeffizienz resümierte die EU-Kommission, der derzeitige Verbrauch könne um 20 Prozent reduziert werden. Dies habe positive Folgen für Versorgungssicherheit, Umweltschutz und Wettbewerbsfähigkeit.

Mit einem neuen Grünbuch will die EU-Kommission die Debatte über mehr Gemeinsamkeit in der Energiepolitik forcieren. Ziel ist eine sichere, wettbewerbsfähige und nachhaltige Nutzung der Ressourcen. Laut Umfragen spricht sich die Mehrheit der Bürger für eine EU-weite Energiepolitik aus. **□**

### Verband der Bayerischen Elektrizitätswirtschaft (VBEW):

## Bayerische Stromnetze sind sicher

Trotz der heftigen Schneefälle in den vergangenen Tagen war die Stromversorgung in Bayern uneingeschränkt gesichert, darauf weist der Verband der Bayerischen Elektrizitätswirtschaft (VBEW) hin. „Wir haben ein Stromnetz, das auch erheblichen Belastungen in kritischen Wetterlagen standhält“, sagt Dr. Christoph Praël, VBEW-Geschäftsführer. So liegt der letzte nennenswerte Stromausfall aufgrund von Schnee in Bayern schon mehr als zehn Jahre zurück.

Im November waren im Münsterland Stromleitungen bei katastrophalen Schneeverhältnissen zusammengebrochen und die Versorgung in einzelnen Regionen unterbrochen. Aus Sorge vor ähnlichen Situationen im Freistaat befasst sich auch der Bayerische Landtag mit der Versorgungssicherheit.

### Entwarnung

Der VBEW gibt Entwarnung: Das Stromnetz in Bayern sei in einem sehr guten Zustand. Laut Verband hätten die bayerischen Stromversorger die jährlichen Investitionen in ihre Netze von 200 auf über 300 Millionen Euro gesteigert. Da Stromausfälle durch Naturkatastrophen nicht völlig ausgeschlossen werden können, sei man auch darauf gut vorbereitet. Das Störungs- und

Krisenmanagement im Freistaat werde in Zusammenarbeit mit Feuerwehr, THW und Katastrophenschutz optimiert, um die Auswirkungen eines Stromausfalls zu mildern und die Versorgung schnell wieder herzustellen. Wer für alle Notfälle gerüstet sein will, sollte eine batteriebetriebene Taschenlampe und Radio, eventuell auch einen Gaskocher bereithalten, rät der VBEW.

Deutschland und vor allem Bayern sind im europaweiten Vergleich in Sachen Versorgungssicherheit aber ohnehin Spitzenreiter. „Nirgendwo fällt Strom so selten aus wie bei uns“, sagt Praël. Pro Jahr und Kunde liegt die Ausfallzeit in Deutschland bei rund 20 Minuten - in Frankreich dagegen bei einer, in Norwegen sogar bei vier Stunden. **□**

## Kartellverfahren in der Energiebranche

EU-Wettbewerbskommissarin Neelie Kroes will mit Hilfe von Missbrauchsverfahren mehr Wettbewerb auf Europas Energiemärkten erreichen.

Eine gerade ausgewertete Untersuchung des Energiesektors bestätigt erhebliche Fehlentwicklungen. Die Kommission will nun mit wettbewerbsrechtlichen Schritten, aber auch mit Maßnahmen auf der Regulierungsebene reagieren. Die Verfahren, deren Adressaten noch nicht genannt wurden, sollen in den kommenden Wochen und Monaten eingeleitet werden.

Als eines der größten Probleme bezeichnet die EU-Kommission die Abschottung von Gas- und Elektrizitätsmärkten durch langfristige Lieferverträge und Zugangsbehinderungen zu Transport- und Lagerkapazitäten. Neelie Kroes betonte bei der Vorlage des Berichts die Kommission sei entschlossen, diese

Praktiken zu bekämpfen und so „die Interessen der europäischen Verbraucher und Unternehmen zu schützen, damit Europa wettbewerbsfähiger wird“.

### Mögliche Schritte

Kroes kündigte weiter an, auch Mechanismen zur Preisfestsetzung auf den Elektrizitätsmärkten genauer zu untersuchen. Sie schloss Regulierungsschritte in der Energiebranche nicht aus. Falls die Wettbewerbskommissarin die aus der Untersuchung hervorgehenden Vorwürfe in entsprechenden Kartellverfahren belegen kann, drohen den Unternehmen Bußen von bis zu zehn Prozent ihres Jahresumsatzes. **□**

**LEW**  
Lechwerke

# Seite an Seite.

Energie, die Ihr Leben leichter macht.

Rundum versorgt. Die Lechwerke sind immer für Sie da. Persönlich und vor Ort. Sie wollen Energie sparen oder die Kraft der Sonne nutzen? Unsere Experten beraten Sie. Schnell, kompetent und objektiv. [www.lew.de](http://www.lew.de)

RWE Group



**Verleihung des E.ON Energie Wissenschaftspreises. Von links: Univ.-Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Horst Wildemann (Jury), Michael Stoppe, Dr. Wilhelm Kleimaier, Dr. Christian Fingerle, Andrea Schindler, Dr. Ulrich Eisele, Ulrike Leutheusser (Jury), Andreas Heubl, Martina Thurner, Philipp Dolch, Günther Westner, Bernhard Fischer (Jury).** □

## E.ON Energie Wissenschaftspreis 2006

Herausragende Arbeiten an der TU München ausgezeichnet

Mit Neugier werden neue Wege in der Wissenschaft und Wirtschaft gefunden, denn „die Neugier steht immer an erster Stelle eines Problems, das gelöst werden will“ zitierte Bernhard Fischer, Vorstandsmitglied der E.ON Energie, den Forscher Galileo Galilei anlässlich der Verleihung des E.ON Energie Wissenschaftspreises an der TU München.

„Die Verbindung zwischen Wissenschaft und Wirtschaft ist von wechselseitiger Bedeutung. Beide sind aufeinander angewiesen. Mit der Verleihung des Preises möchten wir heute einmal mehr unterstreichen, wie wichtig eine kontinuierliche Nachwuchsförderung für E.ON Energie ist“, so Fischer weiter.

### Ausdruck enger Verzahnung

Der E.ON Energie Wissen-

schaftspreis ist Ausdruck dieser notwendigen engen Verzahnung. Ausgezeichnet werden herausragende Dissertationen und Diplomarbeiten aus den Gebieten der Betriebswirtschaftslehre und Energiewirtschaft an der TU München.

### Dotation: 30.000 Euro

Der mit 30.000 Euro dotierte Preis soll hoch qualifizierte junge Menschen fördern, die mit der Erforschung und Entwick-

lung neuer Ideen bei ihrer Arbeiten besondere Innovation, interdisziplinäres Denken und Praxisnähe gezeigt haben. „Wir wollen und müssen uns weiterentwickeln. Dafür sind für unser Unternehmen kluge Köpfe von Bedeutung. Köpfe, die ohne ideologische Vorbelastung und mit neuen Ideen zur Tat schreiten“, hob Fischer hervor.

### Preisvergabe seit 2001

Der E.ON Energie Wissenschaftspreis wird seit 2001 gemeinsam mit der Technischen Universität München (TUM) jährlich ausgelobt. Seit 2005 ist zusätzlich der Bayerische Rundfunk (BR) engagiert. □

### E.ON Bayern:

## Neues Produkt mit drei Jahren Preisstabilität

**Der weltweite Anstieg der Energiepreise hält unverändert an. Der Strombeschaffungspreis an der Europäischen Strombörse EEX hat sich in den letzten zwölf Monaten um knapp 30 Prozent verteuert. Aufgrund dieser Marktsituation steht die gesamte Strombranche unter Preisandruck. Auch E.ON Bayern muss die Strompreise zum 1. Januar 2006 moderat erhöhen.**

Für 90 Prozent aller rund 1,6 Millionen Privat- und Haushaltskunden mit einem typischen Verbrauch von jährlich rund 3000 Kilowattstunden erhöhen sich die Preise um monatlich rund 1,20 Euro (brutto) oder rund 2,5 Prozent. Die Preiserhöhungen bleiben damit deutlich unter dem Niveau des Vorjahres.

Die Strompreise beim Energieversorger E.ON liegen auch nach der Erhöhung im bundes-

weiten Vergleich im Mittelfeld.

Neue Wege geht E.ON Bayern bei der Produktgestaltung. Ab dem 1. Januar 2006 bietet E.ON Bayern für Haushalts- und Privatkunden erstmals das Produkt „E.ON Basis Power“ mit Preisstabilität an. Für die Zahlung eines einmaligen Betrages von 20 Euro erhält der Kunde drei Jahre Preisgarantie. Damit wird dem Wunsch vieler Kunden nach Preissicherheit entsprochen. □

## RW silicium kauft Strom bei E.ON Bayern

**Das Unternehmen RW silicium hat einen längerfristigen Liefervertrag mit der E.ON Bayern AG abgeschlossen. Für die Silicium-Produktion benötigt das Unternehmen pro Jahr etwa eine halbe Milliarde Kilowattstunden Strom. Das ist etwa die Hälfte des Stromverbrauchs in der Stadt Regensburg.**

RW silicium in Pocking ist der einzige Siliziumproduzent in Deutschland. Die europäische Konkurrenz sitzt zum Beispiel in Norwegen, Frankreich und Spanien. Die Energiekosten sind aufgrund des energieintensiven Produktionsverfahrens ein entscheidender Standortfaktor.

„RW silicium konnte den Standort durch innovative Änderungen des Produktionsverfahrens sowie durch die Erzielung höch-

ster Qualitätsstandards halten“, betont Hans-Detlef Antel, Geschäftsführer der Pockinger Firma. RW silicium trägt hohe soziale Verantwortung, denn im Raum Pocking ist der Betrieb mit rund 140 Mitarbeitern einer der größten Arbeitgeber. „Die Zusammenarbeit mit E.ON Bayern eröffnet neue Perspektiven, den Standort weiter gegen die internationale Konkurrenz wettbewerbsfähig zu halten“, so Antel. □

### Region Oberfranken:

## Sichere Straßenbeleuchtung

In Oberfranken ist E.ON Bayern in fast allen der von ihr mit Strom versorgten Kommunen auch für den Betrieb und die Wartung der Straßenbeleuchtung zuständig. In diesem Zusammenhang prüft der Energiedienstleister jedes Jahr stichprobenartig Straßenbeleuchtungsmasten auf ihre Standsicherheit. Hierdurch wird gewährleistet, dass von der Anlage selbst keine Gefährdungen ausgehen.

Im Bereich der Kundencenter Naila und Kulmbach wurden die Routineprüfungen jetzt durchgeführt, im Kundencenter Bamberg finden sie derzeit statt. Bei der Begutachtung der Masten verlässt man sich nicht mehr auf den Augenschein oder den Hammerschlag, sondern auf ein innovatives Verfahren, das unter Berücksichtigung verschiedener DIN-Normen exakte, technische Messdaten liefert. Mit einem hoch entwickelten Prüfgerät wird Mast für Mast ein Belastungsdiagramm erstellt. Hierfür wird der Mast einer Zug- und Druckkraft ausgesetzt, die einem Vielfachen der Windlast entspricht. Das so genannte „Mast-EKG“ spürt eventuelle Schwachstellen von Mast oder Fundament auf und dokumentiert diese. Je nach Befund werden weitere Maßnahmen eingeleitet. □

SERVICEPLAN

Guter Service hat Persönlichkeit.



Ariane Hartmann,  
Beraterin SAP/IS-U Halberstadtwerke GmbH

Zuhören. Die gleiche Sprache sprechen. Schnell, einfach und unkompliziert agieren. Persönlich erreichbar sein. Das ist es, was wir als Stadtwerk unter Servicequalität verstehen. Durch die überregionale Stärke der Thüga-Gruppe können wir dabei auch gute Preise bieten – die beste Voraussetzung für zufriedene Kunden. Mehr unter [www.thuega.de](http://www.thuega.de)

## Vertragsunterzeichnung in Erding:

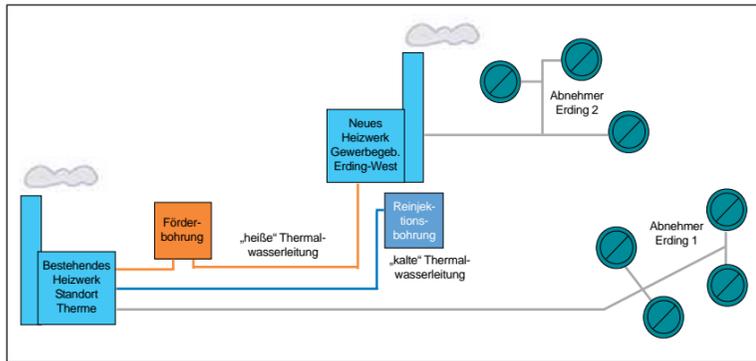
## Geothermieprojekt wird ausgebaut

Der Zweckverband für Geowärme Erding und die STEAG Saar Energie AG haben Anfang Februar im oberbayerischen Erding die Verträge zur Ausweitung der dortigen Fernwärmeversorgung auf geothermischer Basis unterzeichnet. Für den Zweckverband unterzeichnete Landrat und Verbandsvorsitzender Martin Bayerstorfer, für die STEAG Saar Energie Reinhard Störmer, Mitglied des Vorstandes, und Vertriebsleiter Hans Joachim Weiersbach.

Bereits seit 1998 betreibt die STEAG Saar Energie im Auftrag des Zweckverbandes eine Fernwärmeversorgung auf geothermischer Basis, die sie auch geplant und gebaut hat. Mit der Vertragsunterzeichnung wurde

zogen und zur Aufbereitung von Fernwärme genutzt. Nach dieser thermischen Nutzung wird das „abgearbeitete“ Thermalwasser über eine Reinjektionsbohrung wieder verpresst. Zum anderen eine „kalte“ Thermal-

auf 18,7 Millionen Euro. Das neue Geheizwerk soll ab 2007 (Kesselanlagen) bzw. ab 2009 (Kesselanlagen und Geowärme) betriebsbereit sein. Geplant ist eine Wärmeerzeugung von 59.000 Megawattstunden pro Jahr im Endausbau. Dies entspricht der Versorgung von 3.278 Einfamilienhaushalten. Die neue Anlage und die Reinjektionsbohrung werden im Westen der Stadt errichtet. Von dort aus sollen unter anderem zwei bestehende und ein geplantes



Gewerbegebiet sowie zwei geplante neue Wohngebiete versorgt werden.

Die STEAG Saar Energie ist der deutschlandweit aufgestellte Energiespezialist im Bereich der dezentralen Energieversorgung und dabei eingebunden in die STEAG, die Energiesäule des Essener RAG-Konzerns.

der Energiedienstleister mit der Planung, dem Bau und Betrieb der Anlagenerweiterung in Erding beauftragt. Hierzu wird die STEAG Saar Energie ein zweites Geheizwerk errichten.

Darüber hinaus werden zwei Verbindungsleitungen mit einer Gesamtlänge von jeweils 2.700 Meter verlegt. Zum einen eine Zulaufleitung von der bereits betriebenen Förderbohrung zum neuen Geheizwerk, durch die heißes Thermalwasser geführt wird. Dort wird dem Thermalwasser die Wärmeenergie ent-

wasserleitung vom bestehenden Geheizwerk zur Verpressbohrung. Dies eröffnet die Möglichkeit, zukünftig auch Thermalwasser, das im bestehenden Geheizwerk stofflich nicht weiter genutzt wird, wieder zu verpressen.

Es entstehen so zwei Fernwärmeleitungen mit eigenen Energieerzeugungsanlagen, die eine Thermalwasserquelle gemeinsam nutzen. Die Investitionen für die Ausweitung der Fernwärmeversorgung (Geheizwerk und Netz) belaufen sich

Das Unternehmen ist darauf spezialisiert, intelligente und nachhaltige Konzepte für jeden Kunden zu entwickeln. Dabei reicht das vernetzte Energieangebot u.a. von der Biomasse- und Geothermienutzung bis hin zum Betrieb eines virtuellen Regelkraftwerkes. STEAG Saar Energie ist zudem einer der führenden Stromproduzenten im südwestdeutschen Raum.

In Erding erbrachte eine nicht fündige Ölbohrung im Jahr 1983 in ca. 2.350 Meter Tiefe im Malmkarst des süddeutschen



Vertragsunterzeichnung in Erding: Unser Bild zeigt (stehend, v. l.): Daniel Barth, Leiter Energieverbund Süd bei der STEAG, Alois Gabauer, Geschäftsleiter Zweckverband Geowärme Erding, Martin Schmitt, Albert Adam und Franz-Josef Bachmann von der STEAG, sowie vorn von links: Erster Bürgermeister Karl-Heinz Bauernfeind, Landrat Martin Bayerstorfer, STEAG-Vorstand Reinhard Störmer sowie STEAG-Vertriebsleiter Joachim Weiersbach. □

Molassebeckens Thermalwasser von ca. 65 Grad Celsius.

Um die Nutzung der Geothermie in Erding gemeinsam vorantreiben zu können, schlossen sich Stadt und Landkreis Erding 1989 zu einem öffentlich-rechtlichen Zweckverband zusammen.

Dem Zweckverband war von Anfang an klar, dass dieses Geothermieprojekt nur gemeinsam mit kompetenten, qualifizierten Unternehmen, zum einen aus dem Bereich der Energie- und Fernwärmeversorgung, zum anderen mit Bäder-, Kur- und Klinikunternehmen, realisiert werden konnte.

Unternehmerischer Partner für die Fernwärmeversorgung ist seit 1994 die STEAG Saar Energie, Saarbrücken, (vormals SFW). Der Zweckverband Geowärme Erding ist Eigentümer und Investor der Geothermieanlage in Erding. Planung, Bau und Betrieb liegen beim langjährigen Partner des Zweckverbandes, der STEAG Saar Energie, Saarbrücken. □

## Geowärme Erding

	Ist-Zustand	Endausbau
Anschlusswert:	30 MW	33 MW
Wärmeerzeugung:	49.000 MWh/a	59.000 MWh/a
Investitionen:	16,3 Mio. Euro	18,7 Mio. Euro
Netzlänge:	15 km	23 km
Erzeugungseinheiten	3 Direktwärmetauscher, Heizleistung: je 1,1 MW 1 Absorptionswärmepumpe: 7 MW 2 Reserve- und Spitzenkessel: je 5 MW 1 Abgaswärmetauscher: 0,3 MW	1 Direktwärmetauscher, Heizleistung: 1,6 MW 1 Absorptionswärmepumpe: 7 MW 2 Reserve- und Spitzenkessel: je 7,5 MW 1 Abgaswärmetauscher: 0,3 MW 2 Wärmespeicher, Kapazität: je 100 m <sup>3</sup>
Förderbohrung	2.350 m	Reinjektionsbohrung
Vertikal, Endteufe:	62 °C, 24 l/s	Bohrtiefe: 2.100 m
Quelle:	möglich: 55 l/s Keine Verpressbohrung, stoffliche Nutzung des Thermalwassers	

Weitere Informationen: Alois Gabauer, Tel.: 08122/408105, Fax: 08122/408107, eMail: info@geowaerme-erding.de; www.geowaerme-erding.de

## Europäische Kommission:

## Bioenergie fördern

Die Europäische Kommission hat einen umfassenden Aktionsplan zur Förderung der Energie aus Erzeugnissen und Abfällen der Land- und Forstwirtschaft angenommen. Gleichzeitig hat die Kommission einen Bericht über die Förderung von Strom aus erneuerbaren Energiequellen vorgelegt, wonach die Mitgliedstaaten ihre Anstrengungen zur Optimierung ihrer Förderregelungen und zum Abbau von Hemmnissen für Ökostrom intensivieren müssen.

Der zuständige Kommissar für Energie, Andris Piebalgs, erklärte: „Durch diesen Aktionsplan werden die Treibhausgasemissionen gesenkt, Arbeitsplätze im ländlichen Raum gesichert und die Abhängigkeit Europas von fossilen Brennstoffen verringert. Insbesondere die Maßnahmen zur Förderung von Biokraftstoffen sind eine konkrete Reaktion auf das Problem hoher Ölpreise.“

## Zu geringer Anteil

Vor dem Hintergrund der zunehmenden Abhängigkeit Europas von Öl- und Erdgasimporten, steigenden Ölpreisen und der Verpflichtungen zur Verringerung der Treibhausgasemissionen steht die Entwicklung erneuerbarer Energieträger auf der energiepolitischen Tagesordnung weiterhin ganz oben. Allerdings verharrt die Nutzung erneuerbarer Energieträger immer noch auf niedrigem Niveau: der Anteil erneuerbarer Energien im Energiemix der EU wird 2010 statt der angestrebten 12% wohl nur 9 bis 10% betragen. Die Kommission hat daher beschlossen, einen ehrgeizigen Aktionsplan zur Förderung der Nutzung von Energie aus Biomasse vorzulegen.

In dem Aktionsplan sind mehr als 20 Maßnahmen vorgesehen, die größtenteils ab 2006 umgesetzt werden. Die Kommission wird auch einen Bericht zur Überarbeitung der Biokraftstoff-Richtlinie 2006 vorlegen, wodurch einzelstaatliche Ziele für den Marktanteil von Biokraftstoffen festgelegt werden sollen.

Strom- und Wärmeerzeugung zu fördern. Ferner sollen Forschungsinvestitionen, insbesondere zur Herstellung flüssiger Kraftstoffe aus Holz und Abfällen, sowie eine Kampagne zur Information von Landwirten und Forstbesitzern über Energiepflanzen gefördert werden. Außerdem wird die Kommission Rechtsakte zur Förderung der Nutzung erneuerbarer Energiequellen zu Heizzwecken erarbeiten.

Der ebenfalls angenommene Bericht über die Förderung von Strom aus erneuerbaren Energiequellen kommt zu dem Ergebnis, dass Ökostrom in mehr als der Hälfte der Mitgliedstaaten nicht ausreichend gefördert wird. Die Kommission ist der Auffassung, dass gezielte öffentliche Unterstützung weiterhin notwendig sein wird. □

## LEW-Aktionswochen zur Wärmepumpe:

## Erfolgreiche Zwischenbilanz

Die Teilnehmerzahlen haben selbst die Veranstalter überrascht. Mehr als 500 Besucher kamen bislang in das Kundenforum der Lechwerke (LEW) anlässlich der Aktionswochen zur Wärmepumpe. Bei den Vortragsveranstaltungen und Beratungsterminen im LEW-Kundenforum am Augsburger Königsplatz herrschte ein immenser Andrang. Die so genannten Schwäbischen Wärmepumpenwochen boten besonders für Bauherren und Hausbesitzer ein vielfältiges Programm mit Produktpräsentationen und Vorträgen rund um das effiziente und umweltfreundliche Heizsystem.

Hersteller von Wärmepumpen, Handwerksbetriebe und die Lechwerke haben sich für diese in Schwaben einzigartige Aktion zusammengeschlossen. Wärmepumpen nutzen die Sonnenenergie, die in der Erde, im Grundwasser oder in der Außenluft gespeichert ist. „Für Laien scheint die Wärmepumpe ein wahres Wunder zu sein“, erklärt Arno Pöhlmann von den Lechwerken. Wie kann Grundwasser mit einer Temperatur von etwa 7 Grad Celsius im Kreislauf einer Wärmepumpe so erwärmt werden, dass sich das Wohnzimmer auf 22 Grad und darüber aufheizt? Diese und andere Fragen wurden von Experten in Vorträgen, Workshops und einer Live-Demonstration beantwortet. Im Innenhof des LEW-Kundenforums stand eine Wärmepumpe, die aus der Umgebungsluft - ständig unter dem Gefrierpunkt - Wasser in einem Becken auf 40 Grad erwärmte.

Die Wärmepumpen-Technologie erfreut sich immer größerer Beliebtheit. Neben deutlich geringeren Energiekosten trägt das Heizsystem zum verminderten Ausstoß von Kohlendioxid (CO<sub>2</sub>) bei. Im Netzgebiet der Lechwerke - das ist der Regierungsbezirk Schwaben - wurden im Jahr 2005 mehr als 500 Wärmepumpen neu installiert. Deutschlandweit ist das ein Spitzenwert, der gegenüber 2004 einer Steigerung von 86 Prozent entspricht. □

## STEAG Saar Energie.

Wir messen Energie nicht in Watt, sondern in Intelligenz.



steag

Saar Energie

Gute Geschäfte sind das Ergebnis wirklich guter Lösungen. Und die entstehen im Kopf. Deshalb sind unsere wichtigsten Energieträger unsere Mitarbeiter: mit ihren Ideen und ihrer Erfahrung. Sie machen aus Kundenwünschen passgenaue Energiekonzepte und aus Know-how mehr Energieeffizienz.

STEAG Saar Energie - Volle Kraft aus Süd-West

STEAG Saar Energie AG  
Trierer Straße 1  
66111 Saarbrücken

Telefon +49 (6 81) 4 05-05  
E-Mail info@steag-saarenergie.de  
Internet www.steag-saarenergie.de

Rekordmarke von 2004 übertroffen:

## Bayerngas hat 2005 mehr Gas beschafft

Die Bayerngas GmbH, München, hat im abgelaufenen Geschäftsjahr rund 68,5 Mrd. kWh Erdgas für ihre Kunden eingekauft. Dieser Zuwachs von rund 6% gegenüber dem Vorjahr (64,8 Mrd. kWh) geht insbesondere auf den Mehreinsatz von Gas in den Kraftwerken kommunaler Kunden und den geringfügig kälteren Temperaturen in der Heizperiode zurück.

Für den Geschäftsführer der Bayerngas, Dr. Ulrich Mössner, ist das Rekordergebnis, das trotz verstärktem Wettbewerb erzielt wurde, nicht allein aus wirtschaftlichen Überlegungen erfreulich: „Als kommunale Beschaffungsgesellschaft für Erdgas kaufen wir Gas für Stadt-

werke, regionale Versorgungsunternehmen und rund vierzig Industriekunden auf dem europäischen Beschaffungsmarkt ein. Je größer die gebündelte Menge, umso größer ist auch das Diversifizierungspotenzial“.

Seit 2005 kauft Bayerngas nicht mehr nur über längerfristi-

ge Verträge Gas, sondern nutzt über einen diversifizierten - d.h. auf mehrere Lieferanten bzw. Lieferländer verteilten - Gaseinkauf die Chancen des Marktes. Mössner weiter: „Seit dem neuen Gaswirtschaftsjahr beziehen wir gezielt unterschiedliche Mengen mit unterschiedlichen Vertragslaufzeiten von insgesamt neun Lieferanten.“

### Professionelles Portfoliomanagement

Um das leisten zu können, haben wir ein professionelles Portfoliomanagement aufgebaut“. Dabei sieht Mössner in der Verbindung zwischen Mengenbündelung und Portfoliomanagement die Zukunft für Weiterverleiher wie Stadtwerke und Regionalversorger: „Selbst kleinere Stadtwerke mit einem Bedarf von 1 Mrd. kWh profitieren mit der Bayerngas von den Vorteilen einer Mengenbündelung und eines diversifizierten Gaseinkaufs, der auch Handelsaktivitäten umfasst. Organisiert wird die Beschaffung über unser Portfoliomanagement, womit sich Marktchancen nutzen und Risiken beherrschen lassen“.

### Diversifizierte Gasbeschaffung

Für eine diversifizierte Gasbeschaffung fragen kleinere Versorgungsunternehmen für sich alleine eine zu geringe Menge nach und der Aufbau eines Portfoliomanagements wäre für sie wirtschaftlich kaum darstellbar. Gemeinsames Handeln innerhalb einer Beschaffungs-koooperation wie der Bayerngas sichert hingegen Unabhängigkeit und schafft Synergien. □

### ESB verlängert Förderprogramm

#### 650 Euro für Umstellung der Heizungsanlage

Wer sich bis zum 31. Dezember 2006 zum Umstellen seiner Heizungsanlage auf die komfortable Erdgasversorgung entschließt, erhält bei der Erdgas Südbayern GmbH (ESB) eine Förderung - das 'ESB-Wechselgeld'. Wir haben das Förderprogramm um ein Jahr bis Ende 2006 verlängert, da es bei unseren Kunden sehr gut ankommt“, so Martin Heun, Leiter Marketing und Vertrieb der ESB.

Allein 2005 haben sich im Gebiet der ESB 5.000 Hausbesitzer und Bauherren entschieden, bei Modernisierung oder Neubau mit Erdgas zu heizen. Inzwischen vertrauen mehr als 460.000 Menschen auf die Kompetenz der ESB. Das ESB-Wechselgeld gibt es für Interessenten, die vorhaben ihre Heizungsanlage von einem anderen Energieträger - wie Holz oder Öl - auf Erdgas umzustellen und deshalb einen Erdgasanschluss beauftragen. Die Förderung beträgt 650 Euro bei Häusern mit bis zu drei Wohneinheiten, bei größeren Gebäuden werden sogar 1.100 Euro ausbezahlt.

Mehr Informationen über das Förderprogramm gibt es im Internet unter [www.esb.de](http://www.esb.de) beim Menüpunkt Privatkunden / Förderprogramme“.

„Mit der Förderung schaffen wir einen zusätzlichen Anreiz für die Modernisierung alter Heizungen und zum Umstieg auf die komfortable, sparsame und umweltschonende Energie Erdgas. Mit einer modernen Erdgas-Brennwertheizung lässt sich der jährliche Energieverbrauch spürbar senken. Und damit natürlich die Energiekosten“, so Heun weiter. Bei einer Umstellung von Öl auf Erdgas von der ESB bietet die ESB auch einen Rückkauf von verwertbaren Restmengen Heizöl an. Darüber hinaus gibt es bei Modernisierungen von Wohnungen und Häusern verschiedene Möglichkeiten staatliche Zuschüsse in Anspruch zu nehmen. Hier helfen die ESB-Energieberater. □

Gaswirtschaft:

## Einigung bei Netzzugang

Köln. Die deutsche Gaswirtschaft, vertreten durch die Verbände VKU und BGW, hat sich mit der Bundesnetzagentur grundsätzlich auf ein Gasnetzzugangmodell geeinigt. Dieses ist gekennzeichnet durch mehrere Marktgebiete, d.h. die Zusammenfassung von Netzen der Ferngasgesellschaften, der Regionalgesellschaften und der örtlichen Verteilnetze.

„Wir werden damit dem Gesetz und seinem Auftrag gerecht. Nachdem die Grundstrukturen stehen, sind die weiteren Details einschließlich der erforderlichen Verträge in den nächsten Monaten zu erarbeiten. Dazu sind klare zeitliche Absprachen getroffen“, so VKU-Präsident Gerhard Widder.

### Optionsrecht des Kunden

Kernpunkt des Netzzugangsmo- dells ist das Optionsrecht des Transportkunden/Händlers, neben einer netzbetreiberübergreifenden Buchung im Rahmen von Ein- und Ausspeisevertrag auch Entry-/Exit-Punkte in Netzen (Netzkopplungs- und Netzanschlusspunkte) und damit Lieferpunkte buchen zu können. Hiermit wird sichergestellt, dass auch zukünftig integrierte Lieferverträge (Commodity, Transport und Strukturierung) am Regio- oder City-Gate abgeschlossen werden können. Bestehende Liefer-, Transport- und Speicher- verträge werden durch das Netzzugangsmo- dells nicht angetastet.

Aus Sicht des VKU erfüllt das Modell, das nun in Verträge gegossen werden muss, die im Energiewirtschaftsgesetz und der Gasnetzzugangsverordnung geforderten Ziele: Transparenz und Nichtdiskriminierung für Transportkunden/Händler und ermög-

licht eine effiziente Kapazitätsnutzung. Speicher sind als buchbare Aus- und Einspeisepunkte sowohl in den überregionalen als auch in den regionalen und kommunalen Netzen zu berücksichtigen. Die entsprechenden Kapazitäten sind durch den Händler zu buchen. Das Netzzugangsmo- dells wird so rechtzeitig implementiert, dass es bereits zum am 01.10.2006 beginnenden Gaswirtschaftsjahr seine Wirkung entfalten kann. **KK**

### Für eine europäische Energiepolitik

Die Mehrzahl der EU-Bürger möchte, dass wichtige Fragen der Energiepolitik auf EU-Ebene gelöst werden. Zu diesem Ergebnis kommt ein fachspezifisches Eurobarometer, das EU-Energie-Kommissar Andris Piebalgs vorgestellt hat. Die meisten Befragten sprachen sich für erneuerbare Energien sowie stärkere Investitionen in Forschung und Entwicklung aus, um Probleme der sicheren Energieversorgung, des wachsenden Verbrauchs oder des Klimawandels anzugehen. „Die Botschaft der Bürger ist eindeutig“, sagte Andris Piebalgs. Europa brauche eine Energiepolitik, die sich auf Versorgungssicherheit, Wettbewerbsfähigkeit und Nachhaltigkeit konzentriert. □

### Kunden können wählen

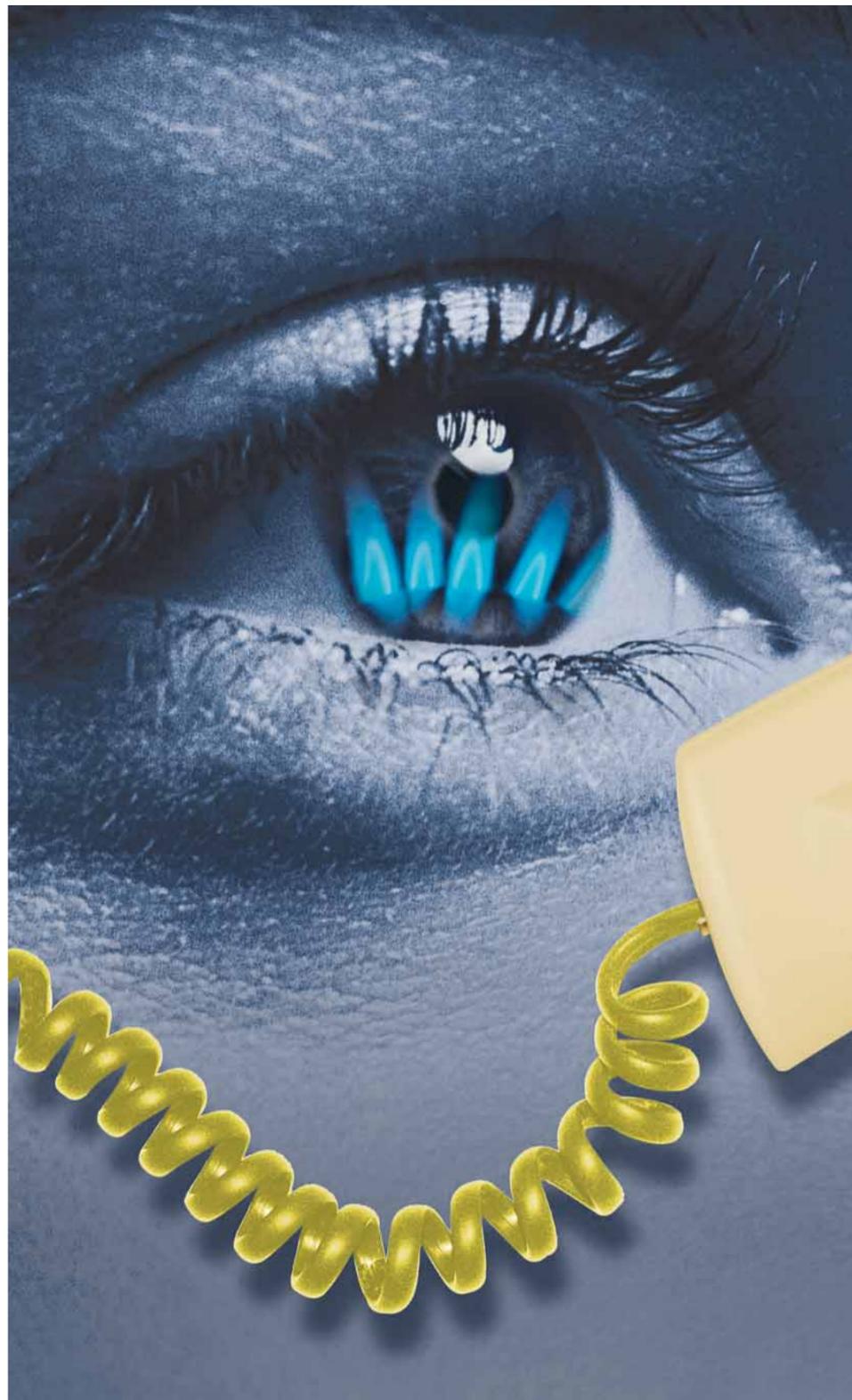
#### Ab 1. April 2006 - freie Wahl des Gasanbieters

„erdgas schwaben wird weit vor der Zeitvorgabe der Bundesnetzagentur seinen Kunden freie Wahl ermöglichen“, begrüßt Dr. Christian Blümm, Marketingleiter von erdgas schwaben, den sich abzeichnenden Wettbewerb bei der Erdgasversorgung.

erdgas schwaben hat zum 1.4.2006 eine pragmatische Lösung entwickelt, damit Kunden wechseln können. Ende Januar hatte die Bundesnetzagentur in Bonn angekündigt, dass Erdgaskunden ab Oktober 2006 ihren Lieferanten frei wählen können. Die Netznutzungsentgelte aller Erdgasanbieter in Deutschland sind momentan in der Genehmigungsphase.

„Wir stehen der Marktöffnung absolut aufgeschlossen gegenüber. erdgas schwaben ist ein kundenorientiertes Unternehmen; wir suchen aktiv unsere Chancen im Wettbewerb!“ erläutert Oliver Daun, Vertriebsleiter bei erdgas schwaben. „Wir werden Erdgas auch außerhalb unseres Gebietes liefern, wenn wir dort auf Unternehmen treffen, die dem Wettbewerb genauso positiv und technisch progressiv gegenüberstehen, wie wir.“

Wie sich der Wettbewerb auf das Preisniveau von Erdgas auswirken wird, kann zum jetzigen Zeitpunkt niemand sagen. □



## WIR HABEN DEN HEISSEN DRAHT

... zum europäischen Gasbeschaffungsmarkt,

damit wir unseren Vertriebspartnern

- günstige Konditionen bieten,
- ihren Gaseinkauf optimieren
- und Trading-Dienstleistungen anbieten können.



Mit Kompetenz, maßgeschneiderten Leistungen und Innovation sichern wir den gemeinsamen Erfolg.

[www.bayerngas.de](http://www.bayerngas.de)

**bayerngas**  
Energiepartnerschaft mit Zukunft



Das „Fest der ersten Flamme“ hat bei der ESB inzwischen eine gute Tradition. Unsere Aufnahme entstand im Spätherbst des vergangenen Jahres in Schweitenkirchen. Foto: ESB

**Erdgas Südbayern GmbH (ESB) beginnt Gasversorgung:**

## „Erste Flamme“ in Rohrbach

Mit dem traditionellen „Fest der ersten Flamme“ startete im Februar die Erdgas Südbayern GmbH (ESB) offiziell die Versorgung der Gemeinde Rohrbach mit der umweltfreundlichen Allround-Energie Erdgas. Bereits 61 Kunden in Rohrbach haben sich für eine Erdgas-Heizung entschlossen.

Die symbolische Flamme wurde gemeinsam von Bürgermeister Dieter Huber, ESB-Regionalleiter Reinhold Kunz und ESB-ServiceCenter-Leiter Maik Andri entzündet. „Ich freue mich darüber, dass wir mit der Erschließung der Ortschaften in dieser Region so gut voran kommen und die Gemeinde Rohrbach ist ein wichtiger weiterer Schritt“, so Regionalleiter Kunz anlässlich des Festes. „Ich bedanke mich auch bei den 61 Kunden, die sich schon jetzt für die umweltfreundliche Wärmeenergie Erdgas entschlossen haben“.

**Moderne, vielseitige und umweltfreundliche Energie**

Die feierliche Segnung der „ersten Flamme“ als Symbol für den Beginn der Gasversorgung nahm Dekan Bruno Koppitz vor. „Mit dem Anschluss an das Versorgungsnetz verfügt nun auch die Gemeinde Rohrbach über einen Zugang zu einer modernen, vielseitigen und umweltfreundlichen Wärmeenergie“, freute sich Bürgermeister Dieter Huber.

Die Gemeinde Rohrbach und die ESB unterzeichneten am 4. Oktober 2004 einen Konzessionsvertrag über die zukünftige Lieferung von Erdgas. Insgesamt wurden im Zuge der Erschließung des Ortes bislang fast elf Kilometer Leitungen verlegt. Für die Arbeiten war das Bauunternehmen SAG verantwortlich.

Die Investitionssumme belief sich auf rund 570.000 Euro.

**Jährlich 30 Mio. Euro Investitionen**

Im Gebiet des ESB-ServiceCenters Pfaffenhofen wurden im Laufe der vergangenen zwei Jahre insgesamt sechs Orte an die Erdgasversorgung angeschlossen. Hierfür mussten über 23 Kilometer

Transportleitungen erlegt werden. Hinzu kommen weitere ca. 60 km Leitungsnetz in den Orten. Die Investitionssumme für die Transportleitung beträgt 1,75 Mio. Euro. Insgesamt investiert die ESB jährlich rund 30 Mio. Euro in die Region zur Verbesserung der Erdgasversorgung.

Zum Fest in Rohrbach gehörte auch eine Ausstellung von aktuellen Erdgasfahrzeugen. Das Fiat-Autohaus Stiglmaier aus Pfaffenhofen zeigte leistungsfähige PKWs, die mit Erdgas angetrieben werden.

Erdgas ist als Kraftstoff ge-

## Brucker Narren gaben richtig Gas

**ESB unterstützte Prinzenpaar mit einem Erdgasfahrzeug**

„Gas geben“ im wahrsten Sinne des Wortes konnten Prinz David I. und Prinzessin Nina I., das Brucker Prinzenpaar, in den Wochen der närrischen Zeit. Der Grund ist ganz einfach: Die Erdgas Südbayern GmbH (ESB) stellte den beiden für ihre offiziellen Auftritte ein flottes Erdgasfahrzeug zur Verfügung.

„Ich hätte nicht gedacht, dass es so tolle Fahrzeuge mit Erdgasantrieb gibt“, schwärmte Prinz David I. schon nach der ersten Tour durch sein närrisches Reich. Zur feierlichen Proklamation reiste das Prinzenpaar mit einem Mercedes-Benz E 200 NGT an. Später waren die beiden mit einem Volvo V70, Bi-Fuel unterwegs. „Man merkt keinen Unterschied zu den diesel- oder benzinetriebenen Autos“, freute sich auch Prinzessin Nina I. Möglich wurde dieser Service durch das ServiceCenter Fürstenfeldbruck

der ESB. „Wir haben sofort zugestimmt, als es eine erste Anfrage der Brucker Heimatgilde gab“, so ServiceCenter-Leiter Michael Pittrich.

**Unterstützung für Aktivitäten in der Region**

„Wir unterstützen gerne die Aktivitäten in unserer Region und können auf diese Weise auch beweisen, wie komfortabel und bequem das Fahren mit Erdgas ist“, so Pittrich weiter. Er bedankte sich auch bei Mercedes-

genüber Benzin oder Diesel deutlich günstiger und gewinnt damit laufend an Bedeutung für den Verbraucher. Gegenüber Benzin kann über die Hälfte der Kraftstoffkosten eingespart werden, gegenüber Diesel mehr als ein Drittel. Für Käufer von erdgas-angetriebenen Fahrzeugen hat die ESB ein attraktives Förderprogramm aufgelegt, das sich sehen lassen kann: 400 Euro Startprämie.

**In der Region seit mehr als 40 Jahren**

Als ein regionales Wärmedienstleistungs- und Versorgungsunternehmen ist die Erdgas Südbayern GmbH (ESB) seit mehr als 40 Jahren erfolgreich aktiv. Im Dreieck zwischen Donau, Lech und der Landesgrenze nach Österreich sorgt die ESB bei mehr als 450.000 Menschen - jährlich kommen rund 15.000 hinzu - für wohlige Wärme. Zur regionalen Erdgasversorgung betreibt die ESB in Südbayern ein Leitungsnetz von nahezu 8.000 Kilometern.

**Partner der Stadtwerke**

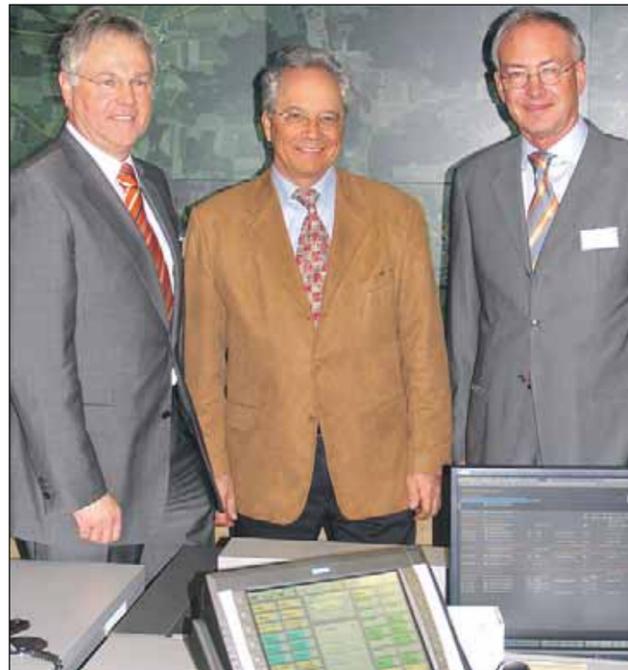
In annähernd 250 Städten und Gemeinden Südbayerns nutzen die Menschen die Vorteile der umweltfreundlichen Energie Erdgas, zudem versorgt die ESB 24 kommunale Stadtwerke. Private Verbraucher, Kommunen und Unternehmen setzen auf den zuverlässigen Service, das technische Know-how und die regionale Präsenz der ESB. Für die Nähe zum Kunden sorgen 13 Service- und 5 Infozentren.

Kompletter Wärmeservice aus einer Hand für Kommunen oder Unternehmen sowie Wasserversorgung für Gemeinden ergänzen das Portfolio der ESB. □

Benz Peter Greppmair und dem Volvo Autohaus Kroymans in Fürstenfeldbruck, die die Fahrzeuge zur Verfügung stellten.

**Der halbe Benzinpreis**

Für ihre Tankfüllungen mussten Prinz und Prinzessin natürlich gar nichts zahlen, aber auch die übrigen Besitzer von Erdgasfahrzeugen können sich beim Tanken immer wieder freuen. Wer auf einen Antrieb mit Erdgas umstellt, zahlt nur die Hälfte im Vergleich zum normalen Benzinpreis. „Die Argumente für ein Erdgasfahrzeug liegen auf der Hand“, so Pittrich. Umgerechnet anhand der aktuellen Preise kostet der „Liter Benzin“, wenn er in Form von Erdgas getankt wird, nur 0,62 Euro. Bei einem Durchschnittsverbrauch von sieben Litern und einer Fahrleistung von 20.000 Kilometern spart ein Kunde so fast 1.000 Euro Kraftstoffkosten im Jahr.



Paul Waning, Vorstandsmitglied Lechwerke AG, Martin Mitterer (Leitender Ministerialrat Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie) und Ulrich Kühnl, Vorstandsmitglied Lechwerke AG (v. l.). □

**Lechwerke in Augsburg:**

## Netzleitstelle komplett modernisiert

Mit einer Investitionssumme von 4 Millionen Euro haben die Lechwerke (LEW) die bestehende Netzleitstelle komplett modernisiert und auf den neuesten Stand der Technik gebracht. Im Beisein von Martin Mitterer, Leitender Ministerialrat im Bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie, wurde die Schaltzentrale, die sich im Untermenssitz in Augsburg befindet, offiziell in Betrieb genommen.

Die Lechwerke haben mit der Modernisierung in die Sicherheit der Stromversorgung in Baye-

risch-Schwaben investiert. Sicherer und schneller - so lassen sich die Leistungen der neuen LEW-Netzleitstelle zusammenfassen. Mit der neuen Technik kann die LEW-Leitstelle Fehler im Stromnetz rascher orten und durch gezielte Schaltheilungen eine schnelle Wiederversorgung einleiten.

**Überwachung rund um die Uhr**

„Auf der neu installierten Rückprojektionswand können unsere Mitarbeiter neben geographischen Netzbildern auch Luftaufnahmen des LEW-Netzgebietes darstellen und aus der Vogelperspektive den Ort der Störung genau lokalisieren“, erklärt LEW-Vorstandsmitglied Paul Waning die Vorteile der neuen Systemtechnik.

Insgesamt 16 Mitarbeiter der Lechwerke koordinieren und überwachen rund um die Uhr das Stromnetz in Bayerisch-Schwaben. Sämtliche Leitungen und Umspannanlagen der Spannungsebenen Höchstspannung (380.000 Volt und 220.000 Volt), Hochspannung (110.000 Volt) sowie Mittelspannung (20.000 Volt) werden in der Augsburger Schaltzentrale überwacht.

**Fünf Jahre Vorbereitungs- und Entwicklungsphase**

Von der Planung bis zur Fertigstellung arbeiteten acht Arbeitsteams gemeinsam mit externen Spezialisten fünf Jahre lang an dem für die Lechwerke bedeutenden Projekt. Die Aufträge im Umfang von 4 Millionen Euro gingen an regionale und nationale Firmen.

Die Lechwerke sorgen mit ihrem leistungsstarken und engmaschigen Stromnetz für eine zuverlässige Versorgung. Die Qualität des LEW-Netzes liegt im Bundesdurchschnitt und damit europaweit in puncto Zuverlässigkeit ganz vorne.

Die Lechwerke AG gehört zur RWE-Gruppe. LEW beschäftigt knapp 1.400 Mitarbeiter und ist innerhalb der RWE Energy AG die regionale Energiegesellschaft für Süddeutschland. □



Gersthofen - wir heizen mit Erdgas

...ebenso wie 164 weitere Städte und Gemeinden in unserer Region

**Siegfried Deffner,**  
1. Bürgermeister der Stadt Gersthofen, freut sich, dass den Gersthofener Bürgerinnen und Bürgern mit Erdgas eine saubere und umweltschonende Energie zur Verfügung steht.

[www.erdgas-schwaben.de](http://www.erdgas-schwaben.de)

erdgas schwaben gmbh  
Bayerstr. 43 · 86199 Augsburg  
Telefon 0821 9002-0  
[www.erdgas-schwaben.de](http://www.erdgas-schwaben.de)

**erdgas schwaben**  
Wir sind da, wo unsere Kunden sind

# Ausschreibungspflicht auch für Konzessionen?

Von RA, FAfStR Thomas Northoff, Partner

und RA Tobias Engelmann, LL.M., Mitarbeiter der Deloitte & Touche GmbH, München

Nach Ergehen der neuen EuGH-Entscheidung zu den so genannten „In-House-Geschäften“ (EuGH-Urteil vom 11.01.2005, Rs. C-26/03, NVwZ 2005, 187) stellt sich unter Umständen in Zukunft eine neue vergaberechtliche Problemstellung im Bereich der Energiekonzessionen.

Nach bisheriger Rechtsprechung waren Auftragsvergaben an Tochtergesellschaften von Kommunen als so genannte „In-House-Geschäfte“ vergaberechtsfrei, sprich sie konnten ohne öffentliche Ausschreibung erteilt werden. Ein „In-House-Geschäft“ lag vor, wenn der Auftraggeber über den Auftragnehmer eine Kontrolle wie über eine eigene Dienststelle ausüben konnte. Zudem musste der Auftragnehmer im Wesentlichen für den Auftraggeber tätig sein.

## 100%-iger Anteilsbesitz

Nach der neuen EuGH-Entscheidung ist eine Kontrolle über die Tochtergesellschaft nicht mehr bereits bei einer Mehrheitsbeteiligung anzunehmen, sondern liegt ausschließlich bei einem 100%-igen Anteilsbesitz vor.

In der jüngeren Vergangenheit haben zahlreiche Stadtwerke Private als (Minderheits-)Gesellschafter aufgenommen. Führt die neue EuGH-Rechtsprechung zu einer Ausschreibungspflicht für auslaufende Konzessionen, z.B. Energiekonzessionen?

## Maximale Laufzeit von 20 Jahren

Gem. § 46 Abs. 2 EnWG werden im Bereich der Wegenutzung zwischen Gemeinden und den Energieversorgungsunternehmen Konzessionsverträge über die Nutzung öffentlicher Verkehrswege für die Verlegung und den Betrieb von Leitungen geschlossen. Diese Verträge dürfen, wenn die Leitungen zu einem Netz der allgemeinen Versorgung gehören, eine maximale Laufzeit von 20 Jahren haben. Nach § 46 Abs. 3 EnWG haben die Gemeinden spätestens zwei Jahre vor Ablauf dieser Konzessionsverträge das Vertragsende öffentlich bekannt zu machen. Für den Fall der Verlängerung der Verträge vor Ende der Laufzeit, sind die bestehenden Verträge zu beenden und die vorzeitige Beendigung und das Vertrags-

## Energiebranche:

### 2006 wird Jahr der Fusionen

Die Energie- und Versorgungsbranche steht vor einer wahren Konsolidierungswelle. Die weitere Deregulierung der Branche treibe Unternehmenszusammenschlüsse und -käufe in Europa weiter voran. Davon zeigen sich zumindest die Manager internationaler Versorgungsunternehmen überzeugt, wie aus einer Umfrage der Unternehmensberater von Capgemini hervorgeht.

Die Konsolidierung wird demnach vor allem vom Deregulierungsprozess und der Notwendigkeit Marktanteile zu steigern, angekurbelt. 39 Prozent der befragten Manager rechnen aber mit einer Verzögerung der meisten Deals durch die Regulierungsbehörden.

„Es gibt Fusionsbewegungen“, meint Erste-Bank-Analyst Christoph Schultes im Gespräch mit presstext. Die großen Energiekonzerne hätten derzeit eine große Menge Geld in ihren Kriegskassen. Als erster Vorbote der erwarteten Fusionswelle auf dem europäischen Kontinent hat jüngst der deutsche Energieerzieher E.ON erwiesen. Die Düsseldorfer strecken ihre Fühler nach Spanien aus und wollen insgesamt 29 Mrd. Euro für den Wettbewerber Endesa auf den Tisch legen. Als unsicher gilt aber, ob die zuständigen Regulierungsbehörden dem Megadeal über-

de öffentlich bekannt zu geben.

Durch diese Laufzeitbegrenzung und Bekanntmachungspraxis wird ein Wettbewerb um die Netze der allgemeinen Versorgung ermöglicht. Das Gesetz trifft jedoch keine Aussage dazu, ob vor Abschluss des Konzessionsvertrages ein förmliches Ausschreibungsverfahren durchzuführen ist.

Insofern bleibt abzuwarten, ob die Nutzung der Energienetze als eine Leistung im Sinne der VOL/A anzusehen und ist und daher der Ausschreibungspflicht unterfällt. Sofern die Energiekonzessionen nach § 46 Abs. 2 EnWG als Dienstleistungskonzessionen einzuordnen sind, entfällt eine Ausschreibungspflicht.

## Dienstleistungskonzession

Kennzeichnend für eine Dienstleistungskonzession ist, dass sich ein Unternehmen per Vertrag gegenüber einem öffentlichen Auftraggeber zur Erbringung von Dienstleistungen verpflichtet, deren Erfüllung grundsätzlich einem öffentlichen Auftraggeber obliegt. Dabei muss Leistungsempfänger nicht notwendig der Auftraggeber sein. Die Gegenleistung besteht in dem Recht der Verwertung der eigenen Dienstleistungen, gegebenenfalls gegen Zahlung eines Preises. Im Übrigen trägt der Konzessionär das Verwertungsrisiko.

## Daseinsvorsorge

Diese Voraussetzungen treffen auf die Energiekonzessionen nach § 46 Abs. 2 EnWG grundsätzlich zu. Das Energieversorgungsunternehmen verpflichtet sich in einem Vertrag zur Belieferung der Abnehmer (Haushalte) mit elektrischer Energie. Diese Aufgabe unterliegt im Rahmen der Daseinsvorsorge grundsätzlich dem öffentlichen Auftraggeber. Das Energieversorgungsunternehmen erhält als Konzessionär in aller Regel ein Entgelt, das von den Nutzern seiner Leistungen gezahlt wird. Das

hauptsächlich zustimmen. Darüber hinaus hat E.ON bei seinen Übernahmebestrebungen scheinbar Konkurrenz vom italienischen Energiekonzern Enel bekommen, der sich laut Medienberichten nun ebenfalls für Endesa interessiert.

Die bevorstehenden Fusionen im Energiebereich könnten laut Capgemini-Umfrage bei den Konzernen für zusätzliche Erzeugungskapazitäten und Synergien sorgen. Darüber hinaus rechnen 42 Prozent der Befragten mit einem weiteren Auslagern von Geschäftsprozessen im Finanz-, Personal- und IT-Bereich. In punkto Versorgungssicherheit malen die Manager zunehmend schwarz. Der Großteil der Konzernlenker rechnet dementsprechend mit einer Steigerung der Investitionen seines Unternehmens in Technologieprojekte. Nur 40 Prozent erwarten stagnierende Budgets. □

wirtschaftliche Risiko aus der Verwertung der Leistung am Markt liegt dabei beim Energieversorgungsunternehmen.

## Vergaberegeln

Die Europäische Kommission hat in ihrem Grünbuch (KOM 2004, 327) zwar ihre Absicht geäußert, auch die Dienstleistungskonzessionen den Vergaberegeln zu unterwerfen. Dem ist der Rat mit der neuen Richtlinie 2004/17 bisher entgegengetreten und hat die Dienstleistungskonzession in Art. 18 der Richtlinie ausdrücklich vom Vergaberegime ausgenommen. Ob diese Ausnahmeregelung für Dienstleistungskonzessionen auf Dauer Bestand haben wird, ist indes nicht sicher. Das von der Kommission bereits seit Längerem verfolgte Ziel, der Unterwerfung der Dienstleistungskonzessionen unter das europäische Vergaberecht, wird auch nach Erlass der Richtlinie 2004/17 nicht aufgegeben.

Inwieweit sich die Rechtsprechungsentwicklung und die Kommissionsansicht auf die zukünftige Vergabesituation von Energiekonzessionen vor dem Hintergrund der Liberalisierung der Energiemärkte auswirken wird, bleibt zu beobachten.

In diesem Zusammenhang ist die am 13.10.2005 ergangene Entscheidung des EuGH in der Rechtssache „Parking Brixen“ (Az. C-458/03) von Bedeutung.

## „Hinreichender Mindestwettbewerb“

Danach kann eine öffentliche Stelle in der EU grundsätzlich keine Dienstleistungskonzession ohne vorherige Ausschreibung vergeben. Dies sei trotz der die Dienstleistungen von der Ausschreibungspflicht ausnehmenden EU-Richtlinie über die öffentliche Auftragsvergabe aus den EG-Primärrechts-Grundsätzen der Nichtdiskriminierung, Gleichbehandlung und Transparenz (Artikel 43 und 49 EGV) herzuleiten, um einen hinreichenden Mindestwettbewerb zu gewährleisten. Die allgemeinen Vertragsregeln über die Gleichbehandlung und die Publizitätspflicht sind in jedem Fall unabhängig vom Anwendungsbereich der EU-Richtlinie zu beachten. Eine Ausnahme von dieser „Quasi-Ausschreibungspflicht“ sei nur in den beschriebenen Fällen der „In-House-Geschäfte“ gegeben. Liegt kein „In-House-Geschäft“ vor, ist bei Unterbleiben einer Bekanntmachung oder einer Ausschreibung der Dienstleistungskonzession von einer potenziellen Diskriminierung zu Lasten der Unternehmen aus den anderen Mitgliedstaaten auszugehen, da sie daran gehindert werden, von der im Vertrag vorgesehenen Dienstleistungsfreiheit und Niederlassungsfreiheit Gebrauch zu machen.

## Verschärfte Bekanntmachungs- und Ausschreibungspflicht

Insofern ist eine Angleichung der Beurteilung der Ausschreibungspflicht von Dienstleistungskonzessionen von Kommission und Gerichtshof erfolgt. In Bezug auf die dargestellte Problematik der Energiekonzessionen besteht somit eine verschärfte, den Wettbewerb gewährleistende Bekanntmachungs- und Ausschreibungspflicht, sofern nicht ein „Inhouse-Geschäft“ nach den ebenfalls rigideren Voraussetzungen vorliegt.

# Wir bringen Licht ins Dunkel.

Die Herausforderungen der kommunalen Energieversorgungswirtschaft kennen wir aus langjähriger vertrauensvoller Zusammenarbeit mit unseren Kunden. Gestützt auf unser breites Leistungsspektrum und unsere langjährige Branchenerfahrung entwickeln wir klare Antworten auf Ihre komplexen Fragen – denn nur wer das Ganze betrachtet, erkennt Zusammenhänge.

Diese Philosophie hat uns zu dem gemacht, was wir heute sind: eine der führenden Prüfungs- und Beratungsgesellschaften in Deutschland und weltweit. Wir beraten Unternehmen der Energie- und Versorgungswirtschaft mit einem Team von Branchenexperten in strategischen und organisatorischen Aufgabenstellungen. Welche Dienstleistung auch gefragt ist: Den Erfolg unserer Kunden haben wir stets im Blick.

Sprechen Sie uns an:  
Thomas Northoff  
tnorthoff@deloitte.de  
Tel +49 89 29036-8566

## Deloitte.

Wirtschaftsprüfung • Steuerberatung • Consulting • Corporate Finance.

Rosenheimer Platz 4, 81669 München, Tel +49 89 29036-0, Fax +49 89 29036-8108, [www.deloitte.com/de](http://www.deloitte.com/de)

© 2006 Deloitte & Touche GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft



## Die 5-Sterne-Wärme für Ihr Zuhause



# Erdgas – 1. Wahl in Südbayern!

		Ergebnis *
Erdgas		65,0 %
Heizöl		22,0 %
Festbrennstoffe/ Wärmepumpe		10,0 %
Fernwärme		2,0 %
Strom		1,0 %

\* Marktanteil bei Neubauwohnungen im ESB-Liefergebiet Südbayern im Jahr 2004  
Quelle: Statistisches Landesamt Bayern

Erdgas Südbayern GmbH  
Ungsteiner Straße 31, 81539 München  
Tel. 01 80 5 / 29 11 11 (12 Cent/Min. im  
Festnetz der deutschen Telekom)  
E-Mail: [info@esb.de](mailto:info@esb.de), [www.esb.de](http://www.esb.de)

**ESB**  
Erdgas Südbayern

## Mit Erdgas in guter Gesellschaft.

## Mobilitätsverhalten:

# Deutliche Auswirkung auf Umweltbilanz

**Bochumer Forschungsgruppe untersuchte individuelle Wertorientierungen und Einstellungen - Augsburg eine von drei ausgewählten Städten**

Wie richte ich meinen Alltag so ein, dass Umwelt und Natur möglichst wenig beeinträchtigt werden? Antworten auf diese Frage, die sich zunehmend mehr Menschen stellen, hat eine Forschungsgruppe von der Ruhr-Universität Bochum erarbeitet. Sie untersuchte in den vergangenen drei Jahren, in welchem Maß das Mobilitätsverhalten der Menschen das Klima belastet. Die Wege, die Menschen mit unterschiedlichen Verkehrsmitteln zurücklegen, um ihre alltäglichen Ziele zu erreichen (vom Arbeits- oder Einkaufsweg über Kurzurlaube bis hin zu Fernreisen), setzen in unterschiedlichem Ausmaß klimaschädliche Substanzen frei, vor allem das Treibhausgas Kohlendioxid.

Im Rahmen des Projekts MOBILANZ haben die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler individuelle Wertorientierungen und Einstellungen erfasst, die in Zusammenhang mit dem tatsächlichen Mobilitätsverhalten stehen.

Auf der Grundlage dieser Ergebnisse wollen die Forscher in Zukunft prüfen, welche konkreten Mobilitätsdienstleistungen man bestimmten Personengruppen anbieten kann, um deren Mobilität nachhaltiger zu gestalten. Diese Nachwuchsgruppe ist beispielhaft für die Verknüpfung von sozialwissenschaftlicher und ökologischer Forschung, wie sie das Bundes-

ministerium für Bildung und Forschung (BMBF) seit 1999 in dem Schwerpunkt „Sozial-ökologische Forschung“ (SÖF) fördert.

## Befragung von knapp 2000 Personen

Für ihre Untersuchungen befragte die Arbeitsgruppe, zu der auch Wissenschaftlerinnen des Wuppertal Instituts für Klima, Umwelt, Energie sowie der Universität Lüneburg gehören, knapp 2000 Männer und Frauen im Alter zwischen 18 und 80 Jahren in den drei ausgewählten Städten Augsburg, Bielefeld und Magdeburg. In jeder Stadt

wurden Personen aus drei unterschiedlichen Stadtgebieten - Zentrumsnähe, Stadtrand, Umland - befragt. Dabei gaben die Befragten Auskunft über ihre Alltags- und Urlaubsmobilität, also zum Beispiel die Zielorte aller Aktivitäten sowie die zurückgelegten Distanzen, über die dazu gewählten Verkehrsmittel sowie die Zahl der begleitenden Personen. Erfragt wurde auch der technische Stand der genutzten Pkw und motorisierten Zweiräder. Die Interviewer stellten zudem fest, wie häufig die Personen normalerweise eine bestimmte Aktivität pro Woche oder Monat ausüben. Darüber hinaus erhoben sie die Zahl aller Urlaube in den vergangenen zwölf Monaten, der Kurzurlaube in den letzten sechs Monaten und alle Tagesausflüge der vergangenen drei Monate.

## Fünf „Mobilitätstypen“

Die Forschungsgruppe ermittelte fünf unterschiedliche „Mobilitätstypen“, also Menschengruppen, die sich in ihrem Mobilitätsverhalten von ähnlichen Werten, Zielen und Einstellungen leiten lassen. Zu diesen Kategorien gehören zum Beispiel die (positive oder negative) Einstellung gegenüber dem öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV), dem Fahrrad oder dem Auto, die „Empfindlichkeit“ gegenüber schlechtem Wetter sowie auch die allgemeine Bereitschaft, für Veränderungen offen zu sein. Die fünf ermittelten Mobilitätstypen lassen sich folgendermaßen charakterisieren:

1. „ÖV-distanzierte Zwangsmobile“, die starke Mobilitätsanforderungen empfinden und dem

ÖPNV distanzieren gegenüberstehen

2. „Pkw-Individualisten“, bewerten das Auto emotional sehr positiv, den ÖPNV dagegen eher negativ und sind in ihrer allgemeinen Grundhaltung offen gegenüber Veränderungen

3. „Wetterunabhängige Rad-Fans“, die das Fahrrad nicht nur als Verkehrsmittel für die Freizeit, sondern auch im Alltag schätzen und sich dabei häufig auch von schlechtem Wetter nicht abhalten lassen

4. „Umweltsensibilisierte ÖV-Fans“, die gut auf den ÖPNV zugreifen können und ihn - auch der Umwelt zuliebe - gerne nutzen

5. „Selbstbestimmt Mobile“, die kaum Mobilitätszwänge empfinden und die unterschiedlichen Verkehrsmittel flexibel nutzen.

## Arbeits- und Freizeitwege mit größtem Anteil

Die ausführliche Befragung zum Mobilitätsverhalten zeigt in Übereinstimmung zu anderen Erhebungen, dass Arbeits- und Freizeitwege den größten Anteil der Wege ausmachen. Einkäufe sind ebenfalls häufig, umfassen aber meist kurze Strecken. Urlaubsreisen finden zwar vergleichsweise selten statt, verursachen aber auf Grund der großen Entfernungen starke Umwelteffekte.

## Deutliche Unterschiede

Betrachtet man die Wahl der Verkehrsmittel, dann zeigen sich deutliche Unterschiede zwischen den Mobilitätstypen. So legen die ÖV-distanzierten Zwangsmobile fast drei Viertel ihrer Wege mit dem Pkw zurück, die Pkw-Individualisten dagegen etwa zwei Drittel. Die wetterunabhängigen Rad-Fans nutzen für fast 40 Prozent ihrer Wege das Rad, deutlich mehr als den Pkw. Die umweltsensibilisierten ÖV-Fans weisen im Vergleich zu den anderen Typen die höchste ÖV-Nutzung auf und zeigen zugleich eine sehr ausgewogene Verkehrsmittelwahl: Sie legen fast genauso viele Wege mit

dem ÖV, dem Pkw und zu Fuß zurück, etwas seltener sind sie mit dem Rad unterwegs. Die Selbstbestimmt Mobilen legen mit 36 Prozent so viele Wege zu Fuß zurück wie kein anderer Mobilitätstyp, ihre Pkw-Nutzung ist etwas ebenso hoch, der ÖV wird häufiger genutzt als das Rad.

## Klimabelastung mobiler Verhaltensweisen

Die Forschungsgruppe ließ vom Ifeu-Institut für Energie- und Umwelt (Heidelberg) berechnen, wie klimabelastend die einzelnen mobilen Verhaltensweisen sind. Das Ergebnis zeigt deutliche Unterschiede zwischen den Mobilitätstypen: Der hohe Anteil von Wegen, die mit Kraftfahrzeugen zurückgelegt werden, führt bei den ersten beiden Typen zu einer vergleichsweise ungünstigen Umweltbilanz. Bei den „Pkw-Individualisten“ kommen noch hohe Belastungen aus dem Flugverkehr hinzu. Die günstigste Umweltbilanz weisen dagegen die Selbstbestimmt Mobilen auf; die Gruppen 3 und 4 liegen wiederum zwischen diesen Extremen.

Interessant ist die Tatsache, dass in der Umweltbilanz zwi-

schon den Mobilitätstypen größere Unterschiede bestehen als zwischen den Personengruppen, die in unterschiedlichen Stadtteilen (zentrumnah, Stadtrand, Umland) wohnen: Entgegen weitläufiger Ansicht hat die Einstellung zur Mobilität demnach mehr Einfluss darauf, wie umweltverträglich Personen ihre Mobilität im Alltag organisieren, als deren Wohnsituation in den unterschiedlichen Wohnregionen innerhalb von Großstädten. Die Ergebnisse sind als repräsentativ anzusehen für jene rund 40 Prozent der deutschen Bevölkerung, die in Großstädten leben.

## Ausgewählte Angebote in Phase 2

In der nächsten Phase des Projektes werden die Forscher untersuchen, welche Dienstleistungen man einzelnen Mobilitätstypen anbieten kann, die den Betroffenen helfen, die Umweltbilanz ihres Verhaltens zu verbessern. Zu diesem Zweck hat die Arbeitsgruppe einige ausgewählte Angebote (z.B. Car-Sharing, Fahrgemeinschaften, Mitnahme von Fahrrädern im ÖV) in die Befragungen und Untersuchungen einbezogen. **DK**

## Reduzierung der Feinstaubbelastung in München:

# Keine Durchfahrt für Schwerverkehr

**Im Kampf gegen Feinstaub wird München als erste bayerische Stadt ein Transitverbot für schwere LKWs aussprechen. Darauf einigten sich die Regierung von Oberbayern und die Landeshauptstadt. Lastwagen mit mehr als zwölf Tonnen Gewicht müssen künftig auf den Autobahnring A99 ausweichen, wenn sie München queren wollen. Das Durchfahrtsverbot soll nach Angaben der Regierung von Oberbayern im Frühsommer in Kraft treten.**

Die Vertreter der Stadt, allen voran OB Christian Ude, sprachen sich bei dem Gespräch im Hinblick auf den LKW-Durchgangsverkehr für die rechtlich riskantere 3,5-Tonnenlösung aus, sowie für die Einführung einer Umweltzone innerhalb des Mittleren Rings und die Erweiterung des Plangebietes auf das Umland. Gegen die 3,5-Tonnenlösung machte die Regierung von Oberbayern juristische Bedenken geltend und wies auf einen erhöhten Zeitaufwand für die Umsetzung sowie auf die besonderen Schwierigkeiten für die Polizeikontrollen wegen fehlender Frachtpapiere hin.

## Situation im Auge behalten

Im Interesse einer schnellen Verbesserung der Feinstaubsituation in München und der größeren Rechtssicherheit verständigten sich Regierungspräsident Christoph Hillenbrand und OB Ude schließlich darauf, in einem ersten Schritt die Durchfahrt von LKW des Fernverkehrs größer 12 Tonnen über den Mittleren Ring zu unterbinden. Diese Beschränkung, die im Zusammenhang mit einer dichten Vorwegbeschilderung zu einer Verlagerung des durchgehenden Schwerverkehrs auf die A 99 führt, soll ausdrücklich auch für den Fernverkehr von Westen nach Südosten gelten. Verbunden mit dieser Verständigung ist die Zusage der Regierung, die weitere Rechtsprechung und die Feinstaubsituation bei Städten mit weitergehenden Regelungen ständig im Auge zu behalten und spätestens in einem Jahr die Effektivität der Regelungen erneut zu überprüfen.

Damit kann nach Beteiligung der Öffentlichkeit jedenfalls noch im Frühsommer die entsprechende Fortschreibung des Luftreinhalte-/Aktionsplans vorliegen. Diese Maßnahme wird die Häufigkeit von Überschreitungen der zulässigen Tagesgrenzwerte um einige Tage reduzieren. Sie ist deshalb nur

ein Teil eines Maßnahmenbündels, das zeitgleich angegangen werden muss. Im Hinblick auf die Einführung der Umweltzone und die Erweiterung des Plangebietes auf das Umland besteht volle Einigkeit zwischen Regierung und Landeshauptstadt.

Die Landeshauptstadt betreibt die Einführung der Umweltzone innerhalb des Mittleren Rings mit Nachdruck und strebt die Umsetzung Anfang 2008 an. Die Erweiterung des Plangebietes wird parallel dazu von der Regierung vorangetrieben. Das Vorhaben soll bis zum Frühjahr 2007 umgesetzt werden. Derzeit werden Gutachten seitens des LfU und TÜV zur Vorbereitung der Entscheidung eingeholt. Die Regierung wird noch im Frühjahr 2006 die betroffenen Kommunen einbeziehen.

## SPD und Grünen-Appelle

Unterdessen haben SPD und Grüne im Landtag ein schärferes Durchgreifen der Behörden zur Senkung der Feinstaub-Belastung gefordert. Das geplante Lkw-Transit-Verbot in München ist nach Ansicht der Landtags-SPD und städtischer Vertreter nicht ausreichend. Es seien zu viele Straßen vom Fahrverbot ausgenommen, kritisierte SPD-Verbrauchersprecher Ludwig Wörner den Vorschlag der Regierung von Oberbayern. Das Verbot müsse bereits für Lastwagen ab 3,5 Tonnen und nicht erst ab 12 Tonnen gelten. Schließlich sei die Gesundheit von Menschen kein „Experimentierfeld“.

Die Grünen forderten eine landesweite einheitliche Regelung mit einem allgemeinen Durchfahrtsverbot für Fahrzeuge über 3,5 Tonnen. Sie wiesen darauf hin, dass die Situation auch in mehreren anderen bayerischen Städten wie Augsburg, Regensburg, Bayreuth, Landshut und Ingolstadt drängend sei. Minister Schnappauf dürfe nicht vor der Autofahrerlobby einknicken. **DK**

## Erste Sitzung des Flughafen-Forums:

# Huber für Bahn-Ausbau nach Mühldorf

**Ein deutliches Ja zur Fortsetzung der erfolgreichen Arbeit war das einstimmige Ergebnis der ersten Sitzung des Flughafen-Forums unter dem Vorsitz von Verkehrsminister Erwin Huber.**

Das Forum, bestehend aus den Landräten von Erding und Freising, den Bürgermeistern der Flughafenstädte und -gemeinden, der Sprecher des Industrie- und Handelskammer, der Kreishandwerksmeister und der Geschäftsführung des Flughafens München, habe sich als Plattform für eine vertrauensvolle Zusammenarbeit des Münchner Flughafens und seines Umlandes bestens bewährt, betonten übereinstimmend die kommunalen Spitzen der Region.

## Aus Überzeugung

Ausgenommen bleibt nur das Thema dritte Bahn als Aufgabe des Nachbarschaftsbeirats. Als ausgezeichnete Nachricht für den Flughafen und seine Umlandregion wertete Staatsminister Huber die Bereitschaft zur Fortsetzung der kooperativen Zusammenarbeit: „Ich übernehme gerne den Vorsitz des Flughafen-Forums und engagiere mich aus Überzeugung für die weitere erfolgreiche Entwicklung des Jobmotors Flughafen und der Region.“

## Nötige Fortschritte

Der umfassende Ausbau der Verkehrsinfrastruktur kristallisierte sich immer mehr als die zentrale Herausforderung der Flughafenregion heraus. „Angesichts des prognostizierten Verkehrswachstums sind echte, zeitnahe Fortschritte bei Schiene und Straße dringend notwendig“, betonte Huber. „Ich setze mich persönlich für die vollständige Umsetzung des Schienepakets mit dem Erdinger Ringschluss, der Walpertskirchner Spange und einem Ausbau nach Mühldorf möglichst bis zur Inbetriebnahme der dritten Start- und Landebahn ein.“

Gefordert sei aber auch der Bund als Mitgesellschafter des Flughafens, mit dem in Kürze entsprechende Gespräche ge-

führt werden. Die Bayerische Staatsregierung werde nach der Stellungnahme des Nachbarschaftsbeirats im Sommer dieses Jahres ein Gesamtverkehrskonzept für die Region beschließen. Ein konstruktives Gesprächsklima zeichne die bisherige Arbeit des Nachbarschaftsbeirates aus, berichtete dessen Vorsitzende Edda Huther in einer ersten Bilanz der bisherigen Aktivitäten.

## Wohnungsmarkt

Die Entwicklung des Wohnungsmarktes war ein weiteres Schwerpunktthema der Sitzung. Probleme bestehen nach Aussage der kommunalen Vertreter vor allem aufgrund mangelnder preiswerter Wohnungen. Auf Vorschlag Hubers sollen die künftige Entwicklung und möglicher Handlungsbedarf untersucht und konkrete Initiativen entwickelt werden.

Über eine ganze Reihe von Aktivitäten und Initiativen konnte der Umlandbeauftragte des Münchner Flughafens, Florian Fischer, berichten. Die Unterstützung von Anliegergemeinden bei verkehrspolitischen Planungen, das Umland-sponsoring und Aktivitäten zur Direktvermarktung landwirtschaftlicher Produkte am Flughafen waren die aktuellen Highlights.

## „Regionalmarketing“

Ein wichtiger Schritt zur Stärkung der Region stellt auch das Projekt „Regionalmarketing“ der Landkreise und Städte Erding und Freising sowie des Flughafens dar, das Erdings Landrat Martin Bayerstorfer und ein Vertreter der Arbeitsgruppe präsentierten. „Hier zeigen sich die Früchte einer guten Zusammenarbeit“, lobte Huber, der empfahl, die Marketinginitiative zu einem echten Regionalmanagement auszubauen. **DK**

## § GZ Aktuelle Rechtsprechung §

# Gefahrenstelle als Ursache eines Sturzes

**Stürzt ein Fußgänger in unmittelbarer Nähe einer Gefahrenstelle, so liegt nach den Grundsätzen des Anscheinsbeweises der Schluss nahe, dass die Gefahrenstelle Ursache des Sturzes war. Das hat der Bundesgerichtshof (BGH) in einem Urteil vom 2. Juni 2005 (Az.: III ZR 358/04) bekräftigt.**

Im Streitfall machte ein Mann geltend, bei Dunkelheit in einer verkehrsberuhigten Straße gestolpert zu sein, weil die Pflasterung rund um einen im Boden verlegten Absperrhahn herausgerissen worden sei. Der verkehrssicherungspflichtigen Gemeinde sei dies bekannt gewesen, aber sie habe nichts zur Sicherung der Gefahrenstelle unternommen. Zum Zeitpunkt des Vorfalls sei die nahe stehende Straßentenne nicht erleuchtet gewesen.

## Klage zunächst abgewiesen

Die Vorinstanzen haben die Klage des Mannes gegen die Gemeinde noch abgewiesen, weil er infolge der Dunkelheit gar nicht habe bemerken können, welches Hindernis ihn zu Fall brachte und er das Loch im Boden erst am nächsten Tag bei einer Nachschau festgestellt habe. Somit könne er also gar nicht mit Bestimmtheit sagen, ob er im dem Loch zu Fall gekommen oder der Sturz durch andere, unbekannte Umstände bewirkt worden sei. Zudem liege ein Mitverschulden des Mannes vor, der sich bei ausgefallener Straßenbeleuchtung mit einer Taschenlampe auf die

Straße hätte begeben müssen.

## Gemeinde ist am Zug

Falsch, sagt der BGH. Wenn der Straßenbelag eine Gefahrenquelle aufweist, die nach allen Umständen des Falles die Ursache für den Sturz gesetzt haben könnte, dann ist nach dem Beweis des ersten Anscheins - also im Rahmen des Bemühens des gesunden Menschenverstands - auch davon auszugehen, dass dies tatsächlich die Ursache des Sturzes war. Wenn sich die Gemeinde exkulpieren will, dann muss sie den schlüssigen Gegenbeweis antreten. Der Beweis, ob die Gemeinde von dem gefährlichen Loch wusste oder nicht, muss auch diese führen und nicht der Geschädigte.

## Überzogene Forderung

Den Bürgern aufzugeben, bei Ausfall der Straßenbeleuchtung nur mit Taschenlampen auszugehen, wies der BGH als überzogen zurück. Der von Verkehrssicherungspflichtigen Betroffene bleibt damit auch künftig einem erhöhten Schadenserisikozusatzrisiko ausgesetzt. **mpa**

# Muss jeder fünfte Zug im Nahverkehr gestrichen werden ?

VDV fordert: Paket muss nachverhandelt werden

„Den Fahrgästen des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) in Deutschland droht: Künftig werden rund 20 Prozent weniger Züge fahren“, erklärte Prof. Dr.-Ing. Adolf Müller-Hellmann, Hauptgeschäftsführer des Verbandes Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV). Im Entwurf eines heute von der Bundesregierung beschlossenen Haushaltsbegleitgesetzes 2006 sei geplant, die vom Bund den Ländern für den ÖPNV nach dem Regionalisierungsgesetz zu zahlenden Mittel im Jahr 2006 um 106 Millionen Euro, im Jahr 2007 um 556 Millionen, im Jahr 2008 um 765 Millionen Euro und im Jahr 2009 um 876 Millionen Euro zu kürzen.

Dies bedeute insgesamt 2,303 Milliarden Euro zweckgebundene Mittel weniger für den ÖPNV in dieser Legislaturperiode, erläuterte Müller-Hellmann. Im Schnitt würden so in den Jahren 2007 bis 2009 die Mittel um zehn Prozent reduziert, die den Ländern vor allem für die Bestellung von Eisenbahnverkehrsleistungen zur Verfügung gestellt würden.

## Hoher Fixkostenanteil

„Zehn Prozent weniger Mittel haben aber Angebotskürzungen von bis zu 20 Prozent zur Folge“, erläuterte Müller-Hellmann. Erste Rechnungen hätten ergeben, dass wegen des hohen Fixkostenanteils das Angebot für die Kunden überproportional reduziert werden müsse. So blieben, wenn die Leistungen zurückgefahren würden, insbesondere die Kosten für die Infrastruktur, die gerade im Schienenverkehr eine große Rolle spielen, erhalten. Eine Kürzung bei den leicht anzupassenden Kostenkomponenten wie etwa beim Servicepersonal in den Zügen und den Ansprechpartnern vor Ort würde wiederum der Qualität des Angebotes für die Fahrgäste schaden.

## Grunderneuerungsbedarf

Klar sei auch, so der VDV-Hauptgeschäftsführer, dass Investitionen auf die lange Bank geschoben oder ausfallen müssten. Gutachterlicher Untersuchungen hätten ergeben, dass heute bereits ein enormer Investitions- und Grunderneuerungsbedarf im ÖPNV bestehe.

Eine Reduzierung der Mittel würden, betonte Müller-Hellmann, auch die Kunden bei den Fahrpreisen merken. Bereits in den letzten Jahren seien die Ausgleichszahlungen für rabattierte Ausbildungsverkehr um 120 Millionen Euro pro Jahr und die Ausgleichszahlungen für die unentgeltliche Beförderung schwerbehinderter Menschen um 90 Millionen Euro pro Jahr gekürzt worden. Nach Berechnungen des Verbandes seien jährliche Preissteigerungen von sechs Prozent erforderlich, um allein dies auszugleichen. Wenn jetzt die Kürzungen bei den Regionalisierungsmitteln hinzu kämen, seien Fahrpreis-Anhebungen im zweistelligen Prozentbereich notwendig. Dies mache den ÖPNV weniger attraktiv. Abwanderung von Fahrgästen wäre die Folge. Die Erfolge der Verkehrsunternehmen bei der Werbung neuer Kunden würden auf diese Weise verspielt. „Im Jahr 2005 ist die Zahl der Fahrgäste erneut um 1,5 Prozent auf inzwischen 9,37 Milliarden gestiegen“, so Müller-Hellmann.

## Folgen für die Umwelt

Eine solche Entwicklung würde auch erhebliche Auswirkungen auf die Umwelt haben, betonte Müller-Hellmann. Bereits ein Prozent weniger Fahrten im ÖPNV würden etwa 400 Millionen Fahrzeugkilometer mehr im ohnehin hoch belasteten Straßennetz bedeuten, was die Umweltbilanz des Verkehrs erheblich verschlechtern würde.

Von den Bürgerinnen und Bürgern werde immer mehr Flexibilität erwartet, etwa indem sie

längere Anfahrten zum Arbeitsplatz in Kauf nehmen müssten. Busse und Bahnen trügen dazu bei, diese Flexibilität zu ermöglichen. Arbeitgeber würden von der guten Erreichbarkeit ihrer Arbeitsstätten mit öffentlichen Verkehrsmitteln profitieren.

## Standortfaktor ÖPNV

Dass der ÖPNV ein nicht zu unterschätzender Standortfaktor sei, habe eine Untersuchung im Auftrag des VDV ergeben: Guter ÖPNV wurde sogar höher bewertet als die Nähe zu einem Verkehrsflughafen. Es mache gerade finanzpolitisch überhaupt keinen Sinn, betonte Müller-Hellmann, an der für eine moderne, arbeitsteilige Gesellschaft unerlässlichen Mobilität zu sparen.

Hinzu komme, dass die zu befürchtenden Angebotskürzungen im personalintensiven Nahverkehr auch einen Rückgang der Arbeitsplätze in der Branche zur

# City-Ticket jetzt in 86 Städten

Das gemeinsam vom VDV, der Deutschen Bahn sowie den beteiligten Verkehrsverbänden und Verkehrsunternehmen entwickelte City-Ticket wurde zum diesjährigen Fahrplanwechsel am 11. Dezember 2005 auf nunmehr 86 Städte ausgeweitet.

Mit der City-Ticket-Funktion können BahnCard-Besitzer am Zielort ihrer Bahnreise kostenlos mit Bus, Straßenbahn oder U-Bahn zu ihrer Zieladresse weiterfahren und bei ihrer Rückreise wieder kostenlos zum Abfahrtsbahnhof. Voraussetzung ist eine Reise über mindestens 100 km mit einer IC- oder ICE-Fahrkarte mit BahnCard-Ermäßigung. Seit Dezember 2004 gilt die CityTicket-Funktion auch für die Inhaber der Mobility BahnCard100 und damit für diese auch als Nahverkehrs-Jahresticket in den City-Gebieten dieser Städte.

## Umfassendstes Kombiticket

„Künftig wird das Kombiticket in Verbindung mit Fahrkarten des DB-Fernverkehrs in allen Städten mit mindestens 100.000 Einwohnern gelten“, erklärte VDV-Präsident Dipl.-Kfm. Günter Elste. „Das City-Ticket ist damit das umfassendste Kombiticket des ÖPNV in Deutschland.“

## Merklicher Ausbau

„Nur ein Jahr nach der ersten Erweiterung können wir dieses erfolgreiche Angebot erneut merklich ausbauen“, freut sich Dr. Karl-Friedrich Rausch, Vorstand Personenverkehr der Deutschen Bahn. „Seit dem Start im Dezember 2003 haben wir schon rund 40 Millionen Fahrkarten mit der City-Ticket-Option an unsere BahnCard-Kunden ausgegeben. Die Reaktionen unserer Kunden belegen die hohe Akzeptanz dieses Angebotes.“

## Zum Wohle der Kunden

„Wir wollen die mit dem City-Ticket eingeführte durchgehende Reisekette zwischen öffentlichem Personennah- und Fernverkehr in den kommenden Jahren zum Wohle unserer Kunden zu einem noch umfassenderen Angebot ausweiten“, betonte Elste. Derzeit würden verschiedene Möglichkeiten dazu erörtert. Folgende Städte kommen seit Mitte Dezember 2005 hinzu: Bergisch-Gladbach, Cottbus, Erlangen, Gera, Gütersloh, Hildesheim, Ingol-

Stadt, Iserlohn, Jena, Kaiserslautern, Koblenz, Moers, Pforzheim, Reutlingen, Salzgitter, Siegen, Trier, Witten, Zwickau. □

## Kontraproduktive Kürzung

Dies alles zeige, dass eine Kürzung der Regionalisierungsmittel nach dem Rasenmäherprinzip kontraproduktiv sei. Die Erfolgsgeschichte von Bahnreform und Regionalisierung seit 1994 mit 27 Prozent mehr Verkehrsleistung und 35 Prozent mehr Fahrgästen bei einem Anstieg der Finanzmittel um weniger als 15 Prozent würde damit grundsätzlich in Frage gestellt. Kürzungen in diesem Umfang würden zu irreparablen Schäden führen, betonte Müller-Hellmann. Der VDV fordere, dass das Haushaltsbegleitgesetz in diesem Punkt dringend nachverhandelt werden müsse. Jetzt komme es darauf an, dass Bund und Länder bei der jetzt anstehenden Vereinbarung über die Höhe der für den ÖPNV zur Verfügung stehenden Mittel letztlich eine Antwort auf die Frage geben, welche Qualität des ÖPNV sie für erforderlich halten und wie sie diese Qualität dauerhaft finanzieren wollen. □

## Feierliche Verkehrsfreigabe:

# Westabschnitt Autobahnring München

„Nach rund 70-jähriger Geschichte des Autobahnringes können wir uns heute freuen, dass eines der wichtigsten Autobahnprojekte in Bayern fertig gestellt ist“, betonte Finanzminister Prof. Dr. Kurt Falthaus in Vertretung von Innenminister Dr. Günther Beckstein anlässlich der feierlichen Verkehrsfreigabe der A 99 West in München.

Nachdem bereits im November 2005 ein erster Abschnitt bei Germering mit Anschluss an die A 96 unter Verkehr ging, ging am 19. Februar im Laufe des Vormittags der gesamte 6,2 Kilometer lange Westabschnitt unter Verkehr. Die neue vierstreifige Autobahn verbindet die Stuttgarter mit der Lindauer Autobahn. Der Westabschnitt kostet einschließlich Grunderwerb und der Spange der B 2 nach Germering rund 170 Millionen Euro. Davon entfallen 85 Millionen Euro auf den knapp zwei Kilometer langen Tunnel bei Aubing und 34 Millionen Euro auf den Grunderwerb.

Über den Westabschnitt sollen, so die Prognose für das Jahr 2015, täglich bis zu 80.000 Fahrzeuge rollen. „Die Zahl veranschaulicht, wie notwendig und dringend der Westring ist. Dieser Verkehr belastet bis heute das Münchner Straßennetz ebenso wie das der Umlandgemeinden. Der neue Westabschnitt wird daher nicht nur den westlichen Mittleren Ring Münchens entlasten und die teils unzumutbaren Verkehrsverhältnisse im Münchner Westen verbessern, sondern auch zu Verkehrsabnahmen im Bereich der Stadt Germering sowie der Gemeinden Gröbenzell und Puchheim

beitragen“, hob Falthaus hervor. Die Entlastung erstreckt sich hinaus bis zur B 471 bei Olching, die bisher manche als Umfahrung des Münchner Raums nutzen. Insbesondere auch am bisherigen Autobahnende der A 99 an der Lochhausener Straße wird sich die Verkehrslage entspannen. Neben der großflächigen Entlastung des Münchner Westens bindet der Westabschnitt das Allgäu, das Fünf-Seen-Land und das westliche Oberland an die von München aus weiterführenden Autobahnen und damit auch besser an den Münchner Flughafen an.

Das größte Bauwerk des Westabschnitts ist der 1.935 Meter lange Tunnel Aubing. Der Tunnel ist erheblich länger, als es nach den Erfordernissen des Bundesimmissionsschutzgesetzes nötig wäre. Zur Sicherheit im Tunnel sind zahlreiche Betriebs- und Sicherheitseinrichtungen nach dem neuesten Stand der Technik eingebaut. So erfasst z. B. eine Videoüberwachung automatisch Staus, Fußgänger auf der Fahrbahn, anhaltende oder falsch fahrende Fahrzeuge sowie Rauch im Tunnel. Die technische Tunnelausstattung einschließlich der Verkehrstechnik kostet rund 15 Millionen Euro. □

## Schwäbische Landrätetagung:

# Plädoyer für attraktive Bahn

Bei der Arbeitstagung der schwäbischen Landräte in Bad Wörishofen sorgte der Plan der Staatsregierung, die regionalen Bahnausbaustrecken Schwabens nicht mehr im neuen Landesentwicklungsprogramm (LEP) aufzuführen, für reichlich Diskussionsstoff.

Die Landräte unter Vorsitz des Augsburger Landrats Dr. Karl Voegelé fordern vom bayerischen Verkehrsminister Erwin Huber die Aufnahme der Ausbaustrecken in das Landesentwicklungsprogramm. Zwischenzeitlich hat bereits der Oberallgäuer Landrat Gebhard Kaiser ein entsprechendes Schreiben an Huber gerichtet. Die Landräte befürchten eine Benachteiligung ganz Schwabens, wenn im neuen LEP nur noch steht, der Ausbau des Schienennetzes für den Nahverkehr sei „möglichst fortzusetzen“. Die Leistungsfähigkeit der Verkehrsinfrastruktur entscheide über die Zukunftsfähigkeit der Region. Mobilität sei unverzichtbar für wirtschaftliches Wachstum und für den Erhalt und die Schaffung von Arbeitsplätzen, so die Landräte. Einige Regionen sind ohnehin vom attraktiven Bahnfernverkehr abgeschnitten, da die Strecken nicht elektrifiziert sind. Umso wichtiger seien gute Anschlüsse an den Fernverkehr in Ulm, Augsburg und München.

Die Landräte befürchten massive zeitliche Verzögerungen beim Bahnausbau, falls die Auflistung der Strecken, die bevorzugt ausgebaut werden sollen, gestrichen werde. „Ein erneutes Hin und Her bei den Zuständigkeiten würde uns wieder zurückwerfen“, so Kaiser. Die Landräte fordern außerdem, dass die Elektrifizierung der Bahnstrecke München - Buchloe - Memmingen - Lindau vom Freistaat mit Nachdruck vorangetrieben wird.

„Wir brauchen attraktive Bahnen in Schwaben mit optimaler Anbindung an den Fernverkehr. Sonst könnten immer mehr Reisende auf die Bahn verzichten“, lautet die Sorge der schwäbischen Kreisoberhäupter. □



## Wir bleiben bayerisch. Versprochen.

Kundennähe hat auch etwas mit Entfernung zu tun. Viele bayerische Kommunen und kommunale Unternehmen wissen das. Deshalb bleiben wir von der BayernLB auch in Zukunft Herr im eigenen Haus – und die Geschäftsstellen unserer Sparkassenpartner überall in Bayern für Sie erreichbar. Versprochen. Die Sparkassen-Finanzgruppe Bayern: Ihr Partner im Kommunalgeschäft.

Finanzgruppe Bayern



Mercedes-Benz Unimog:

## Im Noteinsatz bei Jahrhundert-Wintereinbruch

Die besondere Unimog-Geländefähigkeit ermöglichte Durchkommen unter schwierigsten Bedingungen

Wörth/Region Münsterland - Es sind die speziellen und einzigartigen Fähigkeiten der Mercedes-Benz Unimog-Allrad-Fahrzeuge, die bei der Bewältigung der Schneekatastrophe im Münsterland eine wichtige Rolle spielten: Die extreme Geländegängigkeit durch Allradantrieb, die große Verwindungsfähigkeit des Rahmens, hohe Bodenfreiheit durch die Portalachsen, die vielfältigen Aufbaumöglichkeiten für Zusatzgeräte und der Einsatz als schnelllaufende Zugmaschine, die das Einsatzgebiet schnellstens erreichen kann, um dort dann unter schwierigsten Bedingungen Arbeits- bzw. Transportaufgaben sofort in vollem Umfang zu erledigen.

Die Region wurde vom schlimmsten Wintereinbruch in einem November überrascht, den die Wetteraufzeichnungen bis dato verzeichneten. Binnen weniger Stunden mussten die Einwohner auf alles verzichten, was die heutige Zivilisation vom Mittelalter unterscheidet, z. B. Licht und Wärme.

### Zerstörtes „Nervensystem“

Als unverzichtbar zeigte sich nun die Unterstützung der hochmobilen Unimog-Baureihe bei den Instandsetzungsarbeiten an dem zerstörten Hochspannungs-Stromnetz, welches - für den Bürger selbstverständlich - das „Nervensystem“ der modernen Industriegesellschaft darstellt. Von der Versorgung mit Strom hängt das Wohl einer gesamten Region ab. Städte, Krankenhäuser und Betriebe aller Art sind von der sicheren Versorgung mit elektrischem

Strom abhängig. Kommt es zu Schäden im Netz, muss der Betreiber so schnell wie möglich für eine Reparatur sorgen. Zeitliche Verzögerungen, die beispielsweise auf eine geländebedingte Nichterreichbarkeit zurückzuführen wären, sind hierbei nicht akzeptabel. Deswegen wird für die Instandsetzung von Stromleitungen durch die Energieversorgungsunternehmen der hochgeländegängige Unimog eingesetzt.

### Unimog der Energieversorger

Eine besondere Rolle spielten die speziell ausgestatteten Unimog der Energieversorgungsunternehmen, die auch aus dem gesamten Bundesgebiet gerufen wurden. Der regionale Versorger, die RWE Westfalen-Weser-Ems AG, setzte alle verfügbaren Kräfte ein, um die durch die außergewöhnliche Wittersituation mit teilweise heftigen

Schneefällen und schweren Sturmböen verursachte Störung der Stromversorgung schnellstmöglich zu beheben. Betroffen waren insgesamt 25 Kommunen mit rund 250.000 Einwohnern im westlichen Münsterland. In der Region waren rund 50 Hochspannungsmasten nicht mehr funktionstüchtig. Unter der tonnenschweren Last der vereisten Stromkabel sind die mächtigen Überlandstrommasten zusammenknickt. Autofahrer und Fußgänger wurden durch frei liegende Starkstromkabel in erhebliche Gefahren gebracht.

### Im Dauereinsatz

Die Mitarbeiter des Netzservice und Bereitschaftsdienstes der RWE waren Tag und Nacht im Dauereinsatz um die z.T. über fünf Nächte dauernde Stromunterbrechung für die mehreren hunderttausend Bürger zu beheben. Ein eingesetzter U 2150 der RWE wurde für den Transport von Hubsteigern auf Kettenfahrzeugstellern und Teilen der riesigen Strommasten eingesetzt. Über vereiste und verschneite Strassen konnte der Unimog einen seiner vielen Vorteile ausspielen, nämlich schnellstens das Material über die großen Distanzen an die Einsatzorte heranzuführen. Vor

Ort empfing die Mannschaft oft eine Mischung aus Schnee und rutschigem Matsch, in dem andere Einsatzfahrzeuge sich oft eingruben und vom allradangetriebenen Unimog freigeschleppt werden mussten. An den Stümpfen der ehemals hohen Überlandmasten angekommen, konnte das Material mit dem bordeigenen Ladekran vom Anhänger bzw. von anderen Transport-Lkw entladen werden. Zeitgleich wurde ein nagelneu gelieferter Unimog 500 mit langem Radstand, Palfinger-Kran und Rotzler-Winde vom RWE-Netzservice und Bereitschaftsdienstes einsatzfertig gemacht, um die Infrastrukturarbeiten an anderen Stellen tatkräftig zu unterstützen bzw. um für Notfälle an anderen neu auftretenden Brennpunkten des zum Katastrophengebietes erklärten Münsterlandes bereit zu stehen.

### Unübersehbare Vorteile

Die ausgeprägte Geländegängigkeit und hohen Fahrgeschwindigkeiten auf der Straße sind die bekannten Vorteile des Unimog. Darüber hinaus wird aber auch der Betrieb der Wartungsfahrzeuge mit geringstmöglichen Flurschäden gefordert. Beispielsweise dort, wo Hochspannungsmasten auf landwirtschaftlich genutzten Flächen stehen. Hier müssen die hochmobilen Unimog mit minimalen Bodendrücken die Flächen befahren, was ihnen dank der auf Wunsch erhältlichen, großvolumigen Hochstollenreifen sowie der ab Werk angebotenen, während der Fahrt bedienbaren Reifendruck-Regelanlage auch hervorragend gelingt.

Schwierige Einsätze abseits aller Straßen und Wege sind das Metier der Unimog-Baureihe. Sie verbindet traditionelle Unimog-Eigenschaften wie Solidität, Langlebigkeit, Zuverlässigkeit und das fast schon legendäre Allradkonzept mit modernster Motoren- und Getriebetechnik und bester Ergonomie. Der Unimog verfügt über eine Steigfähigkeit bis 100 Prozent (das entspricht 45 Grad Steigung), große Böschungswinkel und Bodenfreiheit und waten durch bis zu 1,20 m tiefe Gewässer. Der Unimog zeichnet sich zudem im schwersten Gelände durch seine Bauchfreiheit und seine hohe Kippsicherheit aus.

### Das Unimog-Konzept

Ihre im Wettbewerbsvergleich konkurrenzlos hohe Geländetauglichkeit verdanken die Unimog unter anderem ihrem Rahmenkonzept. Eine extreme Verwindungsfähigkeit bildet eine der Voraussetzungen, dass sich ein Radfahrzeug überhaupt noch in einem Gelände fortbewegen kann, das bestenfalls von Kettenfahrzeugen zu bezwingen ist. Wesentliche Voraussetzung der Verwindungsfähigkeit ist die Dreipunktlagerung von Motor, Getriebe, Fahrerhaus und Aufbau. Sichtbar wird diese Spezialität im Gelände, wenn sich Aufbau oder Gerät deutlich gegenüber dem Fahrerhaus verschränken.

Nicht minder entscheidend für die unschlagbare Geländetauglichkeit ist das Fahrwerk. Portalachsen mit Einzelradaufhängung schaffen große Bodenfreiheit, die Achsführung mittels Schubrohr, Querlenker in Verbindung mit Schraubenfedern erlaubt lange Federwege und Achsverschränkungen bis zu 30 Grad. Der Allradantrieb ist zuschaltbar, die lastschaltbaren Differenzialsperren in Vorder- und Hinterachse vergrößern den Vortrieb. Für den Unimog ist eine Reifendruck-Regelanlage lieferbar, die in Verbindung mit der Druckluftanlage des Fahrzeugs ganz nach Bedarf den Luftdruck der Reifen senkt oder erhöht.



Mercedes-Benz Unimog U 2150 mit Kran vor Strommast. □

### Bei allen Einheiten vor Ort

Tausende von Hilfs- und Einsatzkräften der Feuerwehren, dem Technischen Hilfswerk, dem Roten Kreuz, Straßendienst, Bereitschaftspolizei und der Bundeswehr wurden aus dem gesamten Bundesgebiet angefordert. Bei allen Einheiten dabei war der Mercedes-Benz Unimog, mal als Transportfahrzeug oder als Zugmaschine für schweres Räumgerät oder Notstromaggregate oder als Träger eines Kranes zur Hindernisbeseitigung. Des Weiteren wurden Rüstwagen und Werkstattwagen der Feuerwehr und des THW eingesetzt, um die Arbeiten der RWE, z. B. bei Schweißarbeiten im Freien, zu unterstützen. Hunderte von Notstromaggregaten wurden mit Unimog des THW zu entlegenen Bauernhöfen gefahren, die notwendige kontinuierliche Nachbetankung der Stromaggregate geschah ebenfalls durch Unimog des THW und der Bundeswehr.

Pionier-Unimog und Rüstwa-

gen sägten Bäume und Bruchholz, um blockierte Bahnlinien wieder frei zu machen. Unimog der Autobahnmeistereien und Straßendienste versuchten mit Unimog-Schneepflügen und Unimog-Streufahrzeugen unpassierbare Straßen für die Bevölkerung und die einrückenden Einsatzkräfte von den Schneemassen zu befreien. Das Rote Kreuz, Malteser und Johanniter transportierten mit ihren Unimog Feldebetten zu den Gemeindefällen der betroffenen Regionen, damit die Bevölkerung aus ihren ausgekühlten Häusern in warme Schlafunterkünfte ziehen konnte bzw. etwas Warmes zu essen bekam.

Die neuen Unimog 4000-Doppelkabine der Länderpolizeien, ausgestattet mit Räumschild und Auslegekran, öffneten die mit Bruchholz blockierten Waldwege, damit die anderen Hilfsfahrzeuge an ihr Einsatzgebiet gelangen konnten, wie z.B. die Unimog-Fahrzeuge des RWE-Netzservice und Bereitschaftsdienstes auf der Fahrt zu einem zerstörten Strommasten. □



NEU!

## Beck-KOMMUNALPRAXIS Bayern plus

Die erste umfassende Online-Lösung für Gemeinde-, Stadt- und Kreisverwaltungen ...

Jeweils mehrere tausend Seiten landesspezifische Kommentierungen und Darstellungen ...

### → PRAXIS DER KOMMUNALVERWALTUNG

Die PRAXIS DER KOMMUNALVERWALTUNG ist das seit Jahrzehnten bewährte Standardwerk mit ca. 36.000 Seiten zu allen bedeutsamen Rechts- und Arbeitsgebieten der kommunalen Verwaltung in Bayern. Kompetente und erfahrene Fachleute aus den zuständigen Ministerien, kommunalen Spitzenverbänden, Verwaltungsbehörden und der sonstigen Rechtspraxis gewährleisten ein Höchstmaß an Informationsgehalt und Rechtssicherheit.

### Kommentierungen und Darstellungen

Landesspezifisch aufbereitet und ausführlich erläutert enthält das Werk an den Anforderungen der Praxis orientierte Kommentare und systematische Darstellungen zu den Rechts- und Verwaltungsvorschriften von Bund, Ländern und Kommunen - jetzt erstmals auch online. Hier finden Sie das richtige Rüstzeug für den Verwaltungs-Alltag, gegliedert in die zentralen Bereiche

- Kommunalverfassung, Dienstrecht, Finanzen, Allgemeines - Wirtschaft, Vergabe und Verkehr - Sicherheit und Ordnung - Soziales, Gesundheit, Schule und Kultur - Bauwesen, Umwelt und Natur.

... dazu das große Beck-Plus: Gesetze, Rechtsprechung, Zeitschriften

### → Beck'sche Gesetze Digital Bayern, Bund, EU

- Landesrecht im Umfang der Beck'schen Loseblatt-Textsammlungen Ziegler/Tremel, Verwaltungsgesetze des Freistaates Bayern - immer auf dem neuesten Stand
- rund 1.500 Gesetze und Verordnungen des Bundes (Schönfelder, Sartorius, Nipperdey I, Aichberger SGB ...)
- die rund 200 wichtigsten internationalen und EU-Vorschriften.

### → Rechtsprechung aktuell und im Volltext, mit Schwerpunkten VGH, OVG und BVerwG

### → Die Top-Zeitschriften komplett und aktuell

NVwZ seit 1982, NVwZ-RR ab 1988, LKV ab 1991  
Beck-KOMMUNALPRAXIS plus ist die kompetente und zuverlässige Online-Arbeitshilfe für alle haupt- und ehrenamtlich Tätigen bei Gemeinde-, Stadt- und Kreisverwaltungen, Verwaltungsgemeinschaften, Ämtern, Verbänden, Verwaltungsschulen, Gerichten, sämtliche Kommunalpolitiker und alle mit dem öffentlich-rechtlichen Bereich befassten Personen und Institutionen sowie (Fach-)Anwälte.

### Außerdem verfügbar:

Beck-KOMMUNALPRAXIS plus für Baden-Württemberg, Brandenburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein, Thüringen.

Ab 11 Euro/Monat

→ Infos/4-Wochen-Test: [www.beck-online.de](http://www.beck-online.de)

beck-online  
DIE DATENBANK

In Kooperation mit dem Gemeinde- und Schulverband Bayern



Der neue Einsatzleitwagen der Hamburger Feuerwehr auf Basis des Überlandbusses Mercedes-Benz Integro fällt mit seiner Folienbeklebung bereits optisch deutlich auf. Am Heck des Busses ist eine stabile Halterung mit Leiter, ausklappbarer Arbeitsplattform und einem 12 m-Teleskopmast für Antennen und Rundum-Kennleuchte angebracht. Bild: DaimlerChrysler

# Größer, länger, sicherer - der neue Mercedes Sprinter

**Höher, länger, aber in der Nutzlast nicht gewichtiger kommt der neue Transporter von Mercedes-Benz, der Sprinter auf den Markt und dazu in einer kräftig aufgefrischten Optik. Aufgefächert nach Motorisierungen, Nutzlastklassen, Radständen, Kabinen und Ausstattungen gibt es mehr als 1000 verschiedene Varianten.**

Der schwerste Sprinter hat ein zulässiges Gesamtgewicht von fünf Tonnen, der leichteste eines von drei. Damit entfällt künftig der Sechsstonner. Allerdings weist der Sprinter in der längsten und höchsten Fassung 17 Kubikmeter Laderaum auf, ein Angebot, das natürlich auf die Sparte der Paketdienstleister zielt.

## Pritschenwagen

Im kommunalen Bereich eher interessant sind die Pritschenwagen im kleinen und mittleren Radstand und die Doppelkabine im mittleren Radstand. Die Nutzlast bewegt sich zwischen 960 Kilogramm und 2,7 Tonnen

(jeweils Kastenwagen). Da Mercedes-Benz auch den neuen großen VW-Transporter entwickelt und baut, gibt es derzeit eine Doppelpremiere. Der Nachfolger des Volkswagen LT heißt Crafter.

## Adaptives ESP

Der neue Sprinter bietet noch mehr Sicherheitstechnik als der bereits vorbildliche Vorgänger. Das Adaptive ESP (Elektronisches Stabilitätsprogramm, jetzt unter Berücksichtigung des jeweiligen Beladungszustandes mit Massen- und Schwerpunktmittlung), Anfahrassistent (kein Zurückrollen beim

Anfahren), verbesserte Ladungsicherung im Kastenwagen, Kurvenlicht und bis zu vier Airbags werten ihn auf. Ganz neue Dieselmotoren in der Leistung zwischen 88 und 184 PS sorgen für viel Vorschub bei niedrigen Drehzahlen und erfüllen die gerade erst in Kraft getretene Abgasnorm Euro IV für Nutzfahrzeuge. Der Russpartikelfilter gehört dazu.

## Die richtige Wahl

Alle Dieselmotoren sind mit Automatik kombinierbar. Mehr für die große Langstrecke sind der V6-Diesel mit 184 PS und ein V6-Benziner mit stolzen 258 PS - letzterer ist eigentlich mehr für den US-Markt gedacht. Die richtige Wahl für den kommunalen Fuhrpark sind erfahrungsgemäß die kleineren Dieselmotoren.

## Verbessertes Fahrwerk

Auch das Fahrwerk erfuhr grundlegende Verbesserungen, so in Gestalt verringerter Wankneigung dank einer verbesserten Hinterachse - die Verwandtschaft zum Pkw wird immer offenkundiger und das nicht nur angesichts der aktuellen Umstrukturierung im Hause DaimlerChrysler, wo ja demnächst der Pkw-Bereich für die Transporter verantwortlich ist. Technische Standards und Entwicklungsarbeiten entsprechen denen der Pkw, unter anderem auch die hohen Anforderungen an die Crashtests.

## Preise auf Vorgänger-Niveau

Verfügbar wird der neue Sprinter ab April sein, die Preise, so ist es angekündigt, sollen sich bereinigt um zusätzliche Ausstattungen, auf dem Niveau des Vorgängers bewegen, der es übrigens in elf Jahren auf 1,3 Millionen Exemplare gebracht hat. Die Preisspanne der alten Baureihe bewegt sich zwischen



**Für Kommunen interessant: Neuer Mercedes Sprinter mit Doppelkabine.**  
Foto: Mercedes-Benz

22.000 und 31.000 Euro (jeweils Kastenwagen).

## Merkmale

Volkswagen hat nun den gesamten Transporterbau oberhalb von 2,8 Tonnen zulässiges Gesamtgewicht abgegeben. Aus eigener Kraft steuert VW aber Motoren bei. Es sind drei Fünfzylinder-Diesel aus der TDI-Reihe

mit 109, 136 oder 164 PS. Wie schon in der Vorgängerbauweise unterscheiden sich Mercedes und Volkswagen in der Optik durch verschiedene „Gesichter“, außerdem hat der VW nicht das weiter entwickelte ESP. Der Crafter schaut bullig drein, der Mercedes eher freundlich lächelnd - etwas Unterscheidung muss eben sein.

Matthias Röcke

Der Unimog.



## Besser abschneiden.

► Bei üppigem Grün wird's ihm zu bunt - dem Unimog U 300/U 400/U 500. Dann greift er scharf durch und sorgt für Ordnung an Böschungen und am Fahrbahnrand. Mit allem, was dazugehört zum professionellen Mäheinsatz: integrierte Geräteantriebe und -steuerungen, 4 An- und Aufbauräume, leistungsstarke Frontzapfwelle und Komfortkabine. Auf Wunsch auch mit vollverglaster Mähtür, Drehsitz und VarioPilot®, der Unimog-Wechsellenkung für den effektiven Ein-Mann-Betrieb.

► Doch nicht nur bei der Pflege des Straßenbegleitgrüns

schneidet der Unimog U 300/U 400/U 500 bestens ab. Auch von Reinigen über Straßenbau bis hin zum Winterdienst bietet Ihnen das Unimog-Geräteträgerkonzept passgenau, was Sie für Ihre kommunalen Arbeiten brauchen: ungebremste Dynamik, unvergleichliche Multifunktionalität und höchste Auslastung im Ganzjahreseinsatz - alles auf perfekte Weise verbunden. Das Ergebnis: Meter für Meter das gute Gefühl, sich auf überlegene Technologie verlassen zu können.

► Sie wollen mehr wissen? Weitere Informationen über den

Unimog erhalten Sie bei Ihrer Unimog-Generalvertretung. Oder im Internet unter: [www.mercedes-benz.com/unimog](http://www.mercedes-benz.com/unimog)  
**Mehr bewegen. Unimog.**



Mercedes-Benz

## Stadt Gersthofen baut auf Erdgas

Die Energiepolitik der Bundesrepublik setzt auf Sicherheit in der Versorgung, Stabilisierung der Energiepreise und Erfolge im Klimaschutz gleichermaßen. Die wichtigste Strategie der kommenden Jahre, so Bundesumweltminister Sigmar Gabriel, ist die Energieeinsparung. „Eine ambitionierte Umweltpolitik auf dem Energiesektor ist deshalb die beste Wirtschaftsförderung. (...) Unter den fossilen Energieträgern ist Erdgas der bei weitem klimafreundlichste Energieträger. Erdgas emittiert etwa nur halb soviel CO<sub>2</sub> wie Braunkohle“, führt Gabriel weiter aus.

Dies hat die Stadtverwaltung in Gersthofen längst erkannt und setzt bereits seit 1981 auf die umweltschonende Energie Erdgas. Eines der erklärten Ziele der Stadtführung ist es, Gersthofen als Wirtschaftsstandort zu festigen und weiter zu entwickeln und dabei spielt eine effiziente Energieoptimierung eine herausragende Rolle.

### Vorbildfunktion

Siegfried Deffner, Gersthofens Bürgermeister betont: „Gersthofen als aufstrebender Wirtschaftsstandort mit über 20.000 Einwohnern setzt auf umweltschonendes und nachhaltiges Handeln. Die optimale Energieeffizienz von Erdgas soll zum einen die kommunalen Kassen entlasten aber auch Ressourcen und damit unsere Umwelt schonen. Die Stadt hat hier ganz klar eine Vorbildfunktion. Und auch privat vertraue ich auf Erdgas als eine von Haus aus umweltschonende Energie.“

Die Stadt Gersthofen bietet Industriebetrieben gute Bedingungen für Ansiedlung und Entwicklung und sichert den Gersthofenerinnen und Gersthofener die Grundlagen für eine hohe Lebensqualität.“

### Steigende Nachfrage

Georg Radlinger, Leiter des Kommunalkundenmanagements von erdgas schwaben stimmt dem zu: „Die Nachfrage nach Erdgas steigt kontinuierlich. Über 75 Prozent aller Neubauwohnungen werden heute mit einer Erdgasheizung ausge-

stattet. Eine moderne Gas-Brennwertheizung verbraucht bis zu 40 Prozent weniger Brennstoff im Vergleich zu einer alten Anlage und das bei deutlich niedrigeren Emissionswerten. Das schont Umwelt und Geldbeutel gleichermaßen. So kann jeder seinen Beitrag zum Umweltschutz leisten und sogar trotz weltweit steigender Energiekosten deutlich sparen. Die nächste Heizkostenrechnung wird es zeigen.“

### Umweltschonende Energie

erdgas schwaben versorgt seit über 50 Jahren die Region Schwaben mit Erdgas. Im Frühjahr 1952 gegründet, baut der Energieversorger sein Leitungsnetz ständig weiter aus. Heute umfasst das Netz über 4.500 Kilometer in ganz Schwaben und versorgt 165 Städte und Gemeinden in der Region. Eine davon ist seit vielen Jahren die Stadt Gersthofen. Entstanden aus einem idyllischen Bauernhof entwickelte sich die Stadt bald zu einem aufstrebenden Wirtschaftsstandort. Heute lässt sich's gut leben und arbeiten in Gersthofen mit seinem weltweit einmaligen Ballonmuseum, dem vielfältigen Kultur- und Freizeitprogramm und der optimalen Infrastruktur für Gewerbe und Industrie.

Georg Radlinger ist überzeugt: „Aufgrund der hohen technischen Standards sowie der Zuverlässigkeit moderner Erdgasgeräte hat Gersthofen mit Erdgas eine sichere, saubere und umweltschonende Energie gewählt.“



Der neue moderne erdgas schwaben Bus.

## Bobo I fährt, wenn Mamas Taxi es nicht mehr schafft

Taufe des neuen erdgas schwaben Busses von Z-Mobility durch Bobings 1. Bürgermeister Müller

Designer haben den Bus ganz in den Farben des Unternehmens erdgas schwaben blau und orange gestaltet. Außerdem ist der moderne Bus mit einer ausfahrbaren Hebebühne ausgestattet: „So können auch Rollstuhlfahrer problemlos einsteigen und die Fahrt im Überlandlinienbus genießen“, freute sich Werner Ziegelmeier.

„Der Bus wird künftig auch Vereinen für ihre Jugendarbeit und anderen gemeinnützigen Einrichtungen zur Verfügung stehen“, skizzierte Dr. Christian Blümm, Marketingleiter erdgas schwaben das Sponsoringkonzept.

Die ersten beiden Gutscheine für einen Ausflug im neuen erdgas schwaben Bus überreichte Klaus Peter Dietmayer, kaufmännischer Geschäftsführer

von erdgas schwaben, gleich vor Ort an Kinder des Waldwichtel-Kindergartens der Arbeiterwohlfahrt und Bewohner des AWO-Seniorenheims in Bobingen.

Ebenfalls extra zur Bustaufe reist Namensvetter Bobo aus Berwang in Tirol an. Bobo ist ein Pinguin, in Berwang als Maskottchen tätig und sorgte am Taftag für Spaß bei Jung und Alt.



V. l.: Sigmar Gabriel, Jürgen F. Ephan und Dr. Armin Vogel.

## FAUN und Nehlsen in Dubai und Abu Dhabi

Deutsch-Arabische Expertenkommission tagte am Rande des globalen Umweltministerforums

Vom 7. bis 8. Februar 2006 waren die beiden deutschen Unternehmen FAUN und Nehlsen eingeladen, Bundesumweltminister Sigmar Gabriel auf seiner Reise nach Dubai und Abu Dhabi zu begleiten. Ziel des Besuchs war die Teilnahme Gabriels am globalen Umweltministerforum des UN-Umweltprogramms UNEP in Dubai. In diesem Zusammenhang nutzte der Bundesumweltminister auch die Gelegenheit, die bilaterale Zusammenarbeit im Umweltsektor, die Deutschland und die Vereinigten Arabischen Emirate bereits im vergangenen September vereinbart hatten, fortzuführen.

Dieses Umfeld bot den Vertretern von FAUN und Nehlsen die ideale Möglichkeit, mit hochrangigen Vertretern aus Wirtschaft und Umwelt der VAE zusammen zu treffen und über fachspezifische Fragestellungen zu diskutieren. Es wurden vorwiegend Abfallwirtschaftsthemen, aber auch Umweltaspekte wie beispielsweise erneuerbare Energien behandelt.

### Neue Kontakte

Dr. Armin Vogel, Geschäftsführer der FAUN Umwelttechnik GmbH & Co. KG, bewertete diese Reise als außerordentlich positiv. Sie zeichnete sich durch ein hervorragendes abgestimmtes Themenangebot und erstklassige Gesprächspartner aus. Es konnten sowohl bestehende Kontakte vertieft, als auch neue, viel versprechende Kontakte geknüpft werden, die die bereits bestehenden Geschäftsbeziehungen in dieser Region sicherlich noch einmal deutlich nach vorne bringen werden. Jürgen F. Ephan, Geschäftsführer der Nehlsen-Plump GmbH & Co. KG, sieht durch die Anstrengungen auf höchster Ebene gute Chancen, die Projekte beider Länder in erfolgreiche Bahnen zu lenken.

### Attraktives Betätigungsfeld

Der rasante Wachstumsprozess, insbesondere der Vereinigten Arabischen Emirate, bietet ein hoch attraktives Betätigungsfeld für spezialisierte Unternehmen der Entsorgungsbranche. Denn auch im Mittleren Osten haben Produkte und Dienstleistungen aus Deutschland einen hervorragenden Ruf. So ist die FAUN Gruppe in der Golfregion schon seit einigen Jahren stark vertreten.

Die FAUN Gruppe behauptet sich bereits seit Jahren erfolgreich als führender Hersteller für Entsorgungstechnik. In Europa belegt der niedersächsische Aufbauerhersteller den er-

sten Rang und konnte seinen Umsatz in 2005 gegenüber dem Vorjahr deutlich steigern. Die Nehlsen AG betreibt mit ihren Kerngeschäftsfeldern Abfallwirtschaft, Abwasserwirtschaft, Handel & Logistik, Facility Management sowie weiteren Dienstleistungen, ein international operierendes Unternehmen. Mit 2500 Mitarbeitern konnte in 2004 ein Umsatz von 175 Mio. Euro erwirtschaftet werden, welcher der Nehlsen AG einen Platz unter den Top Ten der Branche sichert.

### Schmidt Gruppe und Allianz Madvac:

## Vertriebspartnerschaft vereinbart

Die Schmidt Gruppe hat einen Vertriebspartnervertrag mit dem kanadischen Kehrmaschinenhersteller Allianz Madvac unterzeichnet.

Diese Partnerschaft gibt der Schmidt Gruppe innerhalb von Europa Zugriff auf die gesamte Produktlinie von Madvac. Schmidt bekommt damit die exklusiven Vertriebsrechte in Deutschland, Großbritannien, Frankreich, Italien, Spanien, Niederlande, Belgien, Luxemburg, Polen, Türkei sowie Serbien & Montenegro.

### Produktlinien ergänzen sich

Die Partnerschaft wird durch die Tatsache verstärkt, dass sich die Produktlinien beider Firmen gegenseitig ergänzen. Im ersten Schritt vertriebt Schmidt zwei Produkte von Madvac, darunter eine neu entwickelte 1m3 Kompaktkehrmaschine. Aufgrund des deutlichen Einflusses von Schmidt in den letzten Phasen der Entwicklung, wird dieses Produkt als Swingo 100 vermarktet.

Die bekannte Madvac PS300, eine handgeführte Kehrmaschine für Fußgängerzonen, bekommt den Namen Citygo 30. Durch diese beiden neuen Pro-

### Landkreis Regensburg:

## Mutiger Schritt in Sachen Winterdienst

Als „Verlobung“ bezeichneten Landrat Herbert Mirbeth und Dr. Wolfgang Wüst, der Leiter des Regensburger Straßenbauamtes, die künftige Zusammenarbeit beim Winterdienst an Kreis- und Staatsstraßen. „Verlobung“ auch deshalb, weil man die „Heirat“ als gemeinsames Ziel vor Augen hat. In diesem Fall bedeutet dies die Zusammenlegung der Bauhöfe des Staates und des Landkreises. Der gemeinsame Winterdienst lässt einen effektiveren Einsatz von Mitarbeitern und im Maschinenpark zu.

Das Treffen bei der Strehlhalle Deuerling hatte Symbolcharakter: Der Landrat und der Leiter des Straßenbauamtes standen zwischen je einem großen Schneeräumgerät des Landkreises und des Straßenbauamtes. Auch das Wetter spielte mit, denn das Fahrzeug des Landkreises konnte aus aktuellem Anlass sogleich mit „staatlichem“ Salz beladen werden.

### „Modellcharakter für ganz Bayern“

Die Zusammenarbeit hat laut Wüst „Modellcharakter für ganz Bayern“. Er dankte dem



Herbert Mirbeth.

Landrat, dass dieser die Tür aufgestoßen habe, mit dem Ziel, bessere Leistung bei geringerem finanziellen Einsatz zu erreichen.

Für den Landrat ist die Zusammenarbeit „in einer Zeit, in der das Geld weniger ist“, eine spannende Herausforderung. Der Landrat will bis zum Früh-

jahr Erfahrungen sammeln und dann, wenn die Ergebnisse positiv sind, schon im nächsten Winter das gemeinsam betreute Gebiet ausweiten.

### Kontrollen im wöchentlichen Wechsel

Mit der in Deuerling geschlossenen Vereinbarung übernimmt die Straßenmeisterei Parsberg den Winterdienst an verschiedenen Kreisstraßen im westlichen Landkreis, darunter die Kreisstraße von Deuerling in Richtung Painten, von Thumhausen zur Landkreisgrenze und von Schönhofen nach Etterzhausen. Der Landkreis betreut im Gegenzug die Staatsstraße von Sinzing nach Schönhofen und von Beratzhausen nach Laaber. Für die Winterstreckenkontrollen wurde ein wöchentlicher Wechsel vereinbart.

### Grenzen in den Köpfen abbauen

Dr. Wüst beglückwünschte den Landrat „zu diesem mutigen Schritt, der für eine Gebietskörperschaft schwieriger ist, als für den Staat“. Landrat und Amtschef waren sich einig, dass der Erfolg der Zusammenarbeit von den Menschen abhängt. Schließlich müssten die Grenzen in den Köpfen abgebaut werden. DK

### Straßenunterhalt:

## Hilfe für Kommunen

„Der Winterdienst für Kommunalstraßen ist grundsätzlich eine kommunale Aufgabe und zählt zum Straßenunterhalt. Die Kreisstraßenpauschalen wurden für die Landkreise und die Straßenunterhaltszuschüsse für kreisangehörige Gemeinden mit dem Doppelhaushalt 2005/2006 bereits um 7,5 Prozent angehoben. Im Einvernehmen mit den kommunalen Spitzenverbänden wurden gleichzeitig die Winterdienstpauschalen endgültig abgeschafft. Im Entwurf des Nachtragshaushalts 2006 ist nun - als einvernehmliches Ergebnis der Verhandlungen mit den kommunalen Spitzenverbänden - vorgesehen, dass die Straßenunterhaltszuschüsse und die Kreisstraßenpauschalen nochmals um 14 Prozent oder etwa 15 Mio. Euro angehoben werden. Damit ist der Freistaat bis an die Grenzen des Möglichen gegangen, um den Kommunen beim Straßenunterhalt beizustehen“, betonte Finanzminister Prof. Kurt Falthaus mit Blick auf höhere Ausgaben in diesem Winter für den Winterdienst. Die staatlichen Fördermittel sollen die Kommunen dabei unabhängig von der jährlichen Wetterlage und entsprechend ihrer zu unterhaltenden Straßenlänge erhalten. □



LEIBER präsentiert auf der IPM sein neuestes Produkt: die Drehmulde im traditionellen LEIBER-Grün. □

LEIBER auf der IPM 2006:

## Erfolgreiche Messebeteiligung

Mit seiner Produktneuheit und einem umfangreichen Programm für den grünen Bereich zog LEIBER während der Internationalen Pflanzenmesse (IPM) das Interesse vieler Besucher auf sich. Immerhin kamen gut 62.000 Besucher nach Essen. LEIBER war einer der rund 1400 Aussteller, der seine neuesten Entwicklungen den Fachbesuchern aus 41 Nationen vorstellte.

LEIBER präsentierte auf der IPM sein neuestes Produkt: die Drehmulde im traditionellen LEIBER-Grün. Die neuentwickelte Drehmulde eignet sich bei ihrem späteren Einsatz besonders für den PANTHER 3, der erstmals damit ausgestattet werden kann. Der 30 kW leistungsstarke Kleintransporter verfügt über eine Nutzlast von 1600 Kilogramm. Die Pritschenmaße betragen 1600 x 1050 x 450 Millimeter.

Mit der neuen Drehmulde eröffnen sich für den Anwender weitere Einsatzmöglichkeiten. Auf dem Friedhof kann beispielsweise die Erde mit Hilfe der Drehmulde direkt ins Grab zurückgeschüttet werden.

Der Schwenkwinkel beträgt 2 x 90 ° links und rechts. Die Kippung erfolgt hydraulisch. Die Heckklappe dient der Verlängerung der Laderampe und kann mit Hilfe einer Kette fixiert werden. Außerdem lässt

sich die Heckklappe als Pendelbordwand verwenden. Dann wird sie unten geöffnet und verfügt oben über den Drehpunkt. Eine weitere Möglichkeit ist die Verwendung als Heckbordwand. In dieser Funktion wird sie oben geöffnet und hat unten ihren Drehpunkt.

Mit der neuen Drehmulde beim PANTHER 3 verfügt der Kleintransporter von LEIBER über eine gute Standfestigkeit. Dank einer großen Bereifung wirkt sich der Bodendruck bei voller Belastung gering aus. Übrigens entwickelte LEIBER seine erste Drehmulde bereits im Jahre 1972.

Hinter dem PANTHER 3 steht die jahrzehntelange Erfahrung von LEIBER im Fahrzeugbau sowie der perfekte Service durch erfahrene Händler mit eigenen Servicestationen und 24 h-Ersatzteilservice.

Weitere Informationen unter [www.leiber.com](http://www.leiber.com) □

## 10.000 Kilometer kostenlose Fahrt mit Erdgas

E.ON Bayern fördert Erdgasfahrzeuge

Die E.ON Bayern AG, die über 70.000 Kunden in Nord- und Ostbayern mit umweltschonendem Erdgas versorgt, fördert im Jahr 2006 den Kauf von Erdgasfahrzeugen.

Nutzen können es alle, die bis zum 31. Dezember 2006 im Gas-Netzgebiet von E.ON Bayern bzw. der Ferngas Nordbayern erstmalig einen PKW mit Erdgasantrieb zulassen. Zwischen Neuwagen und auf Erdgasbetrieb umgerüsteten Fahrzeugen wird dabei kein Unterschied gemacht. Die umweltbewussten Fahrer erhalten von E.ON Bayern einen Zuschuss in Form von 600 Kilogramm Erdgas. Damit fährt man bei einem durchschnittlichen Verbrauch von rd. 6 kg/100 km rd. 10.000 Kilometer kostenlos.

„Vertankt“ werden kann das Guthaben innerhalb von zwei Jahren an den E.ON Bayern-Erdgastankstellen. Darüber hinaus erhält, wer sein Erdgasfahrzeug für ein Jahr mit zwei E.ON Bayern-Aufklebern versieht, ein Navigationssystem im Wert von 499 Euro oder einen Zuschuss in Höhe von 250 Euro.

Mit dieser Aktion will das Unternehmen einen Anreiz zum Umstieg auf Erdgasautos setzen. Erdgas ist nicht nur umweltschonender, sondern auch erheblich günstiger als Benzin oder Diesel. Ein Kilogramm Erdgas entspricht in etwa 1,6 Liter Benzin bzw. 1,33 Liter Diesel. Damit spart man gegenüber dem Benzinfahrzeug bis zu 50 % und gegenüber dem Dieselfahrzeug bis zu 30 % der Treibstoffkosten. Gas ist auch ökologisch überzeugend: Die Fahrzeuge emittieren bis zu 80 % weniger Schadstoffe, sind wesentlich leiser und lassen beim Betankungsvorgang fast keine Emissionen entstehen.

Derzeit gibt es rund 27.000 Erdgasfahrzeuge in Deutschland. Bis zum Jahr 2010 ist mit einem Anstieg auf 360.000 zu rechnen. Das mit gegenwärtig rund 650 Tankstellen gut ausgebaut Erdgastankstellennetz lässt problemloses Tanken zu. In naher Zukunft soll die Zahl der Tankstellen in Deutschland weiter steigen. Auch dazu leistet E.ON Bayern einen Beitrag: Das Unternehmen betreibt bereits Erdgastankstellen in Schwandorf, Neunburg vorm Wald, Burglengenfeld und Roding. Im Laufe des Jahres werden weitere dazu kommen.

Nähere Informationen und Antragsformulare gibt es unter 0180 - 4 19 20 45. □

Autobahndirektion Südbayern:

## Schwere Fahrzeuge für den Winterdienst gemietet

BFS stellt vier Fahrzeuge MAN TGA zur Verfügung  
Laufzeit des Mietvertrags über sechs Monate

Crailsheim / München - Die Autobahndirektion Südbayern hat erstmals schwere Fahrzeuge für den Wintereinsatz auf Autobahnen gemietet. Vermieter der Fahrzeuge ist BFS (Blue Fleet Services), ein Geschäftsbereich der Crailsheimer Stegmaier Nutzfahrzeuge GmbH. BFS stellt derzeit vier Fahrzeuge des Typs MAN TGA für eine Laufzeit von sechs Monaten im Jahr zur Verfügung. Nach Einschätzung von Hermann Stegmaier, Geschäftsführer der Stegmaier GmbH, wird das Mietgeschäft mit der Öffentlichen Hand künftig an Bedeutung gewinnen. „Die Vermietung ermöglicht flexible Lösungen“, betont Stegmaier.

„Die Bayerische Staatsregierung hat uns beauftragt, den Unterhalt der Straßen und Autobahnen zu privatisieren“, erläutert Technischer Oberamtsrat Heinz Bay den Hintergrund der erstmaligen Anmietung von Winterfahrzeugen. Bay ist bei der Autobahndirektion Südbayern zuständig für die Fahrzeugbeschaffung.

Moderne MAN-Motoren

Die vier von Stegmaier an die Autobahndirektion vermieteten Fahrzeuge sind mit modernen MAN-Motoren ausgestattet und voll tauglich für den Wintereinsatz. Durch das automatisierte 12-Gang-Getriebe TipMatic kann sich der Fahrer ungestört auf seine Arbeit konzentrieren. Zwei angetriebene Hinterachsen mit Luftfederung sorgen für eine gleichmäßige Ladehöhe des Fahrzeugs und ermöglichen eine genaue Dosierung der Streumittel. Weiter verfügen die Fahrzeuge über Winterdienstbeleuchtung, beheizbare Windschutzscheibe und die übliche Sicherheits- und Komfortausstattung. Die benötigten Schneepflüge und Streueinrichtungen werden von der Autobahndirektion gestellt und montiert. Die

Fahrzeuge sind laut Autobahndirektion Südbayern in den Autobahnmeistereien München West, München Nord, Augsburg und Inning stationiert.

Führende Position

Die Firmengruppe Stegmaier nimmt im Marktsegment Nutzfahrzeuge eine führende Position ein. Zur Firmengruppe gehören im Nutzfahrzeugbereich die Stegmaier Nutzfahrzeuge (Crailsheim), das Fahrzeugzentrum Schnelldorf (Schnelldorf) und die GSS Nutzfahrzeuge (Langenberndorf). Seit 1965 ist Stegmaier MAN-Vertragspartner. BFS ist der Truckvermieter der Firmengruppe. Vermietet werden unter anderem Sattelzugmaschinen, Sattelaufleger, BDF-Fahrzeuge, Kipper, Kommunal- und Spezialfahrzeuge. BFS verfügt derzeit über 18 Standorte. Seit 2004 ist BFS offizieller Kommunalvermieter der MAN Nutzfahrzeuge Vertriebs GmbH - TruckRental. Die Mitarbeiterzahl der gesamten Stegmaier-Gruppe beträgt 210. Stegmaier blickt auf eine lange Tradition zurück. Das Unternehmen wurde 1927 als freie Werkstatt gegründet. □

Automobil International 2006 in Leipzig:

## Preiswert mobil mit Erdgasfahrzeugen

Die steigenden Benzinpreise haben das Interesse der Autofahrer an günstigen Antriebsalternativen stark steigen lassen. In mittlerweile zahlreichen Verbrauchertests überzeugen Erdgasfahrzeuge als die günstigste Antriebsalternative. Denn bei einem durchschnittlichen Preis von 0,79 Euro pro Kilogramm Erdgas spart der Autofahrer an der Zapfsäule gegenüber Superbenzin rund 50 Prozent. Gegenüber Diesel sind es bis zu 35 Prozent. Rund 35.000 Autofahrer in Deutschland nutzen diese Alternative bereits.

Mit über 30 verschiedenen serienmäßigen Modellen - vom Pkw bis hin zum schweren Nutzfahrzeug - haben fast alle führenden Autohersteller, wie zum Beispiel Fiat, Opel, Volkswagen und Volvo, auf die steigende Nachfrage reagiert.

Präsentation aktueller Förderangebote

Ein eigenes Bild von der kostengünstigen und umweltschonenden Antriebsalternative Erdgas können sich Besucher auf der Automobil International 2006 (AMI) vom 1. bis 9. April in Leipzig machen. Hier informieren die im Trägerkreis „Erdgasfahrzeuge“ engagierten Autohersteller gemeinsam mit dem ADAC, dem Bundesumweltministerium und den Initiativkreisen „Erdgas als Kraftstoff“ aller ostdeutschen Bundesländer und Berlins. Auf einem gemeinsamen Stand in Halle 3, Stand E32 präsentieren sie eine Auswahl der verfügbaren Serienmodelle und aktuelle Förderangebote beim Umstieg auf ein Erdgasauto.

Wer sich für Erdgas entscheidet, kann auf eine ausgereifte Fahrzeugtechnik zurückgreifen, der ein schnell wachsendes Tankstellennetz von mittlerwei-

le über 650 Erdgastankstellen gegenübersteht. Durchschnittlich alle drei Tage wird in Deutschland eine neue Erdgaszapfsäule an einer Markentankstelle eröffnet. Nach dem forcierten Aufbau des Tankstellennetzes (1.000 Tankstellen bis 2007) ist die Versorgung für etwa eine Million Erdgasfahrzeuge gewährleistet.

Künftige Generationen

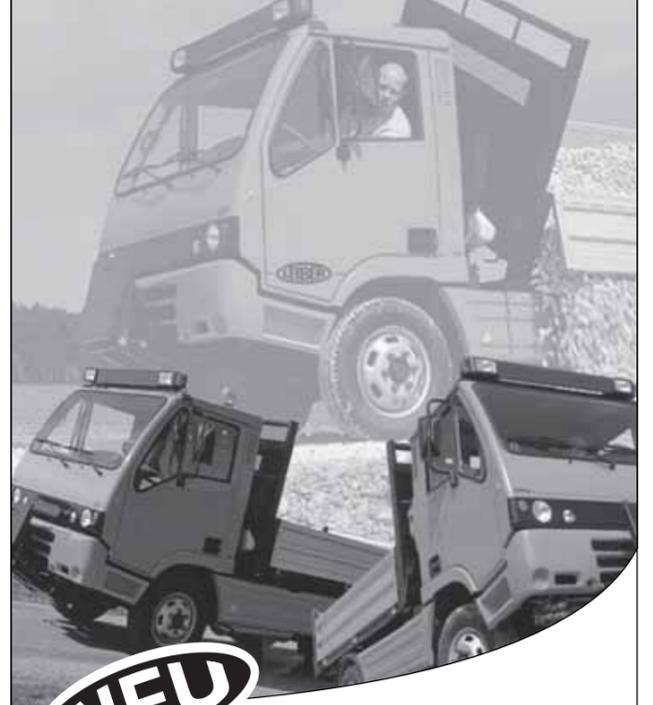
Informieren können sich die Besucher auf dem Gemeinschaftsstand Erdgasfahrzeuge auch über die Potenziale der Leistungsentwicklung künftiger Generationen von Erdgasmotoren. Da Erdgas als Kraftstoff über eine wesentlich höhere Klopfestigkeit von rund 130 Oktan verfügt (Superbenzin hat im Gegensatz dazu nur 95 Oktan), können mittels Turboaufladung der Fahrspaß angehoben und der Schadstoffausstoß sowie der Kraftstoffverbrauch reduziert werden.

Weitere Informationen zum Thema Erdgasfahrzeuge erhalten Interessierte unter der telefonischen Infoline 01802 - 234500 (0,06 Euro pro Gespräch) oder unter [www.erdgasfahrzeuge.de](http://www.erdgasfahrzeuge.de). □

# LEIBER

## Der Herausforderer ist da.

Fahrzeugbau



NEU

## Der PUMA.

### Schnell, vielseitig, stark: Die neue Dimension in seiner Klasse.

- Zul. Gesamtgewicht 6,0 t
- Vorbautenträger für Frontanbaugeräte
- Vielfältige Möglichkeiten mit Kugelwechselsystem
- Hohe Nutzlast
- Kraftvolle Motorleistung / 90 km/h
- Sperrdifferential an der Hinterachse und Längssperre



## Spezialist für den Ganzjahreseinsatz

LEIBER GROUP

LEIBER OHG

Rudolf-Diesel-Straße 1-3  
D-78576 Emmingen-Liptingen  
Tel: + 49 (0) 74 65 / 292 - 151  
Fax: + 49 (0) 74 65 / 292 - 71 51

[www.leiber.com](http://www.leiber.com)

[info@leiber.com](mailto:info@leiber.com)

## Hopfenlandkreise:

## Gemeinsamer Wille zur Tourismus-Werbung

Die Hallertauer Landkreise werden ihre Zusammenarbeit im Tourismus 2006 weiter ausbauen und stärken. Darauf einigten sich die Landräte der Landkreise Freising, Landshut, Pfaffenhofen und Kelheim bei einem touristischen Spitzengespräch in Rottenburg a. d. Laaber im Landkreis Landshut. Die Landkreischefs Manfred Pointner (Freising), Josef Eppeneder (Landshut), Rudi Engelhard (Pfaffenhofen) und Dr. Hubert Faltermeier (Kelheim) waren sich einig, die vertrauensvolle Zusammenarbeit in der touristischen Arbeitsgemeinschaft „Hopfenland Hallertau“ fortzusetzen. Die seit über zehn Jahren bestehende Zusammenarbeit, die sich in den letzten Jahren zunehmend intensiviert hat, wurde von den Landräten bei dem Treffen vertraglich festgeschrieben.

Im Landkreis Landshut ist der Anbau von Hopfen, dem „grünen Gold der Hallertau“, heute stark zurückgegangen, wie Bürgermeister Hans Weinzierl in seiner Begrüßung ausführte. Noch vor wenigen Jahrzehnten blühten bis fast vor die Tore Landshuts Hopfengärten, ergänzte Landrat Josef Eppeneder: „In der Gemeinschaft starker, großer Hopfenland-Landkreise sind wir gerne bereit, diese stolze Tradition weiter zu pflegen“, so der Landkreischef.

## Alle profitieren

Die Hallertau, das „grüne Viereck im Herzen Bayerns“, sei reich an Natur- und Kulturschätzen und biete großartige Möglichkeiten zur Naherholung in wunderbarer Landschaft. Dazu kämen die hervorragenden Angebote der bayerischen Gastronomie. Gastwirte, Landwirte, Jäger, Direktvermarkter und Privatvermieter und mit ihnen die ganze Region profitierten davon, wenn sich die Landkreise ins Zeug legten und die Werbemittel für die Hallertau rührten.

Den Fremdenverkehr zu fördern und damit zur Stabilisierung der heimischen Gaststätten beizutragen und den Wirtschaftsstandort Hallertau deutschlandweit zu präsentieren - das sind nach den Worten von Landrat Rudolf Engelhard zwei Kernziele der Arge Hopfenland Hallertau. In punkto Bekanntheitsgrad gäbe es für die Hallertau eigentlich gar kein Problem, bemerkte Engelhard launig - wenn es

gingelänge, den Biertrinkern rund um den Globus eines ins Bewusstsein zu bringen: Jeder dritte von ihnen nehme beim Griff zum Bierglas einen kleinen Teil der Hallertau in sich auf, ein Stück des größten zusammenhängenden Hopfenanbaugesbiets der Welt. Grundlage der Arbeitsgemeinschaft sei letztlich die Partnerschaft der vier Landkreise: Während große Städte den ländlichen Raum stetig zu dominieren versuchten, hätten hier vier Partner zusammengefunden, die auf gleicher Augenhöhe und aus Sympathie miteinander kooperieren.

## Planungen für 2006

In dieselbe Kerbe hieb Landrat Dr. Hubert Faltermeier: Ohne die modischen englischen Begriffe Cluster und Private-Public-Partnership zu verwenden, habe die Arge Hopfenland Hallertau genau das praktiziert, was diese Begriffe beinhalten: Enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit von öffentlicher Hand und privaten Anbietern, sei es nun aus den Bereichen Gastronomie und Tourismus, Dienstleistung oder Landwirtschaft.

Was die Arbeitsgemeinschaft alles schon erreicht und was sie sich für die nahe Zukunft vorgenommen hat, legte Alice Köstler-Hösl vom Landratsamt Pfaffenhofen dar. Im Mittelpunkt der Planungen für 2006 stünden wieder die gemeinsamen kulinarischen Aktionswochen für Hopfenspargel, Spargel, Hopfen und Wild. Mit einem integrierten Marke-

tingkonzept, das sich in den vergangenen Jahren bewährt habe, „soll die Hallertau auch überregional in den umliegenden Großstädten noch bekannter werden“, erläuterte die Referentin.

## Regionales Netzwerk

„Die Themen Hopfen, Bier, die Schönheit der Landschaft und die kulinarischen Köstlichkeiten kommen bei den Menschen sehr gut an“, stellte Alice Köstler-Hösl fest. Eine zentrale Aufgabe seien die Förderung und der Ausbau eines regionalen Netzwerkes zwischen Touristikern, touristischen Leistungsträ-

## Regionaler Planungsverband Bayerischer Untermain:

## Grünzüge sollen Siedlungsbänder verhindern

Aschaffenburg - Mit Grünzügen und Trenngrünzonen beachtet der Regionale Planungsverband Bayerischer Untermain, ausreichend Freiflächen zwischen den Siedlungsgebieten zu erhalten und das Entstehen einer großflächigen bandartigen Besiedlung vor allem entlang der Verkehrsachsen zu verhindern. Die Flächen sollen zugleich einen Beitrag zum Aufbau eines Biotopverbundsystems in der Region leisten.

Grünzüge sind vorgesehen zwischen Karlstein und Kleinostheim, zwischen Kleinostheim, Stockstadt und Mainaschaff, westlich von Aschaffenburg, zwischen Aschaffenburg, Goldbach und Haibach, zwischen Kleinwallstadt und Elsenfeld, im Tal der Elsave von Elsenfeld bis Schippach, nördlich von Erlenbach sowie zwischen Kleinheubach/Großheubach und Miltenberg. Die Festlegung dieser Freiflächen wurde mit den betroffenen Gemeinden in mehreren Anhörungen abgestimmt, ein Änderungswunsch der Gemeinde Stockstadt wird noch berücksichtigt. Der Regionale Planungsausschuss beauftragte Verbandsvorsitzenden Landrat Dr. Ulrich Reuter, bei der höheren Landesplanungsbehörde die Verbindlicherklärung dieses Regionalplankapitels zu beantragen.

Nochmals in die Anhörung soll das Kapitel Verkehrswesen. Beim Öffentlichen Personennahverkehr soll die Verbindung in das benachbarte Rhein-Main-Gebiet, vor allem nach Hanau, stärker berücksichtigt werden. Um die dauerhafte, vollwertige Einbindung der Region in das großräumige IC/ICE-Netz der DB AG zu sichern, bekräftigt der Regionalplanentwurf den leistungsfähigen Ausbau der Schienenstrecke Hanau - Nantenbach mit zweigleisigem Neubau des Schwarzkopftunnels.

Neben dieser Hauptstrecke sollen nach dem Wunsch der Ausschussmitglieder auch die Kahlaggrundbahn und die Maintalbahn leistungsfähig erhalten werden. Mittelfristig soll auf Antrag der Gemeinde Niedernberg eine direkte Anbindung des rechtsmainischen Verkehrs über die neue Mainbrücke nach Niedernberg an die Schnellstraße B 469 über eine neue Anschlussstelle geschaffen werden. Hierzu müsste zunächst die Kreisstraße MIL 39 zur Staatsstraße aufgestuft werden. Für Fahrradpendler sollen verstärkt gesicherte Abstellmöglichkeiten geschaffen werden, regte Landtagsabgeordneter Manfred Christ an.

Überarbeitet wurde das Regionalplankapitel „Gewinnung und Sicherung von Bodenschätzen“. Auf Antrag der Gemeinde wird das Vorbehaltsgebiet für Sand- und Kiesabbau „Nordwestlich Kleinostheim“ verkleinert.

gern, Übernachtungsbetrieben, Direktvermarktern und anderen Betrieben, Organisationen und Kommunen, die an der Vermarktung von Dienstleistungen und Produkten der Hallertau interessiert sind. Nicht zuletzt gelte es, die Bewusstseinsbildung bei allen Bürgern und Gewerbetreibenden in der Hallertau zu fördern.

Katharina Missbrandt, Leiterin der EDV-Abteilung des Landratsamts Pfaffenhofen, stellte den neuen Internet-Auftritt der Arbeitsgemeinschaft vor, der unter ihrer Federführung gestaltet wurde. Mit dem Internet-Portal [www.hopfenland-hallertau.de](http://www.hopfenland-hallertau.de) hat die Arbeitsgemeinschaft eine wichtige Werbeplattform geschaffen. Die Internetseiten bieten eine Fülle von Informationen und Tipps für Gäste und Einheimische. So ermöglicht die eingebundene Vermieter-Datenbank Frei- und Belegmeldungen für Unterkünfte in der Hallertau. **DK**



Vize-Landrat und Landtagsabgeordneter Max Strehle gratulierte jetzt Franz Krebs, Altbürgermeister von Wörleschwang, gemeinsam mit Zusmarshausens Bürgermeister Albert Lettinger zum 70. Geburtstag. Mit dabei auch der Ehrenvorsitzende des Kreisverbands des Bayerischen Gemeindetags, Günter Würmseher (von rechts). **□**

## Franz Krebs beging 70. Geburtstag

Vize-Landrat und Landtagsabgeordneter Max Strehle gratulierte jetzt im Beisein von Zusmarshausens Bürgermeister Albert Lettinger, Franz Krebs zum 70. Geburtstag.

Strehle betonte die großen Verdienste des ehemaligen Bürgermeisters von Wörleschwang. „Franz Krebs hat seiner Heimatgemeinde ein besonderes Profil und ein liebenswertes Gesicht verliehen“, lobte er den Jubilar. „Er war stets ein bodenständiger Bürgermeister, mit dem Gespür fürs Wesentliche. Mit Durchsetzungsvermögen und Elan hat er in den vielen Jahren kommunalpolitischen Wirkens viel für seine Gemeinde und das ganze Augsburger Land erreicht.“

Krebs war von 1966 bis 1976 1. Bürgermeister der Gemeinde Wörleschwang. Anschließend war er bis 1984 Marktgemeinderat in Zusmarshausen. Krebs war im Jahre 1976 maßgeblich an der freiwilligen Eingemeindung der Gemeinden Wörleschwang, Steinekirk und Vallried in den Markt Zusmarshausen beteiligt. Für sein großes Engagement wurde Krebs 1998 zum Altbürgermeister ernannt. 1985 erhielt er für besondere Verdienste um die kommunale

wieder in das LEP aufzunehmen.

Den aufgenommenen Gesprächsfaden unter den Verbandsmitgliedern in Sachen interkommunale Kooperation/Flächenmanagement will der Planungsverband weiter pflegen. Die Themenpalette möglicher Zusammenarbeit erstreckt sich dabei auf die gemeinsame Nutzung kommunaler Einrichtungen und Gebäude, aber auch auf Bereiche wie Tourismus, Marketing oder Nahverkehr. **DK**

## Petra Seidl regiert weiter in Lindau

Petra Seidl (48) bleibt für die kommenden sechs Jahre Oberbürgermeisterin von Lindau am Bodensee. Die Amtsinhaberin (CSU) erhielt bei der OB-Wahl 53,8 Prozent der gültigen Stimmen. Ihr Gegenkandidat Max Strauß (51) von der Bunten Liste kam auf 46,2 Prozent. Rund 18.800 Wahlberechtigte waren in der Bodenseestadt zur Stimmabgabe aufgerufen. Die Wahlbeteiligung lag bei 49,5 Prozent.

In einer ersten Reaktion sagte die wiedergewählte Oberbürgermeisterin, sie sei stolz auf das Ergebnis. Es sei ein „besonderer Auftrag der Bürger“, für den sie sich mit aller Energie einsetzen werde. Das gute Abschneiden ihres Gegenkandidaten führte sie auf eine „politisch konträre Situation“ in Lindau zurück. **DK**

Selbstverwaltung die Dankkunde des bayerischen Innenministers. **□**

## Bayerische Gemeindezeitung

Kommunalpolitik · Wirtschaft · Recht · Technik · Praxis

ISSN 0005-7045

Fachblatt der KPV in Bayern

Herausgeber:

Landrat Luitpold Braun

Ehrenherausgeber:

Beda Bohinger

Otto Ammon

Redaktion:

Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)

Doris Kirchner

Telefon 08171 / 9307-13

Ständige Mitarbeiter:

Lutz Roßmann (Landtag)

Dr. Sabine Schwarz (Berlin)

Brigitte Scherle (Wirtschaft und Messen)

Prof. Klaus Jamin (EDV-Specials)

Wilfried Gehr (Specials zu Wirtschaftsthemen)

Klaus Kamhuber

Peter Müller

Florian Hahn (KPV)

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen

Beiträge und Abbildungen sind

urheberrechtlich geschützt.

Mit Ausnahme der gesetzlich zuge-

lassenen Fälle ist eine Verwertung ohne

Einwilligung des Verlages strafbar.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte,

Dokumente und Fotos wird

keine Gewähr übernommen.

Namentlich gekennzeichnete Artikel

geben nicht unbedingt die Meinung der

Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertriebsleitung:

Viktoria Bertele (verantwortlich),

Telefon 08171 / 9307-11

Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste

Nr. 40 vom 01.01.2006

Anzeigenschlußtermine:

siehe Erscheinungs- und Themenplan

Erscheinungsweise:

22 Ausgaben jährlich

(mit zwei Doppelausgaben);

Jahresbezugspreis Inland:

76,10 zzgl. MWST.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:

(Abrechnung über eine Adresse)

38,25 zzgl. MWST.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:

(Abrechnung und Lieferung an eine

Adresse) 27,- zzgl. MWST.

Kündigung:

zwei Monate vor Jahresende

schriftlich an den Verlag.

Verlags- und Geschäftsleitung:

Anne-Marie von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags

und aller verantwortlichen Personen:

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH

Postanschrift:

Postfach 825, 82533 Geretsried

Paketanschrift:

Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11

Telefax 08171 / 805 14

eMail: [info@gemeindezeitung.de](mailto:info@gemeindezeitung.de)

Internet: <http://www.gemeindezeitung.de>

Bankverbindungen:

Bayer. Landesbank München

Konto 1159164, BLZ 700 500 00

Raiffeisenbank

Füssen-Pfronten-Nesselwang

Konto 144 320, BLZ 733 698 78

Inhaber- und

Beteiligungsverhältnisse:

100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse

GmbH, Geschäftsführerin:

Anne-Marie von Hassel

Druck und Auslieferung:

Fränkischer Tag GmbH & Co. KG

Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird

Recycling-Papier verwendet.



Im Beisein von Zusmarshausens Bürgermeister Albert Lettinger (r.) überreichte Landrat Dr. Karl Vogele die Urkunde des Regierungspräsidenten an Felix Wörle. **□**

## Felix Wörle für Rettungstat ausgezeichnet

Dem zwölfjährigen Felix Wörle aus Wörleschwang wurde jetzt für eine Rettungstat die Öffentliche Anerkennung ausgesprochen. Die Urkunde des Regierungspräsidenten Ludwig Schmid erhielt er im Landratsamt Augsburg von Landrat Dr. Karl Vogele. Mit dabei war neben seinen Eltern auch Zusmarshausens Bürgermeister Albert Lettinger.

Felix Wörle hatte im Mai letzten Jahres einen fünfjährigen Buben vor dem Ertrinken gerettet. Der Bub, der noch nicht schwimmen konnte, war in einer Ferienanlage im italienischen Garda unbemerkt in den Swimming-Pool gefallen.

Felix Wörle hatte die gefährliche Situation sofort erkannt und sprang ohne zu zögern ins Wasser, packte den Fünfjähri-

gen und brachte ihn wieder an Land. Der Vater des geretteten Buben, der aus Dillingen kommt, hatte an Regierungspräsident Schmid geschrieben und ihm die Rettungstat geschildert.

Vogele und Lettinger lobten Felix' beherztes Eingreifen: „Durch Deine mutige Tat hast Du dem Buben wahrscheinlich das Leben gerettet.“ **□**

Vorstellung der Studienbuchreihe „Vertreibungsgebiete und vertriebene Deutsche“:

## Wider das Vergessen millionenfacher Verbrechen

München (jdt). Gegen das Vergessen historischer Wahrheiten und des millionenfachen Verbrechens gegen die Menschlichkeit bei der Vertreibung der Deutschen aus Ostdeutschland, dem Sudetenland, Ost- und Südosteuropa wendet sich die nunmehr abgeschlossene zwölf Bände umfassende Studienbuchreihe „Vertreibungsgebiete und vertriebene Deutsche“. Die große Dokumentation der Stiftung Ostdeutscher Kulturrat entstand in jahrelanger Arbeit, unter Mitwirkung von Wissenschaftlern und Heimatforschern. Vorgestellt wurde das Gesamtwerk im Haus des Deutschen Ostens in München während einer Pressekonferenz und einem folgenden Symposium. Beim Auftakt der starkes Interesse findenden Veranstaltungsfolge würdigte Sozialministerin Christa Stewens die Bedeutung der Buchreihe über die Grenzen Deutschlands hinaus.

Die einzelnen Bände erfassen die Entwicklungen in den verschiedenen Vertreibungsgebieten über die Jahrhunderte hinweg bis zum gewalttätigen Umbruch 1945 (etwa 60 Prozent des Inhalts jedes Bandes), das Schicksal nach der Vertreibung

te fest, die von Professor Dr. Wilfried Schlau initiierte Buchreihe zeige große historische und kulturelle Zusammenhänge auf. Gefordert wurde von ihr, die Nationen in aller Welt müssten ohne Wenn und Aber das akzeptieren, was bei den Vereinten Na-

Hauses des Deutschen Ostens, Dr. Ortfried Kotzian, der zu den Autoren der Buchreihe gehört. Kotzian stehe für die Kompetenz des Hauses mit seiner über Europa hinaus reichenden Ausstrahlung, dem vielfältigen Veranstaltungsprogramm und der größten Spezialbibliothek des deutschen und europäischen Ostens mit rund 70 000 Bänden. Das HDO wirke als stets aktiver Ideen- und Impulsgeber für Landsmannschaften und Verbände, Heimatgruppen und Jugendorganisationen. Nicht wegzudenken sei es auch im Bereich der Lehrerfortbildung.

### Gegen Verfälschungen

Besondere Aufmerksamkeit wurde in der Diskussion Dr. Fleissner zuteil, Buchverleger einer der großen deutschsprachigen Verlagsgruppen mit Firmensitzen in München, Stuttgart, Wien und Luzern, mit insgesamt 15 namhaften Buchverlagen. Aus Eger im Sudetenland stammend, ist Fleissner Träger des „Großen Kulturpreises“ der Sudetendeutschen Landsmannschaft, der „Ehrenplakette um Verdienste für den Deutschen Osten“ und des „Österreichischen Ehrenkreuzes für Kunst und Wissenschaft“. Bekannt ist er u. a. als stellvertretender Bundesvorsitzender der Sudetendeutschen Landsmannschaft. Vor zahlreichen Pressevertretern protestierte er gegen die Verfälschung des Begriffes „Ostdeutschland“ für in Wirklichkeit mitteldeutsche Landschaften. Ostdeutsch seien Ostpreußen, Pommern, Schlesien und alle Provinzen, deren Geschichte nicht zubetoniert werden dürfe.

Die 12 Bände sind bei Langen Müller erschienen und auch einzeln erhältlich (Kosten: zwischen 9,90 bis 29,90 Euro) und tragen die Titel: Die Sudetendeutschen (Fritz Peter Habel), Die Russlanddeutschen (Alfred Eisfeld), Die Deutschen im Posener Land und in Mittelpolen (Joachim Rogall), Die Deutschen zwischen Karpaten und Krain (Ernst Hochberger, Anton Scherer, Friedrich Spiegel-Schmidt), Die Donauschwaben (Ingomar Senz), Die Deutschen und die Schlesier (Joachim Bahlcke), Siebenbürgen und die Siebenbürger Sachsen (Konrad Gündisch), Pommern und Ostbrandenburger (Eberhard Völker), Ostpreußen und Westpreußen und die Deutschen aus Litauen (Peter Mast), Die Umsiedler (Ortfried Kotzian), Die Ostdeutschen - Eine dokumentarische Bilanz 1945 - 1995 (Wilfried Schlau).

Nach der Pressekonferenz gab

## Oberbayerischer Kulturpreis für Prälat Brugger

Prälat Walter Brugger aus Freising bekommt den Oberbayerischen Kulturpreis 2006. Die zweite Preisträgerin ist die Schmuckkünstlerin Marianne Schliwinski aus München. Der Bezirkstag von Oberbayern entschied sich einstimmig für die Preisträger.

Der promovierte Theologe Walter Brugger hat sich vor allem in der Heimatpflege einen Namen gemacht. Er ist Verfasser zahlreicher Kirchenführer sowie mehrerer historischer und kulturhistorischer Abhandlungen, zuletzt über die kleine Wieskirche bei Freising. Für seine Verdienste im Bereich Heimatkunde und Denkmalschutz wurde er mehrfach ausgezeichnet.

Brugger wurde in Laufen an der Salzach geboren, 1956 in Freising zum Priester geweiht



Von links: Dr. Ortfried Kotzian, Professor Dr. Eberhard G. Schulz, Dr. Norbert Matern, Sozialministerin Christa Stewens, Verleger Dr. Herbert Fleissner. Bild: -jdt-

hin bis zur Gegenwart (rund 25 Prozent) und die Situation in den Heimatgebieten nach dem Exodus (rund 15 Prozent). Bei der Pressekonferenz stellten sich der Diskussion neben Ministerin Stewens der Verleger Herbert Fleissner von der Langen Müller Herbig Verlagsgruppe, der Präsident des Ostdeutschen Kulturrates, Professor Dr. Eberhard G. Schulz und der Moderator Dr. Norbert Matern, Vorsitzender des Präsidiums des Hauses des Deutschen Ostens und Vorsitzender des mitveranstaltenden Presse Clubs München e. V.

### Pro Berliner Gedenkzentrum

Staatsministerin Stewens stell-

tionen längst als Standard festgelegt sei, dass Vertreibungen nicht stattfinden dürften. Diese seien „Verbrechen gegen die Menschlichkeit, und dies unabhängig von historischen Kausalitäten“. Die Bayerische Staatsregierung stehe weiterhin, wie von Anfang an, für ein Zentrum gegen Vertreibungen in Berlin.

### Impulsgeber „HDO“

Mit der Studienbuchreihe werde, so Christa Stewens, „vorbildliche Dokumentationsarbeit geleistet“, unter Berücksichtigung aller Vertriebsgruppen. Dank für großes Engagement sagte die Ministerin dem Verleger Dr. Fleissner, Professor Dr. Schulz und dem Direktor des

## Landshuter Umweltmesse

„Die Landshuter Umweltmesse bildet eine absolute Bereicherung des Landshuter Terminkalenders“, darin waren sich Verkehrsvereinsdirektor Kurt Weinzierl und Michael Kliebenstein, zuständig für das Landshuter Stadtmarketing einig, als Brigitte Mader und Rudolf Schnur vom Landshuter Umweltzentrum ihre Messeidee vorstellten. Sie sahen in dem Konzept einen zukunftsweisenden Plan, eine weitere Messe auf dem Landshuter Messepark zu etablieren. Denn die Landshuter Umweltmesse soll zukünftig einer der wichtigsten Termine für Umweltfans in ganz Bayern werden.

Die Mischung macht es eben aus, was die Ausstellung so interessant macht. Mit den Themenfeldern Bauen und Wohnen, Natur und Technik, Energie und Mobilität sowie Gesundheit und Ernährung wird ein breiter Rahmen abgesteckt, der sowohl für die Besucher als auch für die Aussteller eine optimale Plattform bietet, sich zu informieren und zu präsentieren.

Natürlich sagten Kurt Weinzierl und Michael Kliebenstein auch eine umfassende Unterstützung und Teilnahme der Stadt Landshut zu. Die Landshuter Stadtwerke, die städtische Klinikums-GmbH und das Amt für technischen Umweltschutz werden sich wahrscheinlich an eigenen Ständen präsentieren. Ebenso präsentiert sich während der vier Messetage vom 23. bis 26. März täglich von 10 bis 18.00 Uhr das neue Opti-Bus-Konzept, das im Juni eingeführt wird.

Das Landshuter Umweltzentrum wird von der Stadt Landshut auch aktive Hilfe in der Vorbereitung erhalten. So stellt die Stadt Werbeflächen zur Verfügung, damit die ehrenamtlichen Organisatoren ihre Messe in der Öffentlichkeit bewerben können. Die Veranstalter vom Landshuter Umweltzentrum haben sich dazu entschlossen, die Messe bei freiem Eintritt abzuhalten. Dies ist für Landshut ein Novum. □

## Gestern hat mein Chef gesagt ...



„Nachdem der Fisch bekanntlich vom Kopf zu stinken anfängt, greift die Entbürokratisierungsoffensive der Bundeskanzlerin genau an der richtigen Stelle an.“ Mein Chef, der Bürgermeister, markierte eine Zeitungsnotiz, wonach das Bundeskabinett beschlossen hat, 234 Gesetze zu streichen.

Sicherlich ein guter Anfang, nachdem die Kanzlerin ja den Bürokratieabbau zur Cheffinnsache erklärt hat. Kluge Leute haben schließlich ausgerechnet, dass in den zwei letzten Legislaturperioden 800 Bundesgesetze neu erlassen, aber nur 200 gestrichen wurden. Wir hatten also letztes Jahr 600 Gesetze mehr als vor der Jahrtausendwende, obwohl sich seit Jahrzehnten eigentlich alle einig sind, dass es für Bürger wie Wirtschaft besser wäre, es würde weniger Regulierung geben. Schließlich hat bei dem Normenkud-

schutzministerium. Ob wir Bürger wirklich darauf verzichten wollen?

Die Väter neuer bürokratischer Verfahren neigen eher dazu, ihre Brut zu verleugnen. Einer ist die Feigheit und die Neigung, Verantwortung abzuschieben. Ein Paradebeispiel war die Forderung von Stadteinsatzfunktionären nach einem Gebäude-TÜV als Reaktion auf den entsetzlichen Hal- leneinsturz in Bad Reichenhall. Als ob man die Statik eines Gebäudes nicht auch ohne einen staatlichen Hammer überprüfen könnte. Ein anderer heißt Partikularinteresse oder Eigennutz und ist vor allem in Brüssel fruchtbar. Dank ihm kann man sich vor lästiger Konkurrenz schützen und verbieten, dass Nürnberger Bratwürste in Roth hergestellt werden oder Karlsbader Oblaten von den vertriebenen Erben eines Traditionsbäckers. Die Kinder dieser Väter kann man getrost beseitigen.

Hat vielleicht die freie Wirtschaft ein Patentrezept? Wenn ein großer deutscher Automobilhersteller jetzt 6.000 Stellen in Management und Verwaltung streicht, sagt das doch nur, dass dort bisher ein Haufen Leute beschäftigt waren, die man in der öffentlichen Verwaltung als Sesselpupser beschimpfen würde. Andererseits muss der Direktor unseres Gymnasiums, der für fast 1.000 Menschen Verantwortung trägt, mit einhalb Verwaltung angestellten den Laden schmeißen. Diese Art lean management in der Verwaltung ist sogar für Heidi Klums Hunger-show zu schlank.

Mein Chef, der Bürgermeister, selbst ein großer Entbürokratierer, sieht die Sache pragmatisch: Es gibt überall ein Zuviel und ein Zuwenig. Es gilt das rechte Maß zu finden und dort abzubauen, wo die Aufgaben schlanker erfüllt werden können und da aufzustocken, wo durch ein Mehr die Arbeit effektiver wird. Für den Anfang wäre es gut, wenn die Normenflut aus München und Berlin zum Rinnsal wird - Brüssel sollte sich gleich anschließen. Trotzdem ist der Spruch von Jack Welsh, dem Boss von General Electric, auf dem heutigen Kalenderblatt auch mit Vorsicht zu genießen: „Bekämpft die Bürokratie! Hasst sie! Tretet sie in den Hintern! Brecht sie!“.

the sabriul

## Auf der Suche nach dem rechten Maß

muddel kein Mensch mehr den Überblick darüber, welche Rechtsordnung wir als Rechtsunterworfene denn zu beachten haben.

Also Bürokratieabbau. Feine Sache. Aber welche Bürokratie sollen wir denn abbauen? Bei uns im Städtchen ist jedenfalls der letzte Amtsschimmel schon vor vielen Jahren verhungert. Einfach, weil das Diktat der leeren Kassen dazu zwang, Personal abzubauen, Abläufe zu straffen und Aufgabenkritik zu üben. Zudem wird doch bei Wahlen jeder Bürgermeister oder Landrat von der Katze geholt, der sich nicht um Bürgerfreundlichkeit und unbürokratisches Verwalten bemüht.

Zudem darf man nicht vergessen, dass die meisten Regelungen und Verfahrensvorschriften Mutter und Vater haben. Die Mutter ist schlicht die Notwendigkeit, gewisse Risiken und Gefahren für die Bürger durch staatliche Eingriffe abzuwehren. Der Wunsch nach sauberer Luft hat eine Vielzahl von Gesetzen, Verordnungen, Verwaltungsanweisungen, Messstationen, Genehmigungsvorbehalten, Erlaubnistatbeständen und förmlichen Verfahren hervorgebracht. Das Bedürfnis nach Datenschutz gearbeteinst eine Bundes- und viele Landesbehörden, der Atomunfall in Tschernobyl das Bundesumwelt- und BSE das bayerische Verbraucher-

es eine zusätzliche Demonstration, unter Beteiligung von Ministerin Christa Stewens, für die Sicherung des Firmennamens „Karlsbader Oblaten“ der Firma Wetzel in Dillingen/Donau. Der sudetendeutschen Firmengründerin Marlene Wetzel-Hackspacher soll seitens der Tschechei über die EU die Verwendung der Produktbezeichnung verboten werden. Dies löste über die Sudetendeutschen hinaus einen Proteststurm aus.

### Stoiber würdigt Sudetendeutsches Haus

Bei der ganztägigen Veranstaltung der Vorstellung der Studienbuchreihe wurde wiederholt der große Einsatz des Freistaates Bayern und von Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber für die

Vertriebenen und deren Rechte gewürdigt. Anerkannt wurde unter anderem, dass Stoiber auch kürzlich beim Festakt zum 20 jährigen Bestehen des Sudetendeutschen Hauses in München der Volksgruppe den Rücken gestärkt habe. Der Schirmherr der Sudetendeutschen hatte die Heilung des Vertreibungsunrechts gefordert. Große Aufmerksamkeit fand über den Kreis der Sudetendeutschen hinaus Stoibers Feststellung, vorrangig gehe es um ethische Fragen: „Es wäre ein Sieg der Humanität, des

Rechtes und der Europäischen Wertegemeinschaft, wenn am Ende des nötigen Dialogs die Beseitigung des Straffreistellungsgesetzes und die Aufhebung jener Benesch-Dekrete stünden... Diese würde die Sudetendeutschen aus der Verstoßung und Diskriminierung heraus- und in die Heimat und Geschichte Böhmens zurückholen“. Dem Sudetendeutschen Haus komme eine herausragende Rolle zu als Stätte der Begegnung für die Gestaltung einer guten Zukunft. □



## Hans Tauber feierte 85. Geburtstag

Nach dem Zweiten Weltkrieg war Hans Tauber ein Mann der ersten Stunde mit anschließenden Superlativen: 1948 wurde er in seiner Heimatgemeinde Obermichelbach zum seinerzeit jüngster Bürgermeister Bayerns gewählt; dieses Amt hatte er 42 (!) Jahre inne, bis er 1990 als damals dienstältester Bürgermeister im Freistaat ausschied. Natürlich hat ihn die Gemeinde zum Ehrenbürger ernannt. 16 Jahre war Hans Tauber Mitglied des Bayerischen Landtags, 44 Jahre Mitglied des Kreistages Fürth/Land und viele Jahre Kreisvorsitzender der CSU, an deren Entwicklung er noch heute als Ehrenkreisvorsitzender regen Anteil nimmt. Parlamentarischer Staatssekretär Christian Schmidt (rechts) überbrachte dem Jubilar seine Glückwünsche.

„950 Jahre Coburg“:

## Bunte Revue an Veranstaltungs-Starlights

Offizieller Startschuss im Kongresshaus Rosengarten

Unter dem Motto „Coburg feiert!“ - Die Starlights des Stadtjubiläums „950 Jahre Coburg“ fiel im Kongresshaus Rosengarten der Startschuss zu einem Feuerwerk an Ausstellungen, Konzerten, Vorträgen und Events im Jahr 2006. Vor einer Vielzahl geladener Gäste lobte Oberbürgermeister Norbert Kastner hierbei das großartige ehrenamtliche Engagement, „ohne das die geplanten Veranstaltungen nie durchzuführen wären“.

Zu den Veranstaltungs-Starlights im Jubiläumsjahr 2006 zählen neben einem Beach-Soccer-Turnier am Himmelfahrtstag der Auftritt von Spielmannszügen und Blaskapellen auf dem Coburger Marktplatz. Unter dem Motto „Coburg klingt“ ist am Nachmittag des 27. Mai ein sternförmiger Einzugs aus allen Gassen auf den Markt mit anschließenden Platzkonzerten vorgesehen. Dazu werden sich alle beteiligten Klangkörper mit Info-Ständen vorstellen. An das junge Coburg richtet sich die Open Air-Party „Coburg rockt“ am Abend des selben Tages. Nach Blasmusik am Nachmittag dominieren dann Rock- und Pop-Sounds auf dem Coburger Marktplatz.

„... wo man singt, da lass Dich ruhig nieder...“ - Unter diesem Motto lädt die Veranstaltung „Coburg singt“ zu einem klassischen Chorerlebnis ein. Im Innenhof von Schloss Ehrenburg und damit vor einer überaus romantischen Kulisse wird am 18. Juni ein Chor-Konzert unter freiem Himmel stattfinden. Ein Muss für alle Freun-

### Johann-Strauss-Festival

Coburg ist die deutsche Johann-Strauss-Stadt schlechthin. 1887 wurde der als „Walzerkönig“ gefeierte Wiener ein Coburger. Auf diesem geistigen Erbe aufbauend stellt die Stadt Coburg ihr Johann-Strauss-Festival in ein aktuelles Licht. Ein abwechslungsreiches Programm aus Kammerkonzert, Galakonzert, Tanz, Operette, Liedern, modernen Strauss-, Variationen, aber auch Ausstellungen, Vorträgen, kulturellen Abenden und Kulinarischem garantieren ein vielseitiges kulturelles Event.

Zum Auftakt des Strauss-Festivals im Jubiläumsjahr gibt es dabei am 19. Juni einen ganz besonderen musikalischen Leckerbissen: Die Wiener Symphoniker unter Leitung von Rafael Frühbeck spielen unter freiem Himmel im Coburger

Rosengarten Werke von Bruckner, Mahler und Strauss. Der Internationale Gesangswettbewerb „Alexander Girardi 2006“ ist für die Fachgebiete Oper und Operette ausgeschrieben.

Unter der Federführung von Citymanager Martin Rohm findet am 1. Juli in der gesamten Coburger Innenstadt ein weit und breit einzigartiges Familienfest statt. Bereits zum dritten Mal laden eine Vielzahl Coburger Vereine, Institutionen, Gastronomen und Händler Jung und Alt zum Mitspielen ein.

### Schauspiel für alle Sinne

Ein Feuerwerk der Melodien kombiniert mit modernster Pyrotechnik verspricht ein Schauspiel für alle Sinne zu werden. Auf dem Schlossplatz wird am 15. Juli ein Open-Air-Konzert der ganz besonderen Art geboten: Das Orchester des Landestheaters Coburg bietet gemeinsam mit den Musikern der Thüringer Philharmoniker Highlights aus dem Fundus beliebter klassischer Melodien. Unter dem Sternhimmel werden Raketen aufsteigen und den Himmel über Coburg in ein Farbenmeer aus Licht und Tönen tauchen. Einer der absoluten Höhepunkte im Jubiläumsjahr!

Nachdem die Premiere zu einem riesigen Erfolg wurde, plant die Stadt Coburg, künftig regelmäßig am ersten Wochenende im September ein Marktprogramm durchzuführen. In diesem Jahr wird es vom 1. bis 3. September ein buntes Programm aus Musik und Unterhaltung auf dem Coburger Markt geben. Die Gastronomen rund um den Markt verwöhnen ihre Gäste ganz besonders. Und auch Markt- und Einzelhändler wer-

den wieder mit ganz besonderen Angeboten aufwarten.

Das ganze Jahr über finden in Coburg Ausstellungen speziell zum Stadtjubiläum statt: Sie haben teils geschichtliche, teils literarische und teils künstlerische Schwerpunkte. So öffnen unter dem Motto: „Ich mag die Geister der Entfernten“ erstmals die Archive von Windsor ihre Pforten. Und in Zusammenarbeit von Historischer Gesellschaft Coburg und Fachhochschule Coburg sowie dem Gymnasium Albertinum entsteht eine lebendige Ausstellungswerkstatt mit unterschiedlichen Ausstellungstäten im gesamten Stadtgebiet unter dem Titel: Exhibitions and Events: Coburgs Weg in die Gegenwart“.

### Bildband und Festschrift

Zu einer Ausstellung seiner bekannten Radierungen ist der Literatur-Nobelpreisträger Günter Grass für eine Lesung angefragt. Werke von Salvador Dali und Francisco de Goya präsentiert das Coburger Tageblatt anlässlich seines 120-jährigen Bestehens im Rahmen der Ausstellung „Les Caprices de Goya de Dali“. All diese Ausstellungsobjekte sowie alle weiteren Veranstaltungen im Jubiläumsjahr sind ständig aktualisiert im Internet abrufbar unter [www.coburg.de/950jahre](http://www.coburg.de/950jahre)

Dass das Stadtjubiläum „950 Jahre Coburg“ nachhaltig in Erinnerung bleibt, ist das erklärte Ziel von Oberbürgermeister Norbert Kastner und Event-Manager Timo Knauer. Diesem Ziel ordnen sich nicht nur viele Veranstaltungs- und Ausstellungsprojekte unter. Auch im Bereich der Publikationen will die Stadt Coburg darauf achten, bleibende Erinnerungen zu schaffen. So wird Ende des Jahres 2006 ein aufwändiger neuer Coburg-Bildband auf den Markt kommen. Zudem entsteht in Zusammenarbeit mit einer Vielzahl ehrenamtlicher engagierter örtlicher Autoren im ersten Halbjahr eine Festschrift zur ersten urkundlichen Erwähnung Coburgs im Jahr 1056 auf hohem wissenschaftlichem Niveau. DK

Ein Jahr „ARGE“ im Landkreis Rosenheim:

## Ernüchternde Bilanz

Rosenheims Landrat Dr. Max Gimple sieht sich in seinen schlimmsten Befürchtungen bestätigt: „Hartz IV“ hat dem Landkreis Rosenheim nicht - wie den Kommunen vom damaligen Bundeswirtschaftsminister Wolfgang Clement versprochen - eine finanzielle Entlastung, sondern eine deutliche Mehrbelastung gebracht. Allein für 2005 hat der Landkreis gegenüber 2004 einen ungedeckten Mehraufwand von rund 2,4 Millionen Euro zu tragen.

Gimples ernüchternde Bilanz nach einem Jahr „Arbeitsgemeinschaft für Arbeit und Soziales im Landkreis Rosenheim“ (ARGE): 45 Prozent mehr Leistungsempfänger und 80 Prozent mehr Bedarfsgemeinschaften. Wie der Landrat bemerkte, liegen die tatsächlichen Zahlen möglicherweise sogar noch höher.

### Interne Zählung

Eine interne Zählung der ARGE habe dies jedenfalls ergeben. Zum 31. August 2005 seien es demnach über 3600 Bedarfsgemeinschaften mit mehr als 8000 Leistungsempfängern gewesen. Die Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg hatte zum Start der ARGE mit nicht einmal 2500 Bedarfsgemeinschaften im Landkreis Rosenheim gerechnet.

Die Arbeitslosenquote im Landkreis betrug im Januar 2005 sieben Prozent. Das entspricht 8534 arbeitslos gemeldeten Personen, von denen wiederum 2784 von der ARGE betreut werden. Lediglich 378 arbeitslos gemeldete Leistungsempfänger konnten 2005 von der ARGE in eine Arbeitsstelle vermittelt werden, 267 davon durch geförderte Integrationsmaßnahmen.

### Clements Irrglaube

Landrat Gimple nannte auch den Hauptgrund, warum die ARGE keine höheren Vermittlungszahlen aufweisen kann: „Wo es keine Arbeitsplätze gibt, kann auch die ARGE keine vermitteln.“ Es sei ein Irrglaube des ehemaligen Wirtschafts-

ministers gewesen, durch „Hartz IV“ könnten mehr Arbeitslose wieder einen Job bekommen. Dass die ARGE, in der trotz der vielfältigen Probleme im übrigen menschlich ein sehr gutes Miteinander der Beschäftigten herrsche, im vergangenen Jahr nicht so erfolgreich wie erhofft arbeiten konnte, lag nach den Worten des Landrats nicht zuletzt auch daran, dass das absolut unzureichende bundeseinheitliche EDV-System der Agentur für Arbeit in Nürnberg einen erheblichen Aufwand verursacht habe. Über dieses System mussten sämtliche zur Berechnung, Bewilligung und Auszahlung von Geldleistungen erforderlichen Daten laufen - mit der Folge von Systemabstürzen und zahlreichen anderen zeitaufwändigen „Umgehungs-lösungen“.

### Ein Kunstgebilde

Das vom Bundesgesetzgeber geschaffene Kunstgebilde „ARGE“ als eine von zwei Ämtern verwaltete, aber relativ selbstständig arbeitende Behörde, erfordere, so Gimple, einen erheblichen bürokratischen Mehraufwand, zumal jede wichtigere Entscheidung im Bezug auf die ARGE dann doch zwischen dem Landkreis und der Agentur für Arbeit abgestimmt werden muss. Dennoch blickt der Rosenheimer Landrat optimistisch in die Zukunft. Die 72 Mitarbeiter haben nämlich jetzt eigene Räumlichkeiten in Rosenheim bezogen. Alle notwendigen Ansprechpartner werden nunmehr auf kurzen Wegen erreichbar sein. DK

### Vorschau auf GZ 6

In unserer nächsten Ausgabe Nr. 6, die am 23. März erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- Kommunalfinanzien
- Wasserversorgung, Wasserentsorgung
- Kommunale Baupolitik
- Ausstattung kommunaler Gebäude
- Kommunal-Marketing
- Sicherheit, Brand- und Katastrophenschutz

LIEFERANTEN-

GZ

NACHWEIS

### Absperrpfosten



Hugo Knödler GmbH  
Heinkelstraße 44, 71384 WEINSTADT  
Telefon 07151-995160  
Telefax 07151-995166  
e-Mail [info@hugo-knoedler.de](mailto:info@hugo-knoedler.de)  
Internet: [www.hugo-knoedler.de](http://www.hugo-knoedler.de)

### LANGER s. Fahrradabstellanlagen

### Aussenmöblierung

**BECK**

- Abfallbehälter
- Absperrpfosten
- Fahrradständer
- Sitzbänke u.a.

Möblierung für Aussen

Max-Eyth-Straße 31/1 · 71364 WINNENDEN  
Telefon 071 95/69 33 00 · Fax 071 95/69 33 33  
[www.beck-aussenmoeblierung.de](http://www.beck-aussenmoeblierung.de)

### LANGER s. Fahrradabstellanlagen

### Fahnenmasten/Fahnen

Beutelsbacher Fahnenwelt  
Inh. Bernd Knödler  
Heinkelstraße 44  
71384 WEINSTADT  
Tel. 07151-995160 info@beutelsbacher-fahnenwelt.de  
Fax 07151-995166 [www.beutelsbacher-fahnenwelt.de](http://www.beutelsbacher-fahnenwelt.de)

### Fahrradabstellanlagen



### Fahrradabstellanlagen



### Friedhofsbedarf, Totenkühlgeräte

FUNERALIA GmbH · 97078 Würzburg  
☎ 0931/29903-0 · Fax 0931/29903-15  
e-Mail: [funeralia@t-online.de](mailto:funeralia@t-online.de) · [www.funeralia.de](http://www.funeralia.de)

### Kehrmaschinen, selbstaufnehmende

**SCHMIDT**

SCHMIDT Winterdienst- u. Kommunaltechnik GmbH  
D-79837 St. Blasien/Schwarzwald  
Tel. 07672 / 412-0 · Fax 07672 / 412230

### Papierkörbe



der  
Umwelt  
zuliebe

Düngstruper Straße 46 · 27793 Wildeshausen  
Telefon: +49 (0) 44 31/93 55 49 · Telefax: +49 (0) 44 31/93 55 88  
E-Mail: [info@iut-umwelttechnik.de](mailto:info@iut-umwelttechnik.de) · [www.iut-umwelttechnik.de](http://www.iut-umwelttechnik.de)

### Papierkörbe

### LANGER s. Fahrradabstellanlagen

### Schacht-Ausrüstungen

**Hailo** Schachtabdeckungen, Schachtleitern  
Einstieghilfen, Fallschutzeinrichtungen  
Fassadenleitern, Rückenschutzsysteme

Hailo-Werk · Schacht-Ausrüstungstechnik  
Postfach 1262 · D-35702 Haiger  
Fax: (02773)82218 · Telefon: (02773)82256 + 82224

### Spiel-, Sport und Freizeitanlagen

**KOMPAN**  
Playful Living

KOMPAN GmbH  
Raiffeisenstraße 11 · 24941 Flensburg  
Tel.: +49 461 77306-0 · Fax: +49 461 77306-35  
E-Mail: [kompan.gmbh@kompan.com](mailto:kompan.gmbh@kompan.com)  
[www.kompan.com](http://www.kompan.com)

### Streuautomaten und Schneepflüge für den Winterdienst

**Gmeiner**

Kommunal- und Winterdienst-Technik  
W. Gmeiner GmbH & Co. KG

Bgm.-Knoll-Straße 26 · D-92245 Kümmerbruck/Amberg  
Tel.: +49 (0)9621/7685-0 · Fax +49 (0)9621/7685-49  
E-Mail: [info@gmeiner-online.de](mailto:info@gmeiner-online.de) · [www.gmeiner-online.de](http://www.gmeiner-online.de)

### Verwaltungsinformationssysteme

[www.behoerdenmanagement.de](http://www.behoerdenmanagement.de)

### Wartehallen/Außenmöblierungen

### LANGER s. Fahrradabstellanlagen



### Inserieren bringt Erfolg!

[www.bayerische-gemeindezeitung.de](http://www.bayerische-gemeindezeitung.de)

### Wassermähler

**HYDROMETER**  
DIE ZUKUNFT ZÄHLT

HYDROMETER GmbH · Industriestraße 13 · 91522 Ansbach  
Tel.: 09 81/18 06 - 601 · Fax: 09 81/18 06 - 615  
[www.hydrometer.de](http://www.hydrometer.de)

### Winterdienst · Schneeräumgeräte · Streumaschinen

**SCHMIDT**

SCHMIDT Winterdienst- u. Kommunaltechnik GmbH  
D-79837 St. Blasien/Schwarzwald  
Tel. 07672 / 412-0 · Fax 07672 / 412230